

Hövermann, Andreas

Research Report

Das Umfragehoch der AfD: Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel

WSI Report, No. 92

Provided in Cooperation with:

The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hövermann, Andreas (2023) : Das Umfragehoch der AfD: Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, WSI Report, No. 92, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2024020515362357506637>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/299265>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

REPORT

Nr. 92, November 2023

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

DAS UMFRAEGEHOCHE DER AfD

**Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft
aus dem WSI-Erwerbspanel**

Andreas Hövermann

AUF EINEN BLICK

Der vorliegende Report analysiert anhand von zehn Erhebungswellen des WSI-Erwerbspanels die AfD-Wahlbereitschaft vor dem Hintergrund des aktuellen Umfragehochs der AfD.

Neben den Wähler*innen-Wanderungen werden die AfD-Wählenden im Profil sowohl hinsichtlich ihrer demografischen und arbeitsbezogenen Merkmale als auch ihrer Sorgen, ihres Vertrauens und ihrer Perspektive auf die Pandemie und auf den Krieg in der Ukraine vorgestellt.

Zudem wird analysiert, wie sich neu hinzugekommene Wählendengruppen der AfD von etablierten Stammwählenden in diesen Punkten unterscheiden.

Es zeigt sich, dass die AfD zuletzt auch Wählendengruppen anspricht, die sie bisher kaum erreichen konnte und die sich von etablierteren AfD-Wählenden unterscheiden. AfD-Wählende zeigen sich jedoch einheitlich als hochbelastet, misstrauisch und hochbesorgt. Die Zuwanderungsbegrenzung scheint das einende Thema zu sein, mit dem auch neu hinzugekommene Wählendengruppen angesprochen werden, die sonstige AfD-Positionen weniger stark teilen und auch bisher noch kein allzu großes Vertrauen in die AfD aufgebaut haben.

INHALT

Auf einen Blick	1
1 Einleitung	3
2 Daten: Das WSI-Erwerbspersonenpanel	4
3 AfD-Wahlpräferenz	5
3.1 Entwicklung im Zeitverlauf in Ost und West	6
3.2 Neue und etabliertere AfD-Wähler*innenschaft	6
3.3 Wähler*innen-Wanderung – was wählten AfD-Wählende zuvor?	8
4 Die aktuelle AfD-Wähler*innenschaft im Profil	10
4.1 Soziodemografisches	10
4.2 Arbeit und AfD-Wahlpräferenz	14
4.3 Wie ist ihr Vertrauen in Institutionen?	20
4.4 Wie hoch sind ihre Sorgen und Belastungen?	23
4.5 Welche Themen waren ihnen zur Bundestagswahl 2021 besonders wichtig?	29
4.6 Wie war ihr Blick auf die Pandemie?	31
4.7 Wie war ihr Blick auf den Krieg in der Ukraine?	34
5 Fazit und Diskussion	39
5.1 Wer sind die AfD-Wählenden?	39
5.2 Was zeigen die Wähler*innen-Wanderungen zur AfD?	39
5.3 Wer sind diejenigen, die erst kürzlich zur AfD gewechselt sind?	40
5.4 Was könnte den Wechsel zur AfD unterstützt haben? Ein Versuch einer zeitlichen Rekonstruktion	41
Literatur	43

AUTOR



Andreas Hövermann

leitet das Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ am
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung.
andreas-hoevermann@boeckler.de

1 EINLEITUNG

Ausgangspunkt des vorliegenden Reports ist das aktuelle Umfragehoch der AfD in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2023. Im Laufe des Jahres 2023 stieg der Zuspruch zur AfD in der Sonntagsfrage stark und stetig an. Lagen ihre Werte zum Jahreswechsel noch knapp unter 15 Prozent, so stiegen sie bis zum Sommer auf Höchstwerte von über 20 Prozent (z. B. Tagesschau vom 31.08.2023; ZDF heute vom 14.07.2023). Werden nur die ostdeutschen Bundesländer betrachtet, ist die AfD dort klar stärkste Kraft (siehe z. B. Forsa Umfrage in Handelsblatt vom 07.06.2023). In Umfragen zu Landtagswahlen erreicht die AfD in den ostdeutschen Bundesländern gar Werte von 30 Prozent und mehr (siehe z. B. infratest dimap 2023).

Die Ursachen sind medial schnell ausgemacht und werden zumeist im Unmut mit der Regierungsarbeit und -kommunikation der Ampel-Parteien gesucht. Erste Analysen von Umfrageinstituten zum Umfragehoch der AfD zeigten, dass 35 Prozent der in diesem Jahr zur AfD gewanderten neuen Anhänger*innen bei der Bundestagswahl noch eine der Ampel-Parteien gewählt haben (Forsa Umfrage im Auftrag des RTL/ntv-Trendbarometers, siehe Rheinische Post vom 16.09.2023). Gemessen an ihrem geringeren Stimmenanteil, fällt die Abwanderung bei der FDP in dieser Umfrage relativ gesehen am größten aus. Die FDP hat also verglichen mit anderen Parteien den größten Anteil ihrer Wählenden an die AfD verloren. Gleichzeitig zeigte die Analyse, dass die CDU/CSU die Partei ist, von der am meisten Wählende zuletzt zur AfD gewechselt sind – 28 Prozent der AfD-Neuwählenden gaben an, dass sie bei der Bundestagswahl noch CDU/CSU gewählt haben.

Die Abwanderung zur AfD von Wählenden aus dem Parteienspektrum, das häufig als „bürgerliches Lager“ bezeichnet wird, wird häufig durch die größere politische Nähe erklärt, da sich im bürgerlichen Lager deutlich mehr Befragte politisch rechts positionieren als beispielsweise im eher „links-grünen Lager“. Als besonders relevant erscheint zudem, dass Spitzenpolitiker*innen aus dem bürgerlichen Lager zwar wiederholt eine politische Brandmauer gegen die AfD zusichern, gleichzeitig jedoch mehrfach klar rechtspopulistische Positionen, Stilmittel und Vokabular teilen, etwa wenn Friedrich Merz arabischstämmige Schüler „kleine Paschas“ nennt, ukrainischen Geflüchteten „Sozialtourismus“ vorwirft oder empört bemängelt, dass „die deutschen Bürger“ keine Termine beim Zahnarzt bekommen, weil abgelehnte Asylbewerber*innen in Deutschland „beim Arzt sitzen und sich die Zähne neu machen lassen“ (ZDF heute vom 28.09.2023). Studien zeigen jedoch, dass das Aufgreifen und Übernehmen rechter Positionen durch etablierte demokratische Parteien nicht etwa den Zuspruch zu rechten Parteien schwächt, sondern – ganz im Gegenteil – ihnen

eher nützt (Krause et al. 2022; Dahlström/Sundell 2012; Mudde 2019). Radikal rechte und rechtspopulistische Positionen werden dadurch aufgewertet und normalisiert. Dies wird auch als „Mainstreaming“ bezeichnet (z. B. Hainsworth 2000; Moffitt 2021; Brown et al. 2023), da rechte Positionen zunehmend von anderen politischen Parteien übernommen oder in den politischen Mainstream integriert werden, wodurch sich der Diskurs weiter nach rechts verschiebt. Da Wählende es dann häufig präferieren, das Original zu wählen, profitieren rechte Parteien davon – in diesem Fall die AfD.

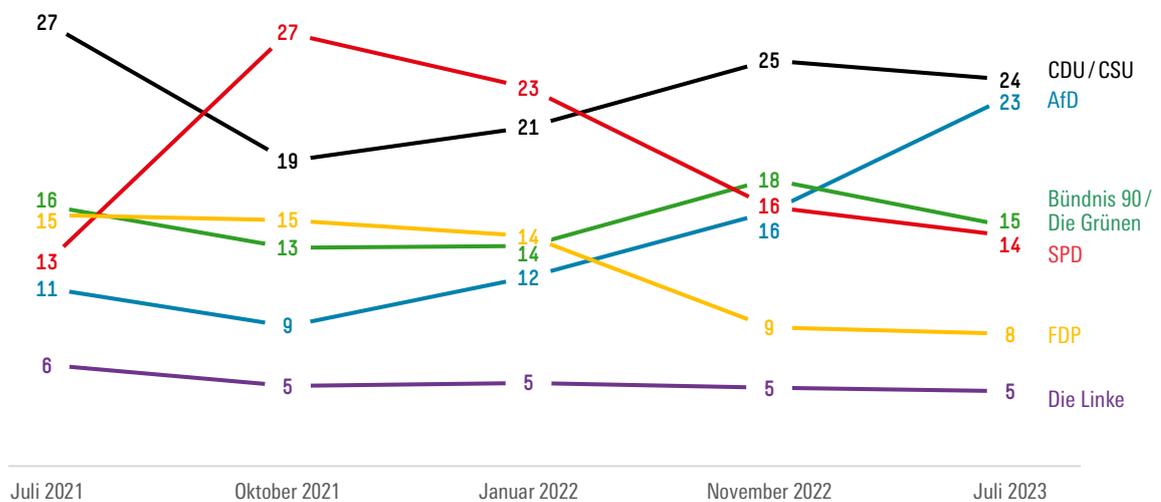
Der vorliegende Report präsentiert nun anhand der Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels weitgehend explorativ weitere Erkenntnisse zum Umfragehoch der AfD. Das WSI-Erwerbspersonenpanel eignet sich hierfür besonders, da es zum einen Erwerbspersonen in Deutschland seit nunmehr über drei Jahren zu zehn Zeitpunkten wiederholt befragt hat und somit Veränderungen in den Einstellungen der Befragten nachgezeichnet werden können. Zum anderen liegen hier sehr aktuelle Daten vor, die zuletzt im Juli 2023 erhoben wurden, sodass auch die jüngsten Zugewinne der AfD in der Gunst der Wähler*innen mit einbezogen werden können.

Auch in den zugrundeliegenden Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels lässt sich ein erheblicher Anstieg der Wahlbereitschaft für die AfD erkennen.¹ Während vor rund zwei Jahren noch lediglich elf Prozent der Befragten die AfD als Partei angaben, die sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, stieg dieser Anteil auf mittlerweile knapp 23 Prozent an. Dabei ist zu beobachten, dass die AfD zu keinem anderen Zeitpunkt eine so geringe Zustimmung erhalten hat, wie zum Zeitpunkt der Bundestagswahl im Oktober 2021 – rund neun Prozent der Befragten gaben an, bei der Zweitstimme die AfD gewählt zu haben. Der vorliegende Report hat nun das Ziel, basierend auf den Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels, Hinweise auf das Erstarken der AfD in Umfragen hervorzubringen, indem die Wählenden der AfD mit Wählenden anderer Parteien kontrastiert und Besonderheiten herausgestellt werden. Kernfrage ist hierbei: Wer ist überproportional unter den AfD-Wählenden zu finden? Betrachtet werden hierzu soziodemografische und arbeitsbezogene Faktoren, das Institutionenvertrauen sowie Sorgen und Belastungen und schließlich, wie auf die Pande-

¹ Zu berücksichtigen ist hier, dass die Vergleichbarkeit zwischen der tatsächlichen Wahlbevölkerung und der Stichprobe des WSI-Erwerbspersonenpanels insofern eingeschränkt ist, als das WSI-Erwerbspersonenpanel lediglich Erwerbspersonen (also erwerbstätige und arbeitssuchende Personen) beinhaltet und somit beispielsweise Rentner*innen oder Studierende nicht abdeckt. Dennoch liegen die Werte sehr nah an denen von Umfrageinstituten – basierend auf der Wahlbevölkerung (vgl. gemittelter Umfrageverlauf verschiedener Erhebungsinstitute, datum.de 2023).

Stimmverteilung zur Sonntagsfrage im Zeitverlauf im WSI-Erwerbspersonenpanel

Angaben in Prozent



Anmerkungen:

Nicht berücksichtigt wurden Befragte, die „Nichtwahl“, „k. A.“, „bin nicht wahlberechtigt“ oder „weiß nicht“ angaben; Fallzahlen: Juli 2021: 4.531, Oktober 2021: 4.464, Januar 2022: 4.696, November 2022: 3.748, Juli 2023: 3.727. Im Oktober 2021 wurde die tatsächliche Wahlentscheidung (Zweitstimme bei der Bundestagswahl) abgefragt; zu den anderen Zeitpunkten die Wahlabsicht, „wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

mie und den Krieg in der Ukraine geschaut wurde. Insbesondere für letztere Themen eignet sich der vorliegende Paneldatensatz hervorragend, da die Entwicklung der Einstellungen jetziger AfD-Wählender im Zeitverlauf nachvollzogen werden kann.

Gleichzeitig geht der Report noch einen Schritt weiter und versucht Antworten auf die Frage zu finden, worauf der Zuwachs in der Gunst der AfD-Wähler*innen zuletzt zurückzuführen ist. Dazu wird anhand der Angaben zur Wahlpräferenz der Befragten in vorherigen Erhebungswellen zwischen AfD-Neuwählenden und etablierteren AfD-Wählergruppen (darunter auch AfD-Stammwählende) unterschieden. Einerseits stellt sich hier die Frage, was jetzige AfD-Neuwählende zuvor gewählt und von welchen Parteien sie sich nun abgewendet haben. Andererseits versucht der Report Antworten auf die generelle Kernfrage hervorzubringen, ob und worin sich Personen, die erst kürzlich zur AfD gewechselt sind, von etablierteren AfD-Wählergruppen unterscheiden.

2 DATEN: DAS WSI-ERWERBSPERSONENPANEL

Grundlage der vorliegenden Analysen ist eine im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung von KANTAR durchgeführte Panelbefragung von Erwerbspersonen in Deutschland mit mittlerweile zehn Erhebungswellen, bei denen (weitestgehend²) dieselben Befragten wiederholt befragt wurden (vgl. Emmler 2023; KANTAR 2022). Die Interviews wurden als computergestützte Online-Interviews (CAWI) mit Erwerbspersonen (also erwerbstätigen und erwerbssuchenden Personen) ab 16 Jahren durchgeführt.

Die Studie startete zu Beginn der Corona-Pandemie mit einer ersten Erhebung im April 2020 mit 7.677 befragten Erwerbspersonen. Im Jahr 2020 folgten zwei weitere Erhebungszeitpunkte – im Juni und im November 2020. Im Januar/Februar 2021 sowie im Juli 2021 wurden die vierte

2 Da selbstständige Beschäftigte in der Ausgangsstichprobe unterrepräsentiert waren, wurde in der fünften Erhebungswelle zusätzlich eine „Aufstockungsstichprobe“ von 1.142 selbstständig tätigen Beschäftigten gezogen, um dies auszugleichen. Diese Befragten wurden in den Wellen 7 bis 10 erneut kontaktiert (vgl. Emmler 2023).

und fünfte Welle erhoben. Eine sechste Welle fand im Oktober 2021 statt und beinhaltete ein spezielles Set an Fragen zur kurz zuvor stattgefundenen Bundestagswahl – u. a. die Frage nach der gewählten Partei bei der Zweitstimme. Eine siebte Befragungswelle wurde im Januar 2022 erhoben – bis hierhin dominierten das Thema Corona-Pandemie, deren Auswirkungen und der Umgang damit die Befragungen.

In der achten (April/Mai 2022) und neunten (November 2022) Welle des Panels, gerieten zunehmend der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die vielfältigen, damit verbundenen Folgen wie die Inflation, Energiekrise oder auch die Integration von Geflüchteten in den Fokus der Befragung.

Die für die vorliegenden Analysen relevanteste und aktuellste zehnte Erhebungswelle fand zwischen dem 29.6. und dem 20.7.2023 statt. Von den ursprünglichen 7.677 Teilnehmenden und den zusätzlichen 1.142 Selbstständigen, die im Rahmen einer Aufstockungstichprobe für die fünfte Welle gezogen wurden (siehe Fußnote 2), konnten 5.029 Befragte (57 Prozent) für eine erneute Teilnahme rekrutiert werden. Die Rücklaufquoten des WSI-Erwerbspersonenpanels sind insgesamt als eher hoch einzustufen, was auch an der Teilnahme fast jeder und jedes Dritten (32 Prozent) der Ausgangstichprobe deutlich wird. Zudem wurde zuletzt für Welle 9 eine eher geringe Selektivität festgestellt – also geringe Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Vorgaben bezüglich zahlreicher Merkmale der Befragten (Emmler 2023).

Um Aussagen über die Auswahl der Befragten und letztlich über die Abdeckung und Repräsentativität der Stichprobe zu machen, ist es bei Panelbefragungen wichtig, die Ausgangstichprobe der ersten Befragungswelle zu betrachten. Diese basierte auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels (vgl. auch KANTAR 2022). In allen Erhebungswellen wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand festgelegter Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung dargestellt und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen der amtlichen Statistik, sodass die Stichproben der Erhebungswellen die Erwerbspersonen entsprechend dieser Merkmale adäquat abbilden.

Gleichwohl ist zu erwähnen, dass es sich bei dem Access-Panel nicht im strengen Wortsinn um eine Zufallsstichprobe handelt, welche weiterhin als Goldstandard für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt. Zur Auswahlgesamtheit gehören nur diejenigen Befragten, die Mitglieder des im Einzelhandel verbreiteten Payback-Kund*innen-Programms sind. Da die Zahl in diesem Fall mit ca. 31 Mio. aktiven Payback-Kund*innen jedoch sehr groß ist und in mehr als jedem zweiten deutschen Haushalt eine Payback-Karte vorhanden ist, gestaltet sich die Auswahlgesamtheit ebenso groß wie divers. Das Payback Online-Access-Pa-

nel umfasst rund 130.000 aktive „Panelisten“, die schriftlich-postalisch rekrutiert wurden. Aufgrund der Offline-Rekrutierung und der daraus resultierenden sehr guten Abdeckung zentraler Bevölkerungsstrukturen auf Haushaltsebene lassen sich auch detaillierte Quotierungen realisieren. Nur die eingeladenen Zielpersonen können an der Studie teilnehmen – d.h. es besteht keine Möglichkeit der Selbstrekrutierung. Auch eine Mehrfachteilnahme wird ausgeschlossen (vgl. Emmler 2023).

Das hier gewählte Rekrutierungsverfahren hat den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser abgebildet und erreicht werden können als dies über Telefonumfragen möglich ist. Zudem sind Online-Befragungen deutlich besser als langwierige und komplexe Telefon-Stichproben geeignet, dynamische Situationen wie die derzeitigen Krisensituationen kurzfristig zu erheben. Der Großteil der jeweiligen Erhebungswellen konnte innerhalb weniger Tage durchgeführt werden, sodass die einzelnen Daten einer jeden Erhebungswelle eine hohe Vergleichbarkeit aufweisen und unabhängiger von tagespolitischen Schwankungen sind. Des Weiteren erzielen Online-Stichproben eine hohe Teilnehmer*innenzahl, die detaillierte Analysen bestimmter Teilgruppen – wie hier der AfD-Wählenden – ermöglichen. Zudem werden die Antworten zur Qualitätssicherung auf Plausibilität geprüft, d. h. nur Personen mit plausiblen Angaben werden ausgewertet.

3 AFD-WAHLPRÄFERENZ

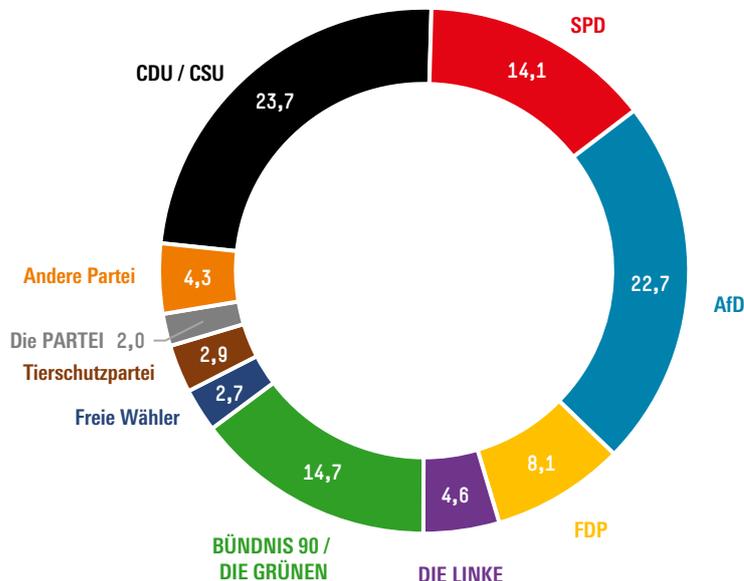
An nunmehr fünf Befragungszeitpunkten wurde im WSI-Erwerbspersonenpanel die Wahlpräferenz erfragt. An vier Zeitpunkten (Juli 2021, Januar und November 2022 und Juli 2023) wurde die sogenannte Sonntagsfrage gestellt: Welcher Partei würden die Befragten ihre (Zweit-)Stimme geben, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? Kurz nach der Bundestagswahl im Oktober 2021 wurde zudem das tatsächliche Wahlverhalten erfragt, indem die Befragten angeben sollten, welcher Partei sie ihre Zweitstimme gegeben haben.

Betrachtet man zunächst in einem einleitenden Schritt, wie die Befragten in der aktuellsten Erhebungswelle des Erwerbspersonenpanels auf die Sonntagsfrage geantwortet haben, ergibt sich das in **Abbildung 2** dargestellte Diagramm:³ Die meisten

³ Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die dargestellten Anteile entsprechend des Vorgehens einer Bundestagswahl auf denjenigen Befragten basieren, die auch angegeben haben, für eine Partei zu stimmen. Entsprechend wurden Befragte mit den Antwortoptionen „keine Angabe“, „weiß nicht“, „würde nicht wählen“ oder „würde ungültig wählen“ in diesen Analysen nicht berücksichtigt.

Abbildung 2

Stimmverteilung zur Sonntagsfrage in der aktuellen Erhebung des WSI-Erwerbspersonenpanels
Angaben in Prozent



Anmerkungen:
Nicht berücksichtigt wurden Befragte, die „würde nicht wählen“, „würde ungültig wählen“, „k.A.“, „bin nicht wahlberechtigt“ oder „weiß nicht“ angaben; Fallzahlen: Juli 2023: 3.727.

Quelle: eigene Berechnung



Stimmen erhielt die Union (23,7 Prozent), dicht gefolgt von der AfD (22,7 Prozent). SPD und Grünen würden jeweils rund 14 bis 15 Prozent der Befragten ihre Stimme geben; die FDP käme auf 8,1 und die Linke auf 4,6 Prozent.

3.1 Entwicklung im Zeitverlauf in Ost und West

Wie bereits in **Abbildung 1** ersichtlich wurde, stieg auch im WSI-Erwerbspersonenpanel in den letzten zwei Jahren der Anteil der Befragten, die angab, AfD zu wählen erheblich an. Nach dem Tiefstwert von 8,6 Prozent zur Bundestagswahl 2021 gaben zuletzt knapp 23 Prozent der Befragten an, AfD zu wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre.

Schlüsselt man dies, wie in **Abbildung 3**, nach Ost und West auf, wird ersichtlich, dass dieser Anstieg sowohl für Befragte in ost- als auch westdeutschen Bundesländern in ähnlichem Ausmaß erfolgte – nur eben mit unterschiedlichem Ausgangsniveau. Stieg der Anteil derjenigen, die AfD wählen, im Osten der Republik von 17 Prozent vor zwei Jahren auf nunmehr 36 Prozent an, erfolgte der Anstieg in Westdeutschland von neun Prozent auf aktuell 21 Prozent.

3.2 Neue und etabliertere AfD-Wähler*innenschaft

Es sind 811 Befragte im WSI-Erwerbspersonenpanel, die in der aktuellsten Erhebungswelle (Juli 2023) angegeben haben, AfD wählen zu wollen. Diese 811 Befragten lassen sich anhand ihrer vier früheren Antworten auf die Sonntagsfrage und das tatsächliche Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2021 unterscheiden in AfD-Neuwählende, AfD-Wiederholungswählende und AfD-Stammwählende (**Abbildung 4**). Der Fokus des Reports liegt auf den AfD-Neuwählenden, die dann vor allem im Vergleich zu AfD-Stammwählenden betrachtet werden. AfD-Neuwählende sind diejenigen, die bei keiner der vier vorherigen Wellen angegeben haben, AfD gewählt zu haben oder wählen zu wollen, somit also erst seit kurzem die AfD als ihre präferierte Partei angeben.⁴ Dies trifft immerhin auf rund jede und jeden Vierten aktuellen AfD-Wählenden in den Daten zu. Der im Folgenden vor allem aus Vergleichsgründen mitaufgeführten Gruppe der AfD-Wiederholungswählenden werden diejenigen aktuellen AfD-Wählenden zugeordnet, die bereits in einer der vorherigen Erhebungswellen

Abbildung 3

Anteil AfD-Wahlpräferenz im Zeitverlauf, nach Ost/West
Angaben in Prozent



Anmerkungen:
Nicht berücksichtigt wurden Befragte, die „würde nicht wählen“, „würde ungültig wählen“, „k.A.“, „nicht wahlberechtigt“ oder „weiß nicht“ angaben, sowie Befragte aus Berlin aufgrund der unklaren Zuordnung; Fallzahlen: Juli 2021: 4.531, Oktober 2021: 4.464, Januar 2022: 4.696, November 2022: 3.748, Juli 2023: 3.727.

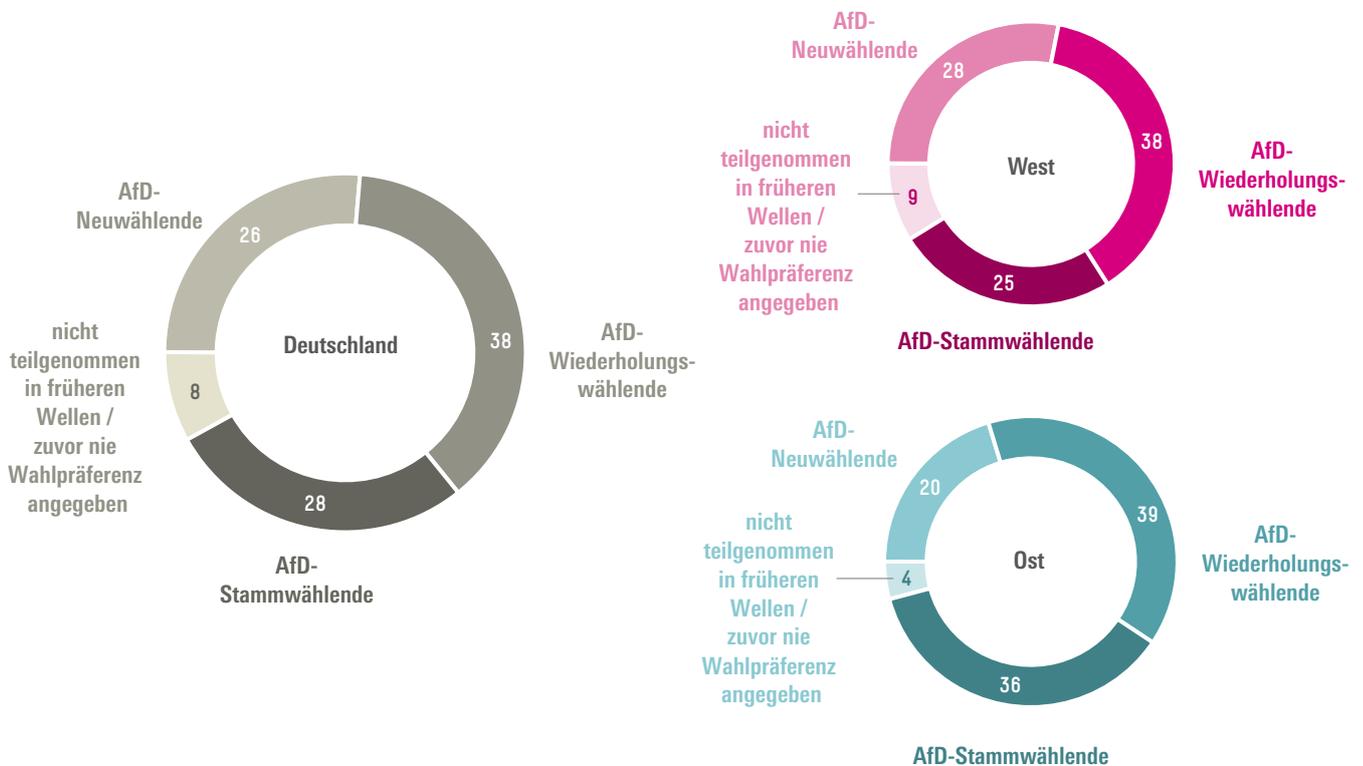
Quelle: eigene Berechnung



4 Gleichzeitig muss zumindest ein gültiger Wert zur Wahlpräferenz aus vorherigen Wellen vorliegen, um als AfD-Neuwählende*r zu gelten. Befragte, die aktuell erstmalig Angaben zur Wahlpräferenz machen und AfD angeben, gelten somit nicht als Neuwählende, da ihre vorherige Wahlpräferenz gänzlich unbekannt ist.

Differenzierung aktueller AfD-Wählender nach vorheriger AfD-Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Anmerkungen:

Berlin ist bei West-Ost-Differenzierung nicht berücksichtigt. Fallzahlen (Juli 2023) Deutschland: 811, West: 583, Ost: 202.

Quelle: eigene Berechnung

für die AfD gestimmt, jedoch in anderen Wellen auch etwas anderes als AfD-Wahl angegeben haben.⁵ Dies ist mit 38 Prozent der AfD-Wählenden die größte Gruppe unter den aktuellen AfD-Wählenden. Zudem wird die Gruppe der AfD-Stammwählenden⁶ betrachtet, der 28 Prozent der aktuellen AfD-Wählenden zugeordnet werden und die diejenigen Befragten umfasst, die in keiner der vier vorherigen Erhebungswellen etwas anderes als AfD als Wahlpräferenz angegeben haben.⁷

Betrachtet man, wie sich dies in Ost und West zusammensetzt, werden größere Differenzen er-

sichtlich – insbesondere bezogen auf die hier besonders interessierenden Anteile der Neu- und Stammwählenden. Angesichts der im Osten bereits seit längerem deutlich verbreiteteren AfD-Wahlpräferenz ist es naheliegend, dass der Anteil der AfD-Stammwählenden dort größer ist als im Westen. Im Osten gaben 37 Prozent der aktuell AfD-Wählenden zu keinem der vier vorherigen Erhebungszeitpunkte an, etwas anderes als AfD zu wählen. Im Westen beträgt dieser Anteil der AfD-Stammwählenden 25 Prozent. Auffällig ist, dass unter den aktuell AfD-Wählenden gerade im Westen besonders viele AfD-Neuwählende zu finden sind (28 vs. 20 Prozent Ost). Im Westen ist somit unter den aktuell AfD-Wählenden der Anteil derer, die vorher nie angaben, AfD zu wählen, größer als im Osten.⁸

5 Dies umfasst sowohl die Nichtwahl, die ungültige Wahl, als auch die Wahl einer anderen Partei als die der AfD.

6 Als AfD-Stammwählende werden diejenigen zugeordnet, die zu keinem Erhebungszeitpunkt eine andere gültige Angabe zur Wahlpräferenz gegeben haben als AfD. Inklusive des jüngsten Erhebungszeitpunkts muss mindestens zu drei Zeitpunkten AfD angegeben worden sein.

7 Die vierte in Abbildung 4 abgetragene Gruppe (acht Prozent der aktuellen AfD-Wählenden) umfasst diejenigen Erwerbspersonen, die aktuell angegeben haben, AfD wählen zu wollen, jedoch zuvor keine gültige Angabe über ihre Wahlpräferenz gegeben haben. Entsprechend ist für sie eine genauere Zuordnung hier nicht möglich, sodass diese Gruppe im Folgenden nicht weiter betrachtet wird.

8 Es gilt, zu berücksichtigen, dass bei insgesamt geringeren AfD-Stimmanteilen (wie im Westen im Vergleich zum Osten der Fall) die Chance größer ist, dass die Befragten vorher noch nicht die AfD gewählt haben. Mit anderen Worten ist das Potenzial für AfD-Neuwählende im Westen ebenfalls größer als im Osten.

3.3 Wähler*innen-Wanderung – was wählten AfD-Wählende zuvor?

Um zu betrachten, wie sich die Wahlpräferenz der jetzigen AfD-Wählenden entwickelt hat, bieten sich zwei Vergleichszeitpunkte an. Zum einen ist die Erhebungswelle im Oktober 2021 relevant, da hier das tatsächliche Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2021 erfragt wurde. Zum anderen erscheint die vorletzte Erhebungswelle (erhoben im November 2022) als besonders relevant, da damit die jüngsten Wanderungswellen zur AfD nachgezeichnet und betrachtet werden können.

Beginnt man zunächst mit den Angaben zum tatsächlichen Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2021 der jetzigen AfD-Wählenden, ergeben sich die im linken Ringdiagramm in **Abbildung 5** dargestellten Werte. Es wird ersichtlich, dass knapp 40 Prozent der Befragten, die jetzt angegeben haben, AfD zu wählen, dies auch bei der Bundestagswahl 2021 getan haben. Etwas weniger als die Hälfte der jetzigen AfD-Wählenden (45 Prozent) gaben kurz nach der Bundestagswahl an, eine andere Partei als die AfD gewählt zu haben. Der Anteil derer, die angegeben, bei der Bundestagswahl nicht oder ungültig gewählt zu haben, ist im Vergleich deutlich kleiner. Die AfD hat also in erheblichem Ausmaß Wählende anderer Parteien für sich gewinnen können. Betrachtet man, von welchen Parteien die AfD seit der Bundestagswahl 2021 Anhänger*innen hinzugewinnen konnte, ergibt sich das folgende Bild: Die jetzigen AfD-Wählenden kommen v. a. von der FDP

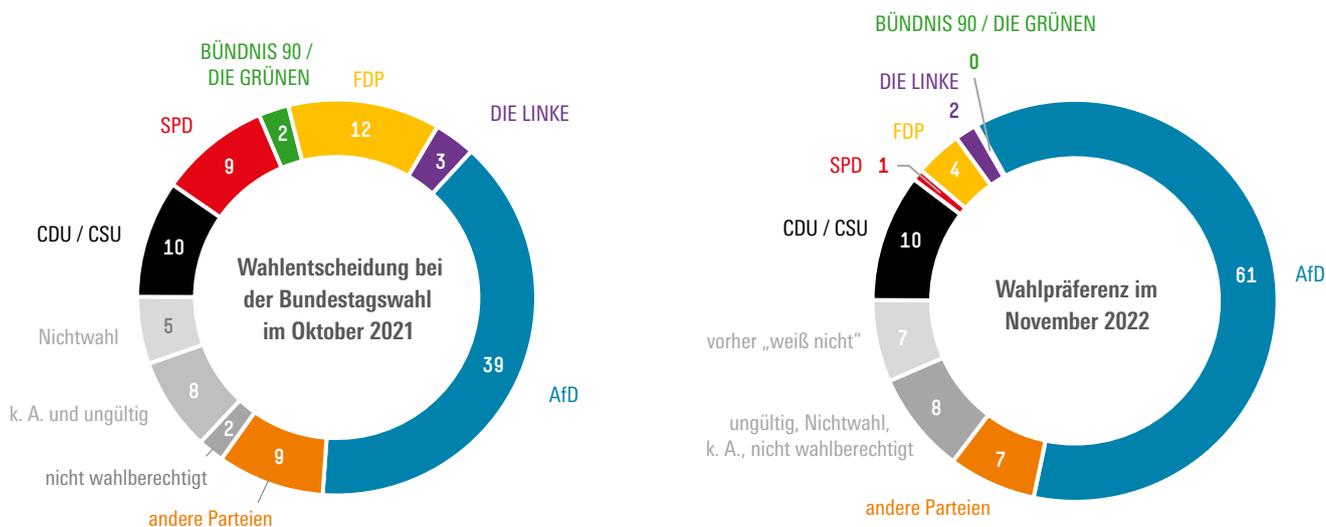
(zwölf Prozent), der Union (zehn Prozent) und der SPD (neun Prozent), seltener von der Linken oder den Grünen (drei bzw. zwei Prozent). Diese Ergebnisse ähneln den einleitend vorgestellten Daten einer Umfrage zur Wähler*innen-Wanderung, bei der ebenfalls die Union und die FDP mit der größten Abwanderung zur AfD auffielen (Forsa Umfrage im Auftrag des RTL/ntv-Trendbarometers, siehe Rheinische Post vom 16.09.2023).

Wirft man nun einen Blick auf die im November 2022 geäußerte Wahlpräferenz der jetzigen AfD-Wählenden, zeigt sich, dass 61 Prozent auch dann schon angaben, AfD wählen zu wollen (**Abbildung 5**, rechtes Ringdiagramm). Gleichzeitig wird deutlich, dass immerhin fast jede und jeder Vierte jetzige AfD-Wählende noch im November 2022 angab, eine andere Partei als die AfD wählen zu wollen. Der größte Teil davon entfällt auf die Union (zehn Prozent); deutlich dahinter die FDP (vier Prozent) – also erneut die beiden Parteien, die auch im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 den größten Anteil ihrer Wählenden an die AfD verlor.⁹

⁹ Einschränkung ist hier darauf hinzuweisen, dass sich für einen nicht unerheblichen Teil der jetzigen AfD-Wählenden bezogen auf das tatsächliche vorherige Wahlverhalten im Oktober 2021 (N=226) und die Wahlpräferenz im November 2022 (N=145) keine Aussage tätigen lässt, da sie bei den jeweiligen vorherigen Erhebungswellen nicht teilgenommen haben. Diese Befragten wurden nicht in **Abbildung 5** mitberücksichtigt.

Abbildung 5

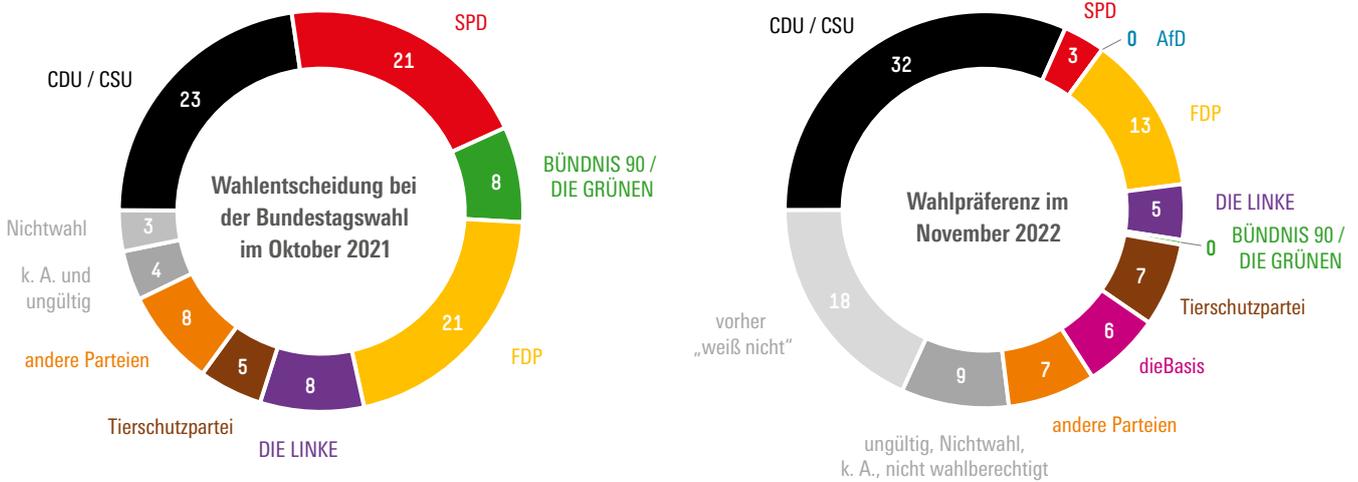
Vorherige Wahlentscheidung und Wahlpräferenz der aktuell AfD-Wählenden Angaben in Prozent



Lesehilfe: Von den aktuell AfD-Wählenden haben zwölf Prozent zur Bundestagswahl 2021 FDP gewählt (linke Abbildung). Von den aktuell AfD-Wählenden haben im November 2022 zehn Prozent angeben, CDU / CSU zu wählen (rechte Abbildung).
Anmerkungen: Berücksichtigt wurden jeweils nur die Fälle, die auch in den beiden jeweiligen Erhebungen teilnahmen; Fallzahlen: linke Abbildung: 585; rechte Abbildung: 666.

Vorherige Wahlentscheidung und Wahlpräferenz der aktuellen AfD-Neuwählenden

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Von den aktuell AfD-Neuwählenden haben 21 Prozent zur Bundestagswahl 2021 SPD gewählt (linke Abbildung).

Von den aktuell AfD-Neuwählenden gaben im November 2022 32 Prozent an, CDU/CSU wählen zu wollen (rechte Abbildung).

Anmerkungen: Berücksichtigt wurden jeweils nur die Fälle, die auch in den beiden jeweiligen Erhebungen teilnahmen;

Fallzahlen: linke Abbildung: 172; rechte Abbildung: 186.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

Um in einem zweiten Schritt mehr über die jüngsten Wähler*innen-Wanderungen zur AfD zu erfahren, wird in **Abbildung 6** nur auf die AfD-Neuwählenden fokussiert, also auf die Befragten, die erst zuletzt zur AfD gewandert sind und vorher nicht AfD wählten.¹⁰ Aus dem linken Ringdiagramm wird ersichtlich, dass knapp die Hälfte der zuletzt zur AfD gewanderten Befragten zur Bundestagswahl 2021 noch eine der drei Ampelparteien gewählt haben (FDP 21 Prozent, SPD 20 Prozent, Grüne acht Prozent). Die Union ist jedoch das Parteienbündnis, das die größte Anzahl an Wählenden zuletzt an die AfD verloren hat – 23 Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden gaben zuvor an, CDU oder CSU bei der Bundestagswahl gewählt zu haben. Nimmt man die acht Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden hinzu, die zur Bundestagswahl 2021 noch DIE LINKE wählten, zeigt sich, dass vier von fünf der zuletzt zur AfD gewechselten Befragten zur Bundestagswahl 2021 noch eine der fünf etablierten demokratischen Parteien wählten.

Um die Entwicklung der Wanderungen besser nachzeichnen zu können, wird nun darauf geblickt, was die jetzigen AfD-Neuwählenden in der Zwischenzeit zwischen Bundestagswahl und aktuel-

lem Erhebungsdatum als Wahlpräferenz angegeben haben (**Abbildung 6**, rechtes Ringdiagramm).¹¹ Es zeigt sich, dass fast jede und jeder Dritte von ihnen noch im November 2022 angab, CDU oder CSU wählen zu wollen. Weitere 13 Prozent der AfD-Neuwählenden gaben vorher an, FDP wählen zu wollen. Daran wird zum einen deutlich, dass unter den AfD-Neuwählenden besonders viele zuletzt noch CDU/CSU – und mit Abstrichen FDP wählen wollten. Zum anderen könnte dies aber auch darauf hindeuten, dass die CDU/CSU und mit Abstrichen auch die FDP ihre Abwanderungen an die AfD vor allem in den letzten Monaten zu verkräften hatten, da sich viele der neuerdings AfD-Wählenden Ende 2022 offenbar noch nicht von den Unionsparteien oder der FDP abgewendet hatten. Anders hingegen ist das Bild bei den Wählenden der SPD und der Grünen, die ihre Wählenden v. a. bereits im ersten Jahr der Legislaturperiode verloren zu haben scheinen; kaum jedoch mehr seit November 2022.

Die Zahlen bezogen auf die Grünen erscheinen hier als besonders bemerkenswert. Unter AfD-Neuwählenden sind rund acht Prozent ehemals Grünen-Wählende zu finden – ein Wert, der hier zwar im Vergleich mit anderen Parteien als relativ

¹⁰ Die niedrigen Fallzahlen sind hierbei zu bedenken. Bei insgesamt 172 AfD-Neuwählenden, die in beiden hier relevanten Wellen teilnahmen, basieren beispielsweise die angegebenen 23 Prozent vorheriger Unions-Wählende auf nur 40 Fällen.

¹¹ Auch bei diesen Auswertungen ist zu bedenken, dass für einen nicht unerheblichen Anteil keine Informationen über die vorherige Parteipräferenz vorliegt. Diejenigen Befragten, die an den vorherigen Wellen nicht teilnahmen, wurden für diese Analyse ausgeschlossen (N=55 & 41).

gering erscheint, jedoch erwähnenswert dahingehend ist, dass vorherige Grünen-Wählende sonst kaum bis gar nicht unter den AfD-Wählenden zu finden sind (vgl. **Abbildung 5** links). Die AfD ist also zuletzt bezogen auf vorherige Grünen-Wählende zu einer Wähler*innenschaft vorgedrungen, die sie vorher kaum bis gar nicht erreicht hat. Zudem deutet die Analyse an, dass diese von den Grünen abgewanderten Befragten vermutlich nicht auf direktem Wege zur AfD gewechselt sind, sondern in der Zwischenzeit noch eine weitere Parteipräferenz angaben, da im November 2022 keine*r der zuletzt zur AfD gewechselten Befragten angab, die Grünen wählen zu wollen.

Zusammengenommen ergibt sich das Bild, dass die AfD bezogen auf die Bundestagswahl 2021 insbesondere ehemalige Wählende der Union, der SPD und der FDP für sich gewinnen konnte. Zudem ist aber auffällig, wenn die Wahlintention im November 2022 mitberücksichtigt wird, dass in den letzten Monaten vor allem die Union (und mit Abstrichen die FDP) Anhänger*innen an die AfD verloren hat, während die Wanderungsverluste der SPD wohl bereits länger zurückliegen und nur in den selteneren Fällen in den letzten acht Monaten seit der vorherigen Befragungswelle zu verorten sind.

4 DIE AKTUELLE AfD-WÄHLER*INNENSCHAFT IM PROFIL

Um im Folgenden die aktuelle Wählerschaft der AfD zu beleuchten, wird in separaten Unterkapiteln auf sieben Bereiche detaillierter eingegangen: die soziodemografische Zusammensetzung (4.1), arbeitsbezogene Merkmale (4.2), das Vertrauen in Institutionen (4.3), die berichteten Sorgen und Belastungen (4.4), die geäußerte Relevanz von Themen (4.5) sowie der Blick auf die Pandemie (4.6) und den Krieg in der Ukraine (4.7).

Bei der Präsentation der Befunde wird durchgehend in zwei Schritten vorgegangen: Zunächst werden die Befunde für die gesamte aktuelle AfD-Wählendenschaft präsentiert, um zu zeigen, wie sich die Merkmale unter allen AfD-Wählenden verteilen. Anschließend wird die zu Beginn eingeführte Unterscheidung der AfD-Wählendengruppen aufgegriffen und ein besonderer Fokus vor allem auf die AfD-Neuwählenden gerichtet, um Hinweise darauf zu erlangen, aus welchen Faktoren sich das jüngste Umfragehoch der AfD zusammensetzt. Hierbei werden vor allem die Differenzen zwischen den Neuwählenden und den Stammwählenden der AfD hervorgehoben. Auftretende Differenzen werden in drei Vergleichen auf ihre statistische Signifikanz getestet und unter den jeweiligen Abbildungen berichtet: Unterscheiden sich AfD-Wählende von Wählenden anderer Parteien (1.), AfD-Neuwählende von Wählenden anderer Parteien (2.)

und AfD-Neuwählende von AfD-Stammwählenden (3.)?¹²

4.1 Soziodemografisches

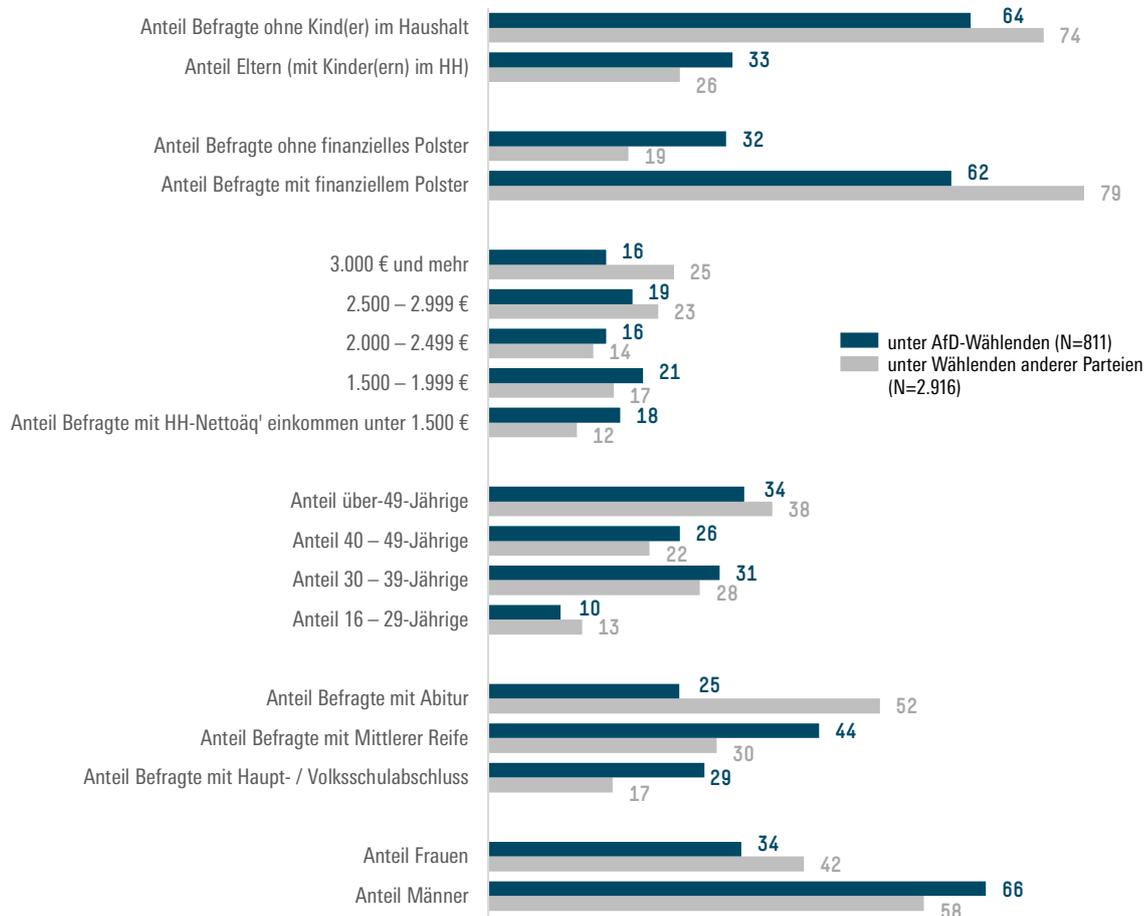
Soziodemografische Variablen zeigten in vorherigen Studien unterschiedliche Zusammenhänge und Effekte auf die AfD-Wahlpräferenz. Einige fanden sie besonders verbreitet unter Menschen mittleren Alters (Decker 2016; Dilling 2018; Arzheimer/Berning 2019), unter Männern (Schmitt-Beck 2017; Dilling 2018; Goerres et al. 2018) oder unter Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen (Berbair et al. 2015; Berning 2017; Lengfeld 2017). Hingegen fanden andere Studien (Lux 2018; Rippl/Seipel 2018; Hambauer/Mays 2018) AfD-Sympathisant*innen eher unter niedrig Gebildeten und Menschen mit geringem Einkommen – Befunde, die oft im Zusammenhang mit der „Modernisierungsverlierer“-These interpretiert wurden, die die rechte Parteipräferenz als Reaktion auf einen Statusverlust infolge gesellschaftlicher Modernisierung erklärt (Spier 2010). Hier ist es nicht unerheblich zu erwähnen, dass diese Differenzen auch auf die jeweiligen Studienanlagen und Modellspezifikationen zurückgeführt werden können; beispielsweise auf die Kontrolle und Mitberücksichtigung verschiedener Indikatoren. Andere Studien (Hansen/Olsen 2019, Wurthmann et al. 2021, Hansen/Olsen 2022, Adena/Huck im Erscheinen) fanden eher geringe Einflüsse soziodemografischer Variablen auf die AfD-Wahlpräferenz – insbesondere, wenn weitere Einstellungsindikatoren mitberücksichtigt und in den Modellen kontrolliert werden.

In der vorliegenden Studie wird sich auf bivariate Analysen beschränkt, ohne dass für den Effekt weiterer Variablen kontrolliert wird. Es wird also lediglich verglichen, ob die AfD-Wahlpräferenz in einer Gruppe weiter verbreitet ist als in einer anderen, ohne dass weitere Indikatoren wie Bildungsstand, Einkommen oder Ost/West-Wohnort gleichzeitig mitberücksichtigt werden. Zur Betrachtung soziodemografischer Faktoren wird dazu das Ge-

12 Gruppenunterschiede stellen nicht zwangsläufig statistisch signifikante Unterschiede dar – also Unterschiede, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit nicht nur in der Stichprobe, sondern auch unter den Erwerbspersonen in Deutschland insgesamt vorliegen. Um dies zu testen, werden einfaktorielle Varianzanalysen mit Duncan-Post-Hoc-Tests durchgeführt. Unterschiede mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von über fünf Prozent gelten im Folgenden als statistisch nicht signifikant („ns.“). Das genaue Signifikanzniveau der jeweiligen Tests wird unter den Abbildungen angegeben: Irrtumswahrscheinlichkeiten unter fünf Prozent werden mit einem * markiert, unter ein Prozent mit ** und unter 0,1 Prozent mit ***. So bedeutet beispielsweise im Fall des Geschlechtervergleichs in **Abbildung 7** die Angabe „AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Männer > Frauen***“, dass unter AfD-Wählenden Männer signifikant häufiger vertreten sind als Frauen im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien.

Anteil der jeweiligen soziodemografischen Gruppe, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter Wählenden der AfD beträgt der Männeranteil 66 Prozent und der Frauenanteil 34 Prozent. Unter Wählenden anderer Parteien liegt der Männeranteil bei 58 und der Frauenanteil bei 42 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Männer > Frauen***; andere > Abitur***; Hauptschulabschluss > Mittlere Reife*; 16–29J < 30–49J**, Ü49J < 40–49J*; U2.500 € > Ü3.000 €***, U1.500 € > 2.500–2.999 €***, U2.000 € > Ü2.500 €**; ohne Polster > mit Polster***; Eltern > ohne Kinder***; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

schlecht, der Schulabschluss, das Alter, das Haushaltseinkommen¹³, das Vorhandensein finanzieller Rücklagen sowie die Elternschaft¹⁴ herangezogen.

Wer ist die AfD-Wähler*innenschaft?

Im WSI-Erwerbspersonenpanel lassen sich soziodemografische Auffälligkeiten bei der aktuellen AfD-Wählerschaft beobachten (Abbildung 7). So ist unter den aktuell AfD-Wählenden der Männeranteil

deutlich und signifikant erhöht und der Anteil der Befragten mit Abitur signifikant verringert. Auch finden sich überdurchschnittlich häufig Erwerbspersonen mittleren Alters zwischen 30 und 49 Jahren unter den AfD-Wählenden. Auffällig ist zudem, dass Eltern mit Kindern im eigenen Haushalt signifikant häufiger unter den AfD-Wählenden zu finden sind als unter Wählenden anderer Parteien – dies gilt für Väter und Mütter in gleichem Maße.¹⁵

¹³ Das Haushaltseinkommen wurde als bedarfsgewichtetes monatliches Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen berechnet, um auch die Haushaltsgröße mit zu berücksichtigen.

¹⁴ Die Elternschaft wurde gemessen, indem gefragt wurde, ob man mit Kind(ern) im selben Haushalt lebt.

¹⁵ Der Elterneffekt geht auch nicht auf die erhöhte AfD-Wahlpräferenz in bestimmten, beispielsweise jüngeren Altersgruppen zurück, da er ebenfalls auftritt, wenn für das Alter statistisch kontrolliert wird. Eltern geben in mehreren Altersgruppen an, häufiger AfD zu wählen als ähnlich alte Befragte ohne Kinder im Haushalt. Dies gilt beispielsweise in den Altersgruppen der 16–29-Jährigen und der 30–39-Jährigen.

Relevante Differenzen ergeben sich auch bezüglich der finanziellen Situation der Befragten: Befragte in Haushalten mit eher geringeren und mittleren Einkommen geben überdurchschnittlich häufig an, AfD zu wählen. Gleiches gilt für Befragte, die angeben, aktuell über kein finanzielles Polster zu verfügen.

Wer sind die AfD-Neuwählenden?

Differenziert man zwischen den vorherigen Wahlpräferenzen der jetzigen AfD-Wähler*innenschaft und zieht die in **Abschnitt 3.2** eingeführten Unterscheidungen der AfD-Stammwählenden, der AfD-Wiederholungswählenden und der AfD-Neuwählenden hinzu, ergeben sich folgende Auffälligkeiten (**Abbildung 8**).

Bezüglich der Geschlechterdifferenzen zeigt sich: Je gefestigter die AfD-Wahlentscheidung ist, desto größer ist der Männeranteil. Konkret liegt er unter den AfD-Stammwählenden bei 73 Prozent,

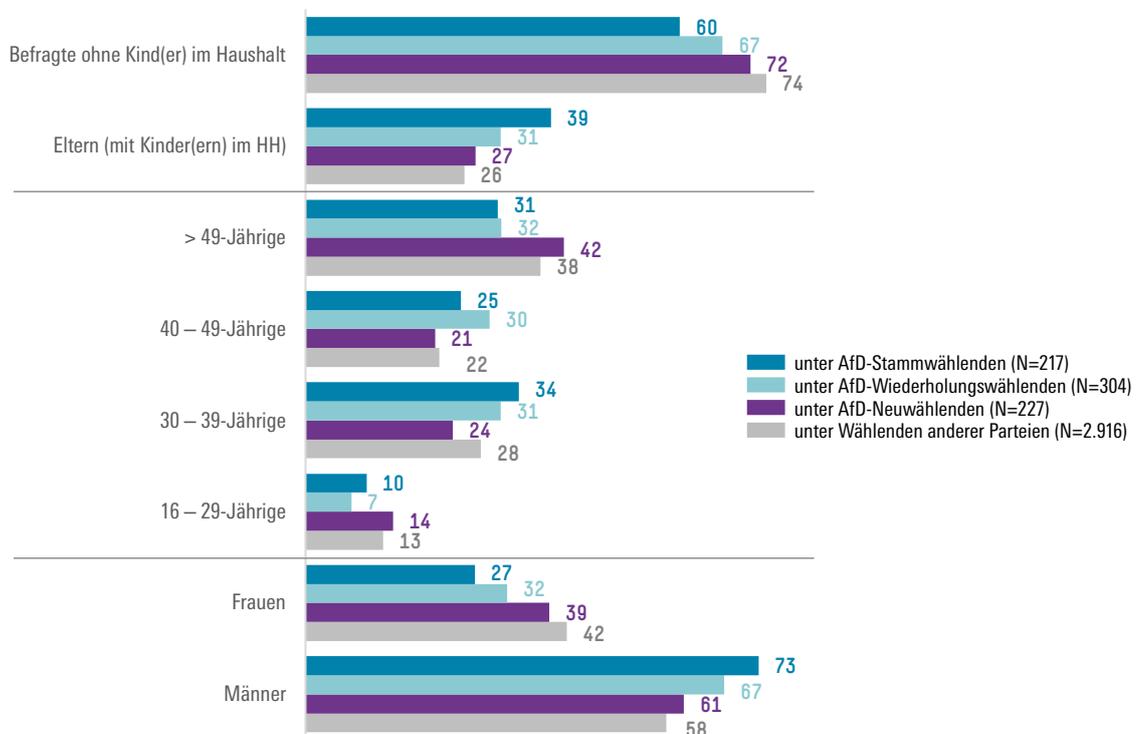
während er unter AfD-Neuwählenden 61 Prozent beträgt. Der überdurchschnittliche Männeranteil unter den AfD-Wählenden insgesamt geht also insbesondere auf etabliertere Wählergruppen zurück und nicht auf die Neuwählenden – unter letzteren ist der Männeranteil nicht signifikant höher als unter Wählenden anderer Parteien. Die AfD-Neuwählenden sind somit im Vergleich zu etablierteren AfD-Wählendengruppen insgesamt relativ stark weiblich besetzt.

Auch zeigen sich Besonderheiten bei der Alterszusammensetzung der AfD-Neuwählenden. Während die etablierteren Wähler*innengruppen der AfD mit deutlich vom Gesamtschnitt abweichenden Alterszusammensetzungen auffallen (AfD-Wiederholungswählende v. a. 40–49-Jährige; AfD-Stammwählende v. a. 30–39-Jährige), gleicht die Alterszusammensetzung der AfD-Neuwählenden in vielerlei Hinsicht eher der Alterszusammensetzung aller Erwerbspersonen. Im Vergleich zu AfD-Stammwählenden bedeutet dies, dass sich

Abbildung 8

Anteil der jeweiligen soziodemografischen Gruppe, nach AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden beträgt der Männeranteil 73 Prozent, während er unter AfD-Neuwählenden 61 und unter Wählenden anderer Parteien 58 Prozent beträgt.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: alle ns.; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Frauen**, 16–29J und Ü49J > 30–39J*; Befragte ohne Kinder**, * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

die AfD-Neuwählenden signifikant häufiger aus den ältesten (>49-Jährige) sowie den jüngsten (16–29-Jährige) Erwerbspersonen zusammensetzen. Auch die aktuelle und vor kurzem veröffentlichte Mitte-Studie (Zick et al. 2023) wies auf die auffällig hohen Zustimmungswerte zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in der jüngsten Altersgruppe hin. In den vorliegenden Daten ist der Anteil der jüngsten Altersgruppe unter den AfD-Neuwählenden zwar nicht größer als unter den Wählenden anderer Parteien, jedoch setzen sich die Neuwählenden der AfD signifikant häufiger aus der jüngsten Altersgruppe zusammen als die Stammwählenden der AfD. Zudem zeigt sich hier, dass die weiter oben berichtete erhöhte AfD-Wahlpräferenz unter Eltern nicht auf die Gruppe der AfD-Neuwählenden zurückgeht. Unter

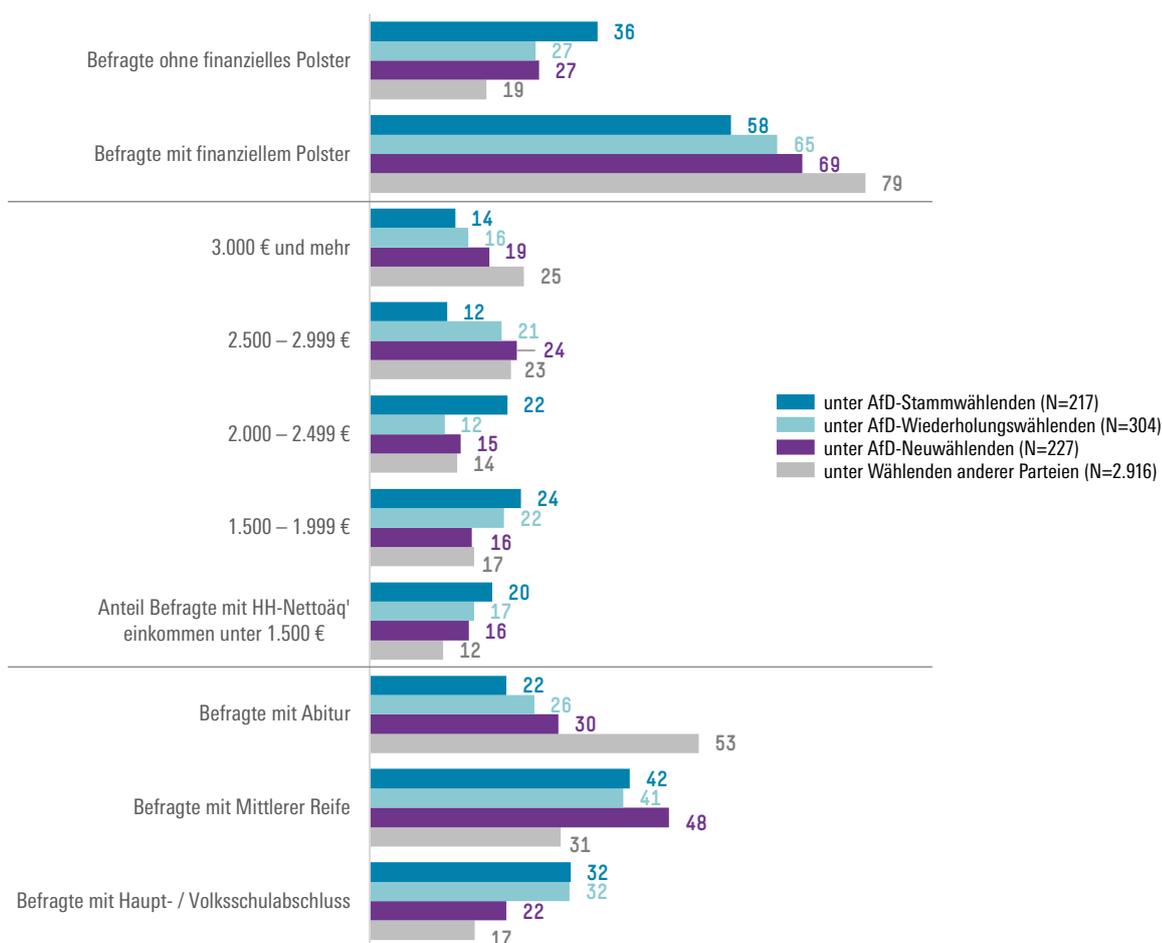
den AfD-Neuwählenden lassen sich anders als beispielsweise unter den AfD-Stammwählenden nicht überdurchschnittlich häufig Eltern finden.

Betrachtet man die Schulabschlüsse, zeigt sich bezüglich der AfD-Neuwählenden, dass sich diese häufiger aus Befragten mit höheren Abschlüssen zusammensetzen als dies für etabliertere AfD-Wählergruppen der Fall ist (Abbildung 9): Zuletzt sind überdurchschnittlich häufig (im Verhältnis zu etablierteren AfD-Wählergruppen, aber auch zum Rest der Erwerbsbevölkerung) Befragte mit mittlerer Reife (oder Abschluss der polytechnischen Oberschule) zur AfD gewechselt, während der Anteil der Befragten mit Haupt-/Volksschulabschluss bei den Neuwählenden geringer ist als bei etablierteren AfD-Wählendengruppen. Der Anteil der Abiturient*innen ist unter allen Wählenden-

Abbildung 9

Anteil der jeweiligen soziodemografischen Gruppe, nach AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden haben 22 Prozent Abitur, während dies unter AfD-Neuwählenden 30 und unter Wählenden anderer Parteien 53 Prozent angeben.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: andere Abschlüsse > Abitur***; U1.500 € > Ü3.000 €*; ohne Polster > mit Polster **; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: höhere Abschlüsse > Haupt-/Volksschulabschluss*; Ü2.500 € > 1.500-2.500 €*, mit finanziellem Polster*; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

gruppen der AfD signifikant unterdurchschnittlich im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien.

In der Tendenz ist zudem zu erkennen, dass sich AfD-Neuwählende auch bezüglich ihrer finanziellen Ausstattung von etablierteren AfD-Wählendengruppen unterscheiden. Dies wird darin ersichtlich, dass auch Befragte mit höheren mittleren und hohen Einkommen und Befragte mit finanziellem Polster häufiger unter der AfD-Neuwählenden zu finden sind als unter etablierteren AfD-Wählendengruppen, welche sich häufiger aus Befragten mit unteren und unteren-mittleren Einkommensgruppen zusammensetzen.

Dennoch ist hier zu betonen, dass der Anteil der Befragten mit finanziellem Polster unter den Wählenden anderer Parteien signifikant größer ist als unter AfD-Neuwählenden – die AfD zuletzt also nur relativ zu ihrer bisherigen Wählerschaft etwas stärker vermögende Gruppen ansprach, nicht jedoch relativ zu Personen, die andere Parteien wählen.

4.2 Arbeit und AfD-Wahlpräferenz

Dass Arbeit ein wichtiger Ort demokratischer Integration ist und die Arbeitsbedingungen eine wichtige Rolle dabei spielen, konnte zuletzt erneut empirisch gezeigt werden, indem auf die Verbreitung illiberaler, rechtsautoritärer, anti-demokratischer Einstellungen geblickt wurde (Hövermann et al. 2022, Zhirnov et al. 2023). Im Folgenden wird nun

die Wahlpräferenz der AfD näher in Augenschein genommen – mit der Frage: Wie und unter welchen Bedingungen arbeiten die Erwerbspersonen, die AfD wählen? Dazu werden sowohl die strukturellen als auch die persönlich empfundenen Arbeitsbedingungen der Befragten analysiert.

Strukturelle Arbeitsbedingungen

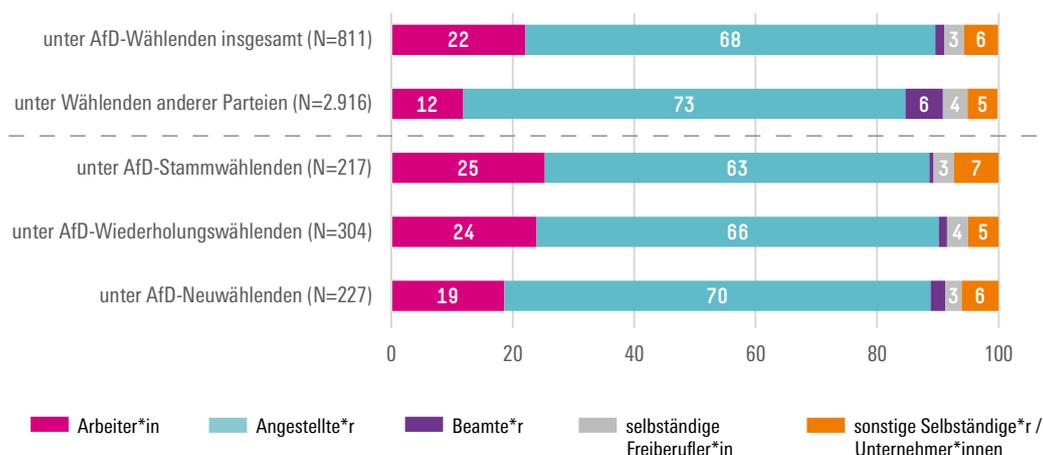
Betrachtet man zunächst, wie sich die Tätigkeiten auf die unterschiedlichen Wahlpräferenzen verteilen (Abbildung 10) zeigt sich für die AfD-Wählenden, wie auch schon in anderen Studien zuvor (z.B. Kroh/Fetz 2016, Hertel/Esche 2019), insbesondere eine Tätigkeitsgruppe als überdurchschnittlich häufig vertreten im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien: Arbeiter*innen (22 vs. zwölf Prozent). Deutlich unterdurchschnittlich häufig sind unter den AfD-Wählenden Beamt*innen zu finden. Im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien sind unter AfD-Wählenden zudem signifikant häufiger Menschen arbeitslos als erwerbstätig (Abbildung 11).

Differenziert man zwischen den AfD-Wählendengruppen, zeigt sich, dass auch unter AfD-Neuwählenden mehr Arbeiter*innen zu finden sind als unter Wählenden anderer Parteien. Auch bezüglich weiterer struktureller Arbeitsbedingungen wie der Befristung oder des Sozialversicherungsstatus ähneln AfD-Neuwählende hier etablierteren AfD-Wählendengruppen.

Abbildung 10

Anteil Befragte je Tätigkeit, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden bezeichnen sich 22 Prozent als Arbeiter oder Arbeiterin, während der Anteil unter Wählenden anderer Parteien 12 Prozent beträgt.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Arbeiter*in > Beamt*in, Angestellte, selbständige Freiberufler*in***, Angestellte > Beamt*in***; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: Arbeiter*in > Beamt*in**, signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: ns.; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

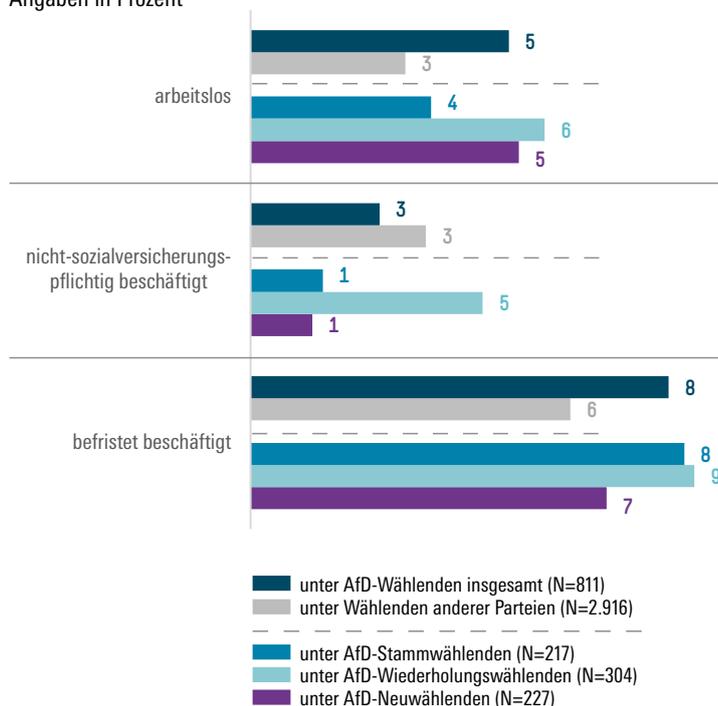
Quelle: eigene Berechnung

Über einen Betriebsrat verfügen unter AfD-Wählenden ähnlich viele Erwerbspersonen wie unter Wählenden anderer Parteien (Abbildung 12).¹⁶ Ein Personalrat ist unter AfD-Wählenden jedoch signifikant seltener vertreten. Insgesamt ist somit der Anteil der Erwerbspersonen, die weder auf Betriebs- noch auf Personalrat zurückgreifen können, unter AfD-Wählenden signifikant erhöht. Betrachtet man die AfD-Neuwählenden ist auch unter ihnen der Anteil der Erwerbspersonen, die nicht auf Betriebs- oder Personalrat zurückgreifen können, höher als unter Wählenden anderer Parteien. Auffällig ist zudem, dass sich hier AfD-Neuwählende von Stammwählenden insofern unterscheiden, als sich signifikant häufiger Befragte mit Personalrat und seltener mit Betriebsrat unter ihnen finden. Dies geht auf den hohen Arbeiter*innen-Anteil mit Betriebsrat unter AfD-Stammwählenden zurück.

16 Bei den im Folgenden dargestellten Befunden zur Verbreitung von Betriebs-/Personalräten sowie Tarifverträgen muss einschränkend berücksichtigt werden, dass sogenannte Kompositionseffekte hier besonders relevant und nicht ausgeschlossen werden können; dass also ein Befund auf eine spezifische Zusammensetzung einer Gruppe zurückzuführen ist, die auch mit einer erhöhten AfD-Wahlpräferenz im Zusammenhang steht. Kompositionseffekte lägen etwa vor, wenn ein erhöhter AfD-Wählendenanteil bei Befragten mit Betriebsrat insbesondere darauf zurückzuführen wäre, dass sich Befragte mit Betriebsrat in wichtigen Aspekten für die Wahlpräferenz von Befragten ohne Betriebsrat unterscheiden. Hier ist beispielsweise der hier häufigere höhere Arbeiter*innenanteil zu nennen.

Anteil Arbeitslose, nicht-sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und befristet Beschäftigte, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



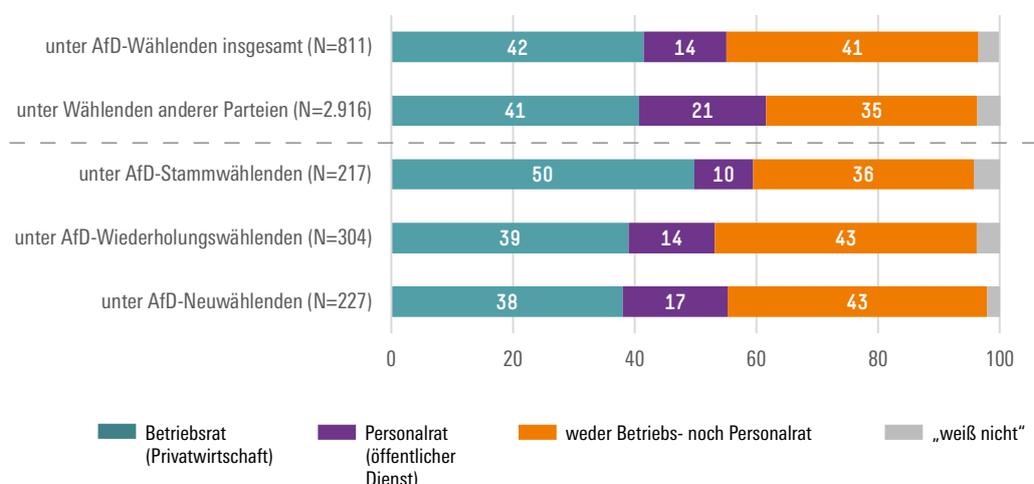
Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: arbeitslos**; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: ns.; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: ns.; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

Abbildung 12

Verbreitung von Betriebs-/Personalrat unter Befragten, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent

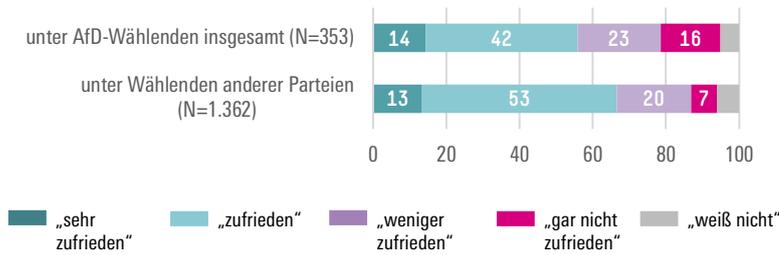


Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden geben 41 Prozent an, weder Betriebs- noch Personalrat zu haben; unter Wählenden anderer Parteien sind es 35 Prozent.
Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: kein Betriebsrat oder Personalrat > Betriebsrat oder Personalrat**; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: kein Betriebsrat oder Personalrat > Betriebsrat oder Personalrat*; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Personalrat > Betriebsrat*; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

Abbildung 13

Zufriedenheit mit der Arbeit von Betriebs-/ Personalrat, nach Wahlpräferenz
Angaben in Prozent



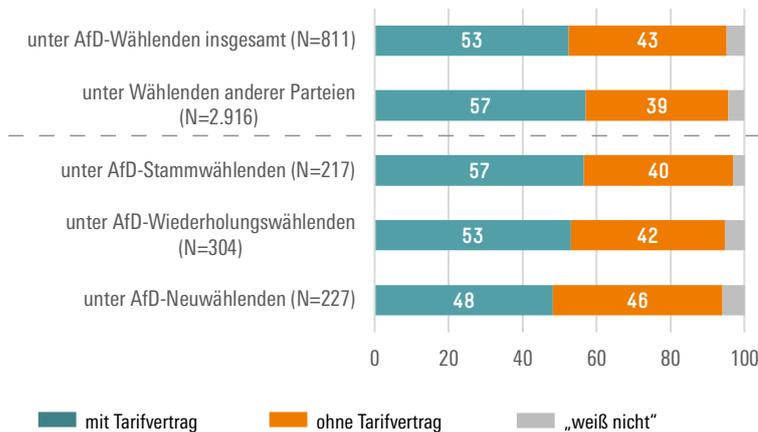
Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden mit Betriebs-/Personalrat geben 16 Prozent an, „gar nicht“ mit der Arbeit ihres Betriebs-/Personalrats zufrieden zu sein; unter Wählenden anderer Parteien mit Betriebs-/Personalrat sind es 7 Prozent.
Anmerkungen: nur Befragte mit Betriebs-/Personalrat; Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: gar nicht mit BR/PR zufrieden > andere Antworten***; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung



Abbildung 14

Verbreitung von Tarifverträgen unter Befragten, nach Wahlpräferenz
Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden geben 43 Prozent an, keinen Tarifvertrag zu haben; unter Wählenden anderer Parteien liegt der Wert bei 39 Prozent.
Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: ohne Tarifvertrag > mit Tarifvertrag*; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: ohne Tarifvertrag > mit Tarifvertrag*; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: ns.; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung



Fokussiert man in einem weiteren Schritt nur auf diejenigen Erwerbspersonen mit Betriebs- oder Personalrat und betrachtet deren Zufriedenheit mit der Arbeit des Betriebs- oder Personalrats (Abbildung 13) fällt auf, dass AfD-Wählende hier überdurchschnittlich häufig unzufrieden waren (39 vs. 27 Prozent unter Wählenden anderer Parteien).¹⁷ Insbesondere der Anteil derjenigen, die angeben, „überhaupt nicht“ mit der Arbeit des Betriebsrats zufrieden zu sein, ist unter AfD-Wählenden mehr als doppelt so hoch wie unter Wählenden anderer Parteien.

Unter AfD-Wählenden sind Betriebs- und Personalräte somit geringfügig seltener verbreitet, nur gibt es unter ihnen eine weiter verbreitete Unzufriedenheit mit deren Arbeit. Eine weiterführende Interpretation der Unzufriedenheitsursache erscheint hier schwierig. Einerseits könnte die Unzufriedenheit darin begründet sein, dass Betriebs- und Personalräte hier ihre Funktion nicht gut erfüllen, die Interessen der Erwerbspersonen zu vertreten und reale Veränderungen zu gestalten und umzusetzen – möglicherweise auch wegen fehlender Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten oder Behinderungen der Betriebsrats-/Personalratsarbeit. Andererseits kann der Befund aber auch darauf hindeuten, dass die Betriebs- und Personalräte in diesen Fällen sehr wohl ihre Arbeit machen und sich für die Interessen der Belegschaft einsetzen, dies aber nicht unbedingt im Sinne der AfD-Wählenden ist, die mit der potenziell AfD-kritischen politischen Ausrichtung der Betriebs- und Personalräte unzufrieden sind. Davon unabhängig gilt jedoch, dass AfD-Wählende häufiger als Wählende anderer Parteien auf einen Betriebs- oder Personalrat, der ihre Interessen vertritt, verzichten müssen.

Ein ähnliches Bild liefert die Verbreitung von Tarifverträgen unter den Erwerbspersonen (Abbildung 14): AfD-Wählende können signifikant seltener auf einen Tarifvertrag zurückgreifen als Wählende anderer Parteien. Dies gilt auch für Neuwählende der Partei, nicht jedoch für deren Stammwählende.¹⁸

Subjektiv empfundene Arbeitsbedingungen und Anerkennung

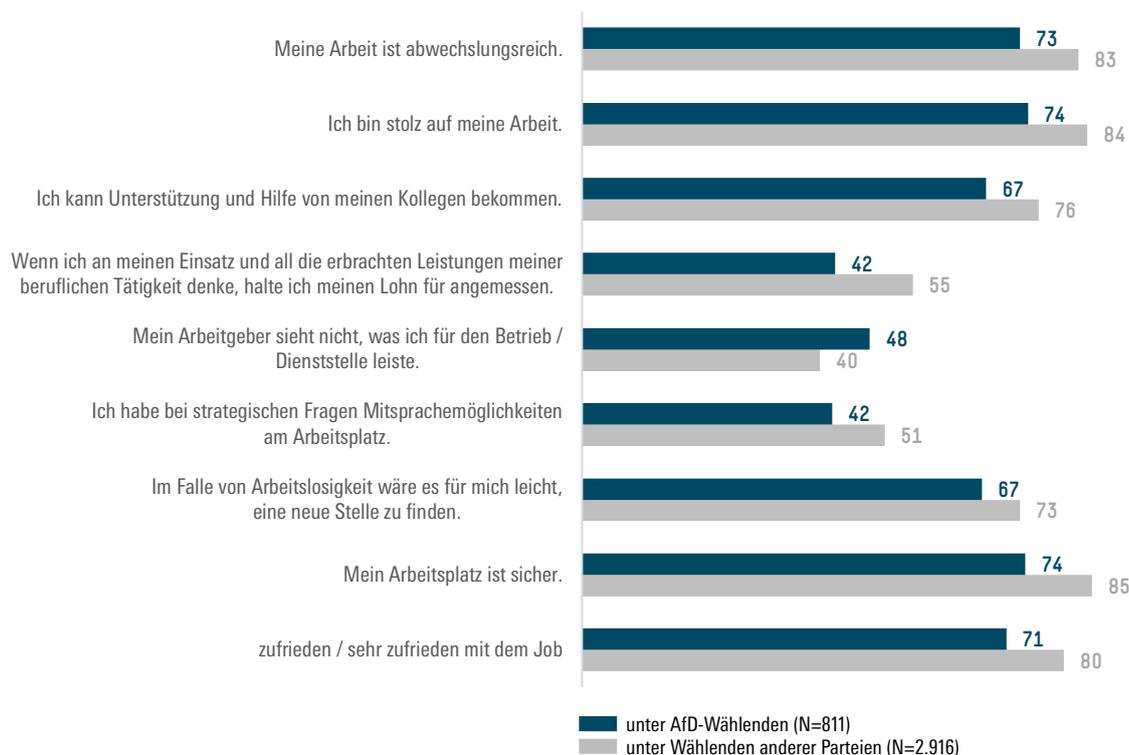
Neben den objektiven Arbeitsbedingungen wurden in der aktuellsten Erhebungswelle des WSI-Erwerbspersonenpanels ebenso mehrere Aussagen zu subjektiv empfundenen Arbeitsbedingungen erfragt. Aspekte wie Anerkennung, Würde und Stolz, aber auch Abwechslung, Mitsprache

17 Eine Aufschlüsselung nach AfD-Wählendengruppen ist hier nicht sinnvoll, da die Einschränkung der Betrachtung von Befragten mit Betriebs-/Personalrat in dem Fall zu sehr kleinen Fallzahlen führt (N<100).

18 Wie beim Betriebsrat-Befund der AfD-Stammwählenden, geht dies auf den relativ hohen Anteil an Arbeiter*innen unter AfD-Stammwählenden zurück, die auch häufiger über einen Tarifvertrag verfügen.

Zustimmung zu Aussagen zu Arbeitsbedingungen, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden geben 71 Prozent an, mit ihrer Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden zu sein; unter Wählenden anderer Parteien sind es 80 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: unzufrieden mit Job***; Arbeitsplatz unsicher***; schwierig neue Stelle zu finden*; keine Mitsprachemöglichkeiten***; Arbeitgeber sieht Leistung nicht***; Lohn nicht angemessen***; keine Unterstützung Kollegium***; nicht stolz***; nicht abwechslungsreich***; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

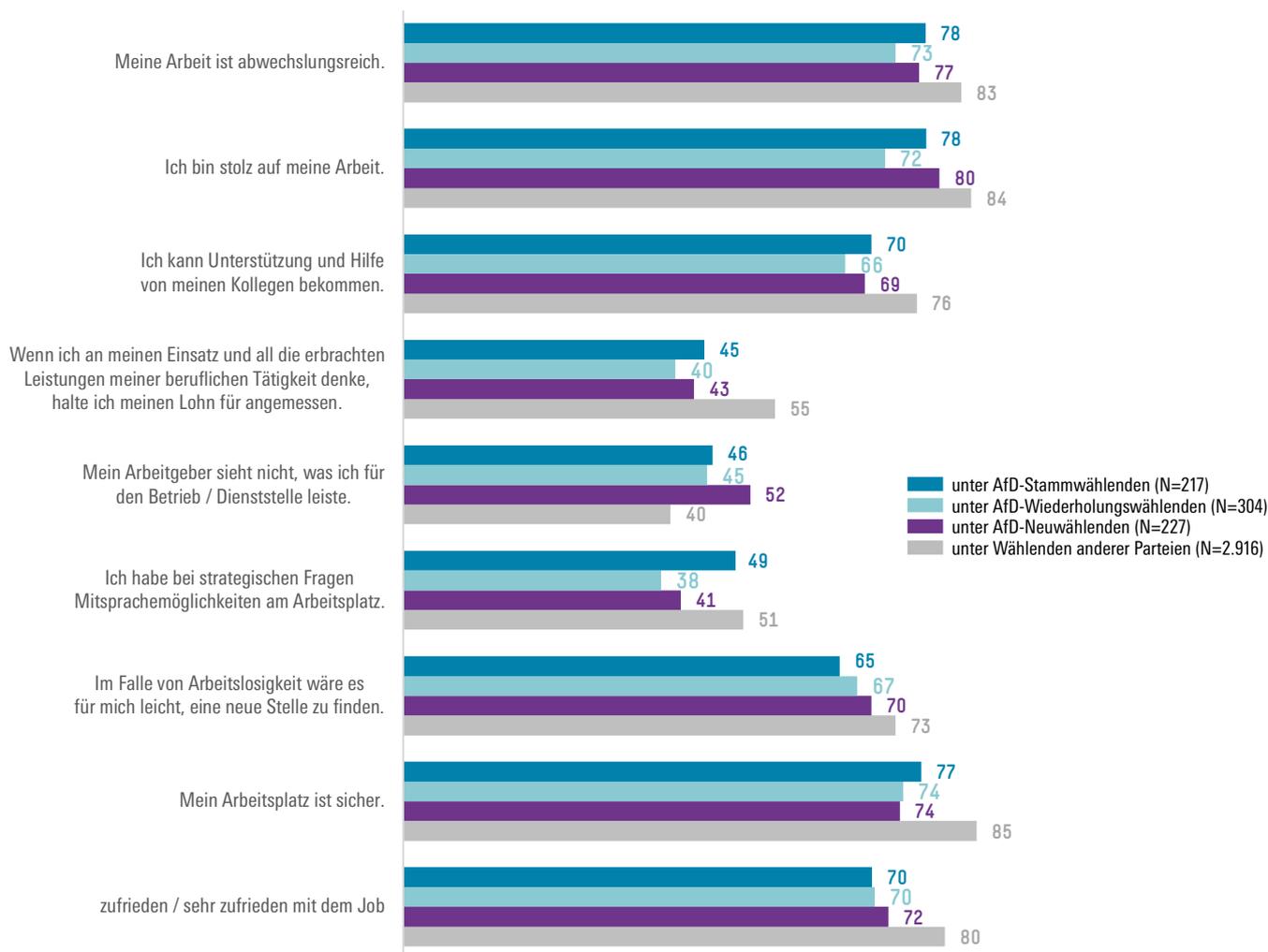
und Sicherheit wurden thematisiert. Bereits frühere Studien hatten einen Zusammenhang zwischen fehlender Würde und schlechten Arbeitsbedingungen zur AfD-Wahlpräferenz sowie dem Auftreten rechtspopulistischer, anti-demokratischer Einstellungen zeigen können (Schwuchow im Erscheinen; Hövermann et al. 2022).

In der vorliegenden Studie lassen sich für Wählende der AfD nun überdurchschnittlich häufig als mangelhaft empfundene Arbeitsbedingungen aufzeigen. Alle erfragten Aspekte guter Arbeitsbedingungen werden von Wählenden der AfD signifikant seltener angegeben als von Wählenden anderer Parteien (Abbildung 15): Sie bezeichnen ihren Arbeitsplatz fast doppelt so häufig wie Wählende anderer Parteien als unsicher (18 vs. zehn Prozent) und empfinden fast doppelt so häufig keinen Stolz auf ihre Arbeit (18 vs. elf Prozent). Sie schätzen im Falle von Arbeitslosigkeit ihre Chancen am Arbeitsmarkt als schlechter ein und berichten seltener als Wählende anderer Parteien davon, dass ihre Arbeit abwechslungsreich ist, sie bei strategischen Fragen am Arbeitsplatz Mitsprachemöglichkeiten haben oder Unterstützung und Hilfe von

Kollegen bekommen können. Besonders auffällig sind zudem die Differenzen beim Thema Anerkennung: AfD-Wählende glauben deutlich häufiger, dass ihre Leistungen nicht gesehen werden (48 vs. 40 Prozent unter Wählenden anderer Parteien). Zudem haben sie deutlich seltener das Gefühl, dass ihr Lohn ihren erbrachten Leistungen entspricht (42 vs. 55 Prozent). Alles in allem berichtet jede und jeder vierte AfD-Wählende davon nur „wenig“ oder „gar nicht“ mit dem Job zufrieden zu sein; unter Wählenden anderer Parteien ist es nur jede und jeder Sechste.¹⁹

¹⁹ Dass diese berichteten Unterschiede auf strukturelle Ursachen in der Zusammensetzung der AfD-Wählenden zurückgehen – also AfD-Wählende beispielsweise besonders häufig in bestimmten Berufen oder Wirtschaftszweigen arbeiten, die auch häufiger mit bestimmten Arbeitsbedingungen einhergehen, lässt sich zwar nicht gänzlich ausschließen, ist jedoch eher nicht in den Daten ersichtlich. Beispielsweise zeigt sich die weitere Verbreitung schlechterer Arbeitsbedingungen unter AfD-Wählenden, auch wenn man ausschließlich Arbeiter*innen betrachtet – also AfD-wählende Arbeiter*innen mit Arbeiter*innen vergleicht, die angeben, eine andere Partei zu wählen.

Zustimmung zu Aussagen zu Arbeitsbedingungen, nach AfD-Wählendengruppe Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden geben 70 Prozent an, mit ihrem Job zufrieden oder sehr zufrieden zu sein; unter AfD-Neuwählenden sind es 72 und unter Wählenden anderer Parteien 80 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: unzufrieden mit Job**; Arbeitsplatz unsicher***; keine Mitsprachemöglichkeiten*; Arbeitgeber sieht Leistung nicht***; Lohn nicht angemessen***; keine Unterstützung Kollegium**; Signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: alle ns.; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

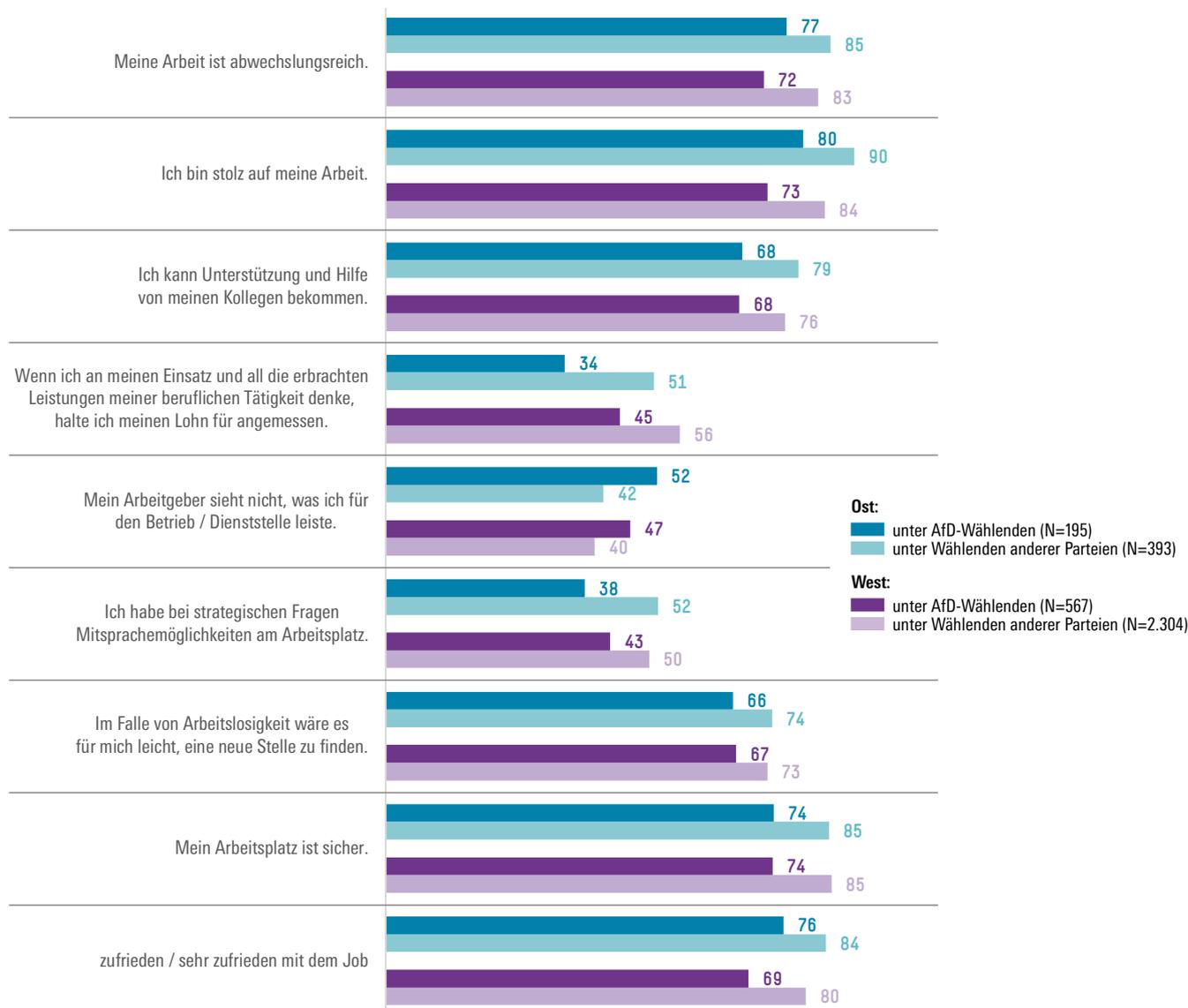
Differenziert man nun noch innerhalb der AfD-Wählerschaft (Abbildung 16), zeigt sich, dass sich AfD-Neuwählende in vielerlei Hinsicht bezüglich der (mangelhaften) Arbeitsbedingungen den etablierteren AfD-Wählergruppen ähneln. Sie haben signifikant seltener als Wählende anderer Parteien die Möglichkeit der Mitsprache am Arbeitsplatz und erhalten seltener Hilfe im Kollegium, empfinden häufiger ihren Arbeitsplatz als unsicher und sind mit ihm unzufriedener. Herausstechend für die AfD-Neuwählenden ist zudem, dass sie mit knapp 52 Prozent deutlich überdurchschnittlich häufig davon berichten, dass ihr Arbeitgeber ihren Einsatz und die Leistungen nicht sieht. Auffällig in

der Einheitlichkeit ist dann schließlich der Befund, dass – unabhängig ob AfD-Stammwählende oder Neuwählende – der eigene Lohn angesichts der erbrachten Leistungen nur von einer Minderheit als angemessen eingeschätzt wird.

Lohnenswert ist hier zudem ein Blick auf Ost-West-Differenzen (Abbildung 17). Zwar berichten AfD-Wählende in Ost wie West häufiger von mangelhaften Arbeitsbedingungen als Wählende anderer Parteien, jedoch gibt es Unterschiede dahingehend, was als mangelnd angegeben wird. Im Westen sind AfD-Wählende beispielsweise signifikant seltener zufrieden mit dem Job und signifikant seltener stolz auf die eigene Arbeit. Im Osten

Zustimmung zu Aussagen zu Arbeitsbedingungen in Ost und West, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: 77 Prozent der AfD-Wählenden in Ostdeutschland bezeichnen ihre Arbeit als abwechslungsreich, während dies 72 Prozent der AfD-Wählenden in Westdeutschland tun.

Anmerkungen: Berlin exkludiert; Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: unzufrieden mit Job: West***, Ost ns.; Arbeitsplatz unsicher: West***, Ost*; schwierig neue Stelle zu finden: West*, Ost ns.; keine Mitsprachemöglichkeiten: West*, Ost**; AG sieht Leistung nicht: West***, Ost**; Lohn nicht angemessen: West***, Ost***; keine Unterstützung Kollegium: West***, Ost**; nicht stolz: West***, Ost*; nicht abwechslungsreich: West***, Ost ns.; signifikante Differenzen Vergleich Ost-West unter AfD-Wählenden aus Ost-Perspektive: häufiger zufrieden mit Job*, Lohn wird seltener als angemessen bezeichnet *, häufiger stolz auf Arbeit*, * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

wird hingegen unter AfD-Wählenden signifikant häufiger von einem zu geringen Lohn berichtet als im Westen. Keine Ost-West-Unterschiede zeigen sich beim Thema Arbeitsplatzsicherheit, Unterstützungsmöglichkeiten oder Arbeitsmarktchancen.

Interessant ist des Weiteren, in welchen Aspekten der Arbeitsbedingungen in Ost und West AfD-Wählende eine besonders große Differenz zu Wählenden anderer Parteien aufweisen. Ein ein-

heitliches Bild für Ost und West ergibt sich hierbei ebenfalls nicht. Sind es im Westen eher die Aspekte der geringen Zufriedenheit mit dem Job, des fehlenden Stolzes und der fehlenden Abwechslung, bei denen AfD-Wählende mit besonders großer Abweichung zu Wählenden anderer Parteien auffallen, sind es im Osten stärker die fehlenden Mitsprachemöglichkeiten am Arbeitsplatz.

Zusammengefasst erscheint das Thema Arbeit als durchaus relevant bei der Differenzierung von

Wählergruppen. AfD-Wählende berichten häufiger als Wählende anderer Parteien von Arbeitslosigkeit. Sie empfinden ihren Job seltener als sicher und schätzen ihre Arbeitsmarktchancen bei Jobverlust häufiger als schlecht ein. Sie haben seltener Mitsprachemöglichkeiten, berichten seltener von abwechslungsreicher Arbeit und können seltener auf Unterstützung im Kollegium zurückgreifen. Als besonders auffällig erscheint zudem, dass sie besonders häufig von mangelnder Würde und Anerkennung berichten – sei es durch unangemessenen Lohn oder mangelnde Wertschätzung durch Vorgesetzte und den Arbeitgeber. Bemerkenswert ist hier, dass sich in diesem letzten Punkt, aber auch in vielen anderen Aspekten mangelhafter Arbeitsbedingungen die AfD-Wählergruppen in ihren Angaben sehr einig sind.

4.3 Wie ist ihr Vertrauen in Institutionen?

Bereits in zahlreichen Studien wurde ein geringes Vertrauen in Institutionen als bedeutendes Merkmal von AfD-Wählenden herausgearbeitet (z.B. Hansen/Olsen 2018; Kohlrausch et al. 2023 anhand des Erwerbspanels). Im Folgenden wird daher das Vertrauen der AfD-Wählenden in verschiedene gesellschaftliche Institutionen untersucht. Ein besonderer Fokus wird auf das Vertrauen in die Bundesregierung und die öffentlich-

rechtlichen Medien gelegt, da in vorherigen Studien AfD-Wählende gegenüber diesen Institutionen besonders große Abneigung hegten. Zudem wird gesondert auf das Vertrauen in die präferierte Partei – unter den AfD-Wählenden also das Vertrauen in die AfD geschaut.

Aktuelles Institutionenvertrauen

In der aktuellen Erhebungswelle wurden die Befragten zunächst gebeten anzugeben, wie groß ihr Vertrauen in acht verschiedene Institutionen ist. Sie konnten ihre Antworten auf einer fünfstufigen Skala auswählen – von „sehr großes“ und „großes“ über „mittelmäßiges“ bis hin zu „nur wenig“ und „überhaupt kein“ Vertrauen. In **Abbildung 18** wird dargestellt, wie sehr sich die Verbreitung des Vertrauens in die verschiedenen Institutionen zwischen Wählenden der AfD und Wählenden anderer Parteien unterscheidet.

Es ist auffällig, dass AfD-Wählende erheblich seltener Vertrauen äußern als Wählende anderer Parteien – sei es in die Polizei, in Gerichte, in die Bundeswehr oder in Gewerkschaften. Besonders deutlich ist die Differenz beim Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien und die Bundesregierung ausgeprägt. Hier gibt kaum ein*e AfD-Wähler*in großes oder sehr großes Vertrauen an (öffentlich-rechtliche Medien: sechs Prozent vs. 38 Prozent unter Wählenden anderer Parteien; Bundesregierung: 2,8 Prozent vs. 21 Prozent unter Wählenden anderer Parteien). Am geringsten ist die Differenz zwischen AfD-Wählenden und Wählenden anderer Parteien beim Vertrauen in Arbeitgeberverbände ausgeprägt – jedoch wird auch hier unter Wählenden anderer Parteien signifikant häufiger Vertrauen geäußert als unter AfD-Wählenden.

Ein zusätzlicher Blick auf Ost-West-Differenzen zeigt, dass das Vertrauen in alle erfragten Institutionen im Westen größer als im Osten ist (vgl. Kohlrausch et al. 2023). Am seltensten äußern AfD-Wählende im Osten Vertrauen: Großes oder sehr großes Vertrauen wird hier beispielsweise nur von zwölf Prozent in Gerichte, von 1,6 Prozent in öffentlich-rechtliche Medien oder von 0,5 Prozent in die Bundesregierung geäußert (ebd.).

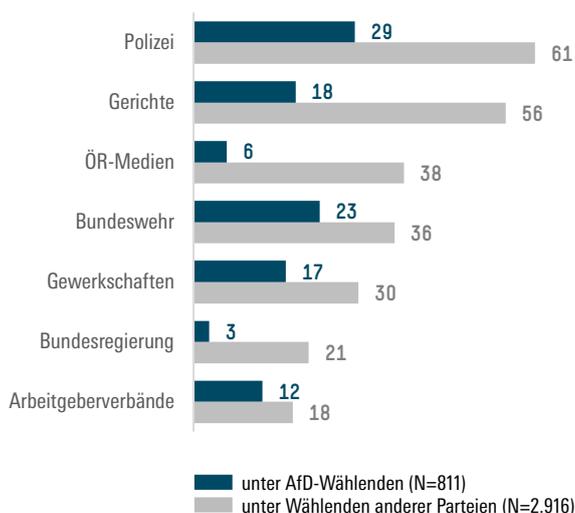
Entwicklung des Institutionenvertrauens bei AfD-Neuwählenden

Lohnend ist zudem ein Blick auf die Entwicklung des Institutionenvertrauens im Zeitverlauf. Hierzu wird im Folgenden auf das Vertrauen in die Bundesregierung und in öffentlich-rechtliche Medien fokussiert. Seit der Bundestagswahl im Oktober 2021 wurde hier zu vier Zeitpunkten das Vertrauen der Erwerbspanel erfragt.

In **Abbildung 19** wird ersichtlich, wie sich der Anteil der Befragten, der „nur wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen in die Bundesregierung hat, im Zeitverlauf entwickelt hat. Wie unter allen Be-

Abbildung 18

Anteil der Befragten mit „großem“ / „sehr großem“ Vertrauen in die jeweilige Institution, nach Wahlpräferenz
Angaben in Prozent

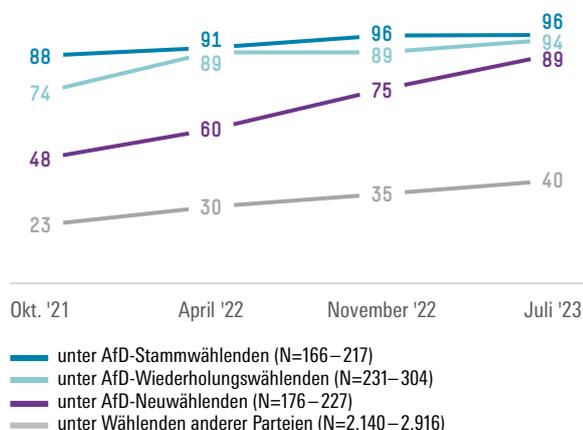


Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden äußern 29 Prozent großes oder sehr großes Vertrauen in die Polizei; unter Wählenden anderer Parteien liegt der Wert bei 61 Prozent.

Anmerkungen: 5-stufige Skala, weitere Antwortoptionen: „mittelmäßiges“, „nur wenig“ und „überhaupt kein“ Vertrauen; Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: für alle Institutionen ***, * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Anteil der Befragten mit „nur wenig“/„überhaupt kein“ Vertrauen in die Bundesregierung im Zeitverlauf, nach AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter den AfD-Neuwählenden stieg der Anteil mit geringem Vertrauen in die Bundesregierung von 48 Prozent im Oktober 2021 auf zuletzt 89 Prozent.

Anmerkungen: Wellen 6, 8, 9, 10.

Quelle: eigene Berechnung

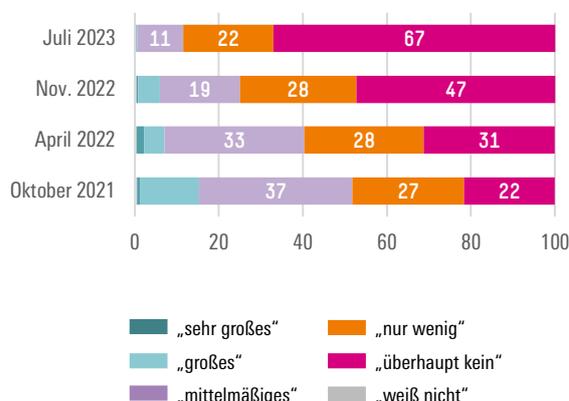
WSI

fragten in der Stichprobe, ist seit der Bundestagswahl 2021 auch unter Wählenden der AfD ein stetiger Vertrauensverlust in die Bundesregierung zu beobachten. Interessant ist jedoch, wie sich hier etabliertere AfD-Wählendengruppen von den jetzigen Neuwählenden der Partei unterscheiden. Bereits zur Bundestagswahl 2021 äußerte sowohl unter AfD-Stammwählenden als auch unter Wiederholungswählenden die überwältigende Mehrheit kaum oder gar kein Vertrauen in die Bundesregierung und dieser sehr hohe Anteil stieg im Zeitverlauf noch weiter an, sodass mittlerweile kaum noch jemand in diesen Gruppen „mittelmäßiges“ oder „großes“ Vertrauen in die Bundesregierung hat.

Anders verläuft die Linie der AfD-Neuwählenden in der Abbildung: Unter ihnen war das fehlende Vertrauen in die Bundesregierung zur Bundestagswahl 2021 mit 48 Prozent noch deutlich geringer verbreitet als unter den etablierteren AfD-Wählenden (74 bzw. 88 Prozent). Im Laufe der folgenden 21 Monate stieg dann in dieser Gruppe ebenfalls der Anteil derjenigen ohne Vertrauen in die Bundesregierung deutlich an und erreicht mit aktuell 89 Prozent Werte, die vergleichbar sind mit den etablierteren AfD-Wählenden. Die AfD-Neuwählenden haben somit aktuell das erheblich verbreitete Misstrauen in die Bundesregierung gemein mit etablierteren AfD-Wählenden. Zur Bundestagswahl waren viele von den jetzigen AfD-Neuwählenden zwar auch schon skeptischer als jetzige Wählende anderer Parteien, jedoch gab unter den AfD-Neuwählenden damals noch rund die Hälfte zumindest „mittelmäßiges“ Vertrauen in die Bundesregierung an, wie in **Abbildung 20** dargestellt. In der Abbildung

Verteilung Vertrauen in die Bundesregierung im Zeitverlauf unter AfD-Neuwählenden

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Gaben im Oktober 2021 22 Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden „überhaupt kein“ Vertrauen in die Bundesregierung an, waren es zuletzt 67 Prozent.

Anmerkungen: Wellen 6, 8, 9, 10; N=176–227.

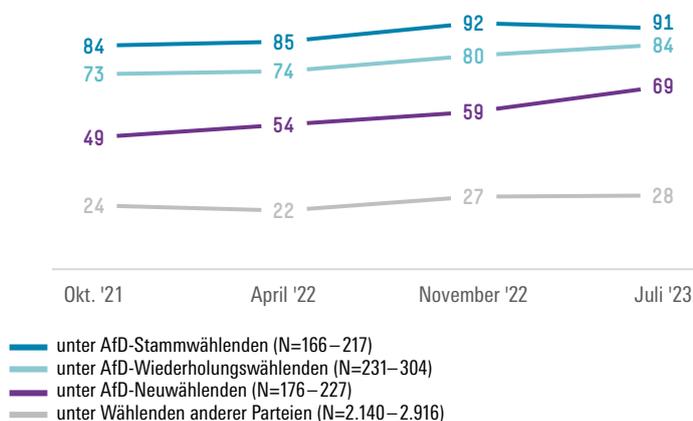
Quelle: eigene Berechnung

WSI

Abbildung 21

Anteil der Befragten mit „nur wenig“/„überhaupt kein“ Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien im Zeitverlauf, nach AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter den AfD-Neuwählenden stieg der Anteil mit geringem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien von 49 Prozent im Oktober 2021 auf zuletzt 69 Prozent.

Anmerkungen: Wellen 6, 8, 9, 10.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

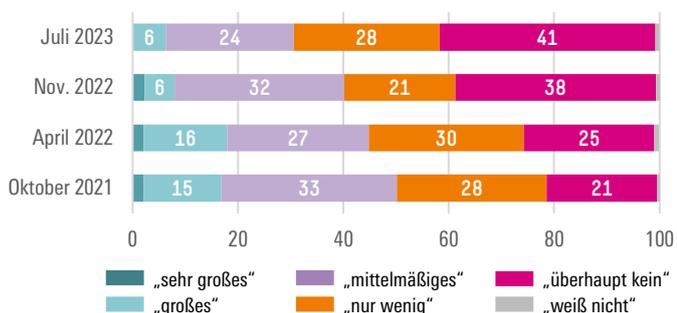
wird auch deutlich, dass der Großteil der jetzigen AfD-Neuwählenden (zwei von drei) zuletzt die Extremkategorie „überhaupt kein“ Vertrauen in die Bundesregierung auswählte.

Ein ähnliches Bild, wenn auch in abgeschwächter Form lässt sich für das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien nachzeichnen (**Abbildung 21**). Dabei fallen die AfD-Wählenden ebenfalls mit deut-

Abbildung 22

Verteilung Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien im Zeitverlauf unter AfD-Neuwählenden

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Gaben im Oktober 2021 21 Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden „überhaupt kein Vertrauen“ in öffentlich-rechtliche Medien an, waren es zuletzt 41 Prozent.

Anmerkungen: Wellen 6, 8, 9, 10; N=176–227.

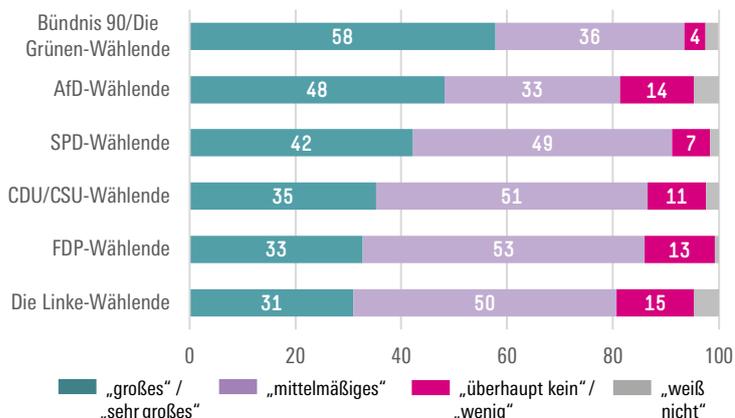
Quelle: eigene Berechnung

WSI

Abbildung 23

Verteilung aktuelles Vertrauen in „die Partei, die Sie wählen“, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter Grünen-Wählenden geben 58 Prozent großes oder sehr großes Vertrauen in die Partei, die sie wählen, an; während dies unter AfD-Wählenden 48 Prozent angeben.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen Anteil großes/sehr großes Vertrauen: AfD-Wählende > Wählende anderer Parteien***; AfD > Union, FDP, Linke*; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

lich unterdurchschnittlichem Vertrauen auf. Unter etablierteren AfD-Wählenden ist das Misstrauen hierbei enorm: 73 bis 92 Prozent äußerten „nur wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien zu den verschiedenen Erhebungszeitpunkten in den letzten zwei Jahren. Unter Wählenden anderer Parteien lag der Wert zum Vergleich in dem Zeitraum zwischen 22 und 28 Prozent. Interessant ist nun zu beobachten, wie unter AfD-Neuwählenden auch das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien Schritt für Schritt zurück-

ging, sodass mittlerweile mehr als zwei von drei AfD-Neuwählenden kaum Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien äußern – auch hier, ähnlich wie beim Vertrauen in die Bundesregierung, antwortet ein großer Teil mit „überhaupt kein“ Vertrauen (Abbildung 22). Das erhebliche Misstrauensausmaß der etablierteren AfD-Wählenden in öffentlich-rechtliche Medien wird unter AfD-Neuwählenden jedoch auch zuletzt nicht ganz erreicht.

Anhand dieser beschriebenen Zeitverläufe lässt sich schrittweise nachzeichnen, wie Neuwählende der AfD Vertrauen eingebüßt haben – und zwar nicht nur in die Bundesregierung, sondern ebenfalls – wenn auch nicht in dem überwältigenden Ausmaß – in öffentlich-rechtliche Medien.

Vertrauen in die AfD

Darüber hinaus wurde im WSI-Erwerbspersonenpanel nach dem Vertrauen „in die Partei, die Sie wählen“ gefragt. Aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Parteien ergibt sich für die AfD ein relativ hohes Vertrauen ihrer Wählenden unter Erwerbspersonen (Abbildung 23): 48 Prozent der aktuell AfD-Wählenden sagen, sie hätten „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die Partei, die sie wählen – in ihrem Fall also die AfD. Dieser Wert ist lediglich bei Wählenden der Grünen noch größer (58 Prozent). Betrachtet man nur die Extremausprägung „habe sehr großes Vertrauen“ (nicht explizit dargestellt), so ist unter keiner anderen Wähler*innenschaft der Wert derart hoch wie bei der AfD: Knapp 18 Prozent ihrer Wählenden geben ein „sehr großes Vertrauen an (Grüne zum Vergleich: acht Prozent). Der Anteil derer, die kaum Vertrauen in die Partei haben, die sie wählen, liegt bei der AfD mit 14 Prozent ungefähr auf dem Niveau anderer Parteien. Hier sind vermutlich die häufig angeführten Protestwählenden zu finden – Menschen, die ihre Stimme vor allem aus politischer Unzufriedenheit abgeben, ohne dass sie (zwangsläufig) eine inhaltliche Übereinstimmung mit der gewählten Partei haben. Betrachtet man jedoch ihren relativen Anteil an allen AfD-Wählenden, so ist hier von einer eher kleinen Gruppe auszugehen – der Anteil, derjenigen, die Vertrauen in die AfD haben und mutmaßlich entsprechend hinter den Parteipositionen stehen, ist mit den erwähnten 48 Prozent deutlich größer.

Betrachtet man beim Vertrauen in die AfD Ost-West-Unterschiede, zeigt sich, dass das Vertrauen unter AfD-Wählenden im Osten etwas größer ist als unter AfD-Wählenden im Westen. Im Osten äußerten 51 Prozent der AfD-Wählenden „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die AfD (im Westen: 47 Prozent), während nur sieben Prozent der AfD-Wählenden im Osten „nur wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen in die AfD äußern – im Westen ist dieser Wert mit 16 Prozent mehr als doppelt so hoch. Diese Befunde deuten darauf hin, dass im Osten etwas mehr überzeugte AfD-Wählende zu finden sind, während im Westen mehr Menschen

die AfD wählen trotz eines geringen Vertrauens in die Partei.

Als interessant erweist sich zudem die Betrachtung der verschiedenen AfD-Wählendengruppen (Abbildung 24). Das zuvor berichtete relativ hohe Vertrauen der AfD-Wähler*innenschaft in ihre Partei geht zu großen Teilen auf etabliertere Wählende zurück. Unter Wiederholungswählenden sind es 49, unter Stammwählenden sogar 71 Prozent, die angeben, „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in die AfD zu haben. Mit nur 20 Prozent ist dieser Anteil unter den AfD-Neuwählenden jedoch signifikant geringer und liegt auch signifikant unter dem Wert der Wählenden anderer Parteien. Der Anteil derjenigen, die „überhaupt kein“ oder „nur wenig“ Vertrauen in die AfD haben ist hierbei mit 30 Prozent ebenfalls deutlich überdurchschnittlich. Unter den AfD-Neuwählenden finden sich somit relativ viele, die von der Partei wenig überzeugt sind und ihr entsprechend wenig Vertrauen entgegenbringen.

4.4 Wie hoch sind ihre Sorgen und Belastungen?

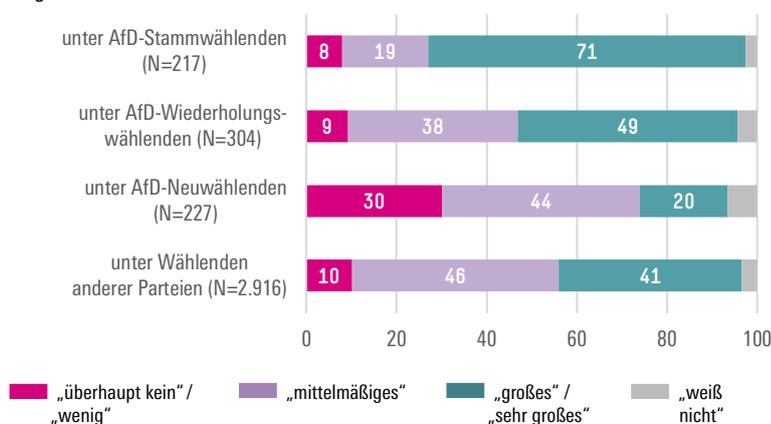
Um Aussagen zu den subjektiven Sorgen, Belastungen und Problemlagen zu machen, wird im folgenden Abschnitt zunächst vergleichend über Sorgen wegen verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen berichtet, bevor auf angegebene Belastungen in verschiedenen Lebensbereichen eingegangen wird. Anschließend werden die zu Beginn der Hochinflationphase im Frühjahr 2022 erfragten Sonderbelastungen und Einstellungen zu den Entlastungspaketen herangezogen.

Besorgte Bürger*innen?

Der Anteil der Befragten im WSI-Erwerbspanel, der von großen Sorgen berichtet, ist in den letzten Erhebungen deutlich angestiegen (vgl. Kohlrausch et al. 2023). Während Sorgen um gesellschaftliche Themen wie dem sozialen Zusammenhalt oder der Entwicklung der sozialen Ungleichheit nahezu kontinuierlich seit Pandemiebeginn angestiegen sind, zeigt sich für die Verbreitung finanzieller Sorgen eine deutliche Zunahme insbesondere seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und den damit einhergehenden Folgen wie der Anstieg der Inflation.

Medial wird häufig das Bild der besorgten Bürger*innen herangezogen, wenn über die AfD-Wähler*innenschaft gesprochen wird. Auch im Zusammenhang der bereits erwähnten Modernisierungsverlierer-These erweisen sich selbstbezogene und gesellschaftsbezogene Sorgen als bedeutsam zur Erklärung der AfD-Wahlpräferenz (z. B. Hertel/Esche 2019). Inwieweit AfD-Wählende nun auch im WSI-Erwerbspanel mit besonders verbreiteten Sorgen auffallen, wird in **Abbildung 25** ersichtlich.

Verteilung aktuelles Vertrauen in „die Partei, die Sie wählen“, nach AfD-Wählendengruppe
Angaben in Prozent



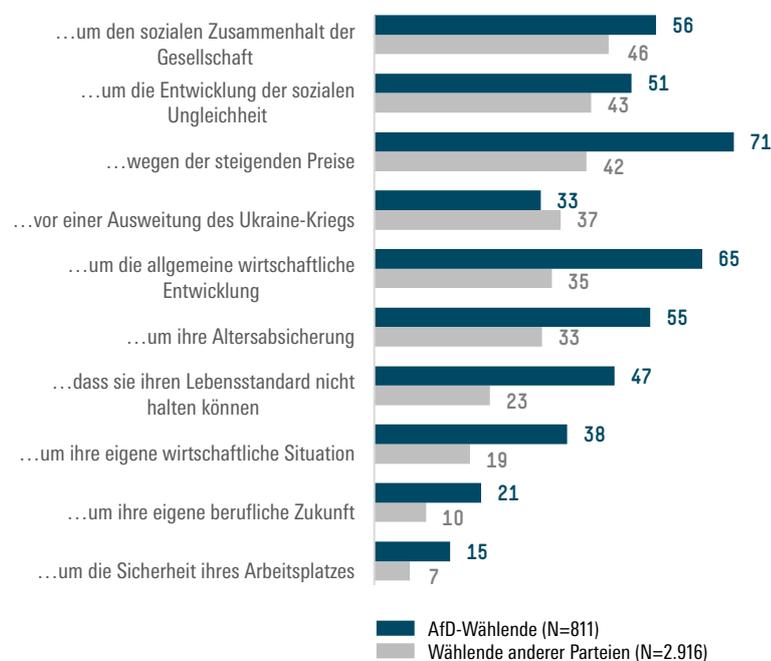
Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden äußern 71 Prozent großes oder sehr großes Vertrauen in die AfD; unter AfD-Neuwählenden sind es 20 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen Anteil großes/sehr großes Vertrauen: AfD-Wählende > Wählende anderer Parteien***; AfD-Neuwählende < Wählende anderer Parteien***; AfD-Neuwählende < AfD-Stammwählende***; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

Abbildung 25

Aktueller Anteil mit „großen Sorgen“ in dem jeweiligen Bereich, nach Wahlpräferenz
Angaben in Prozent

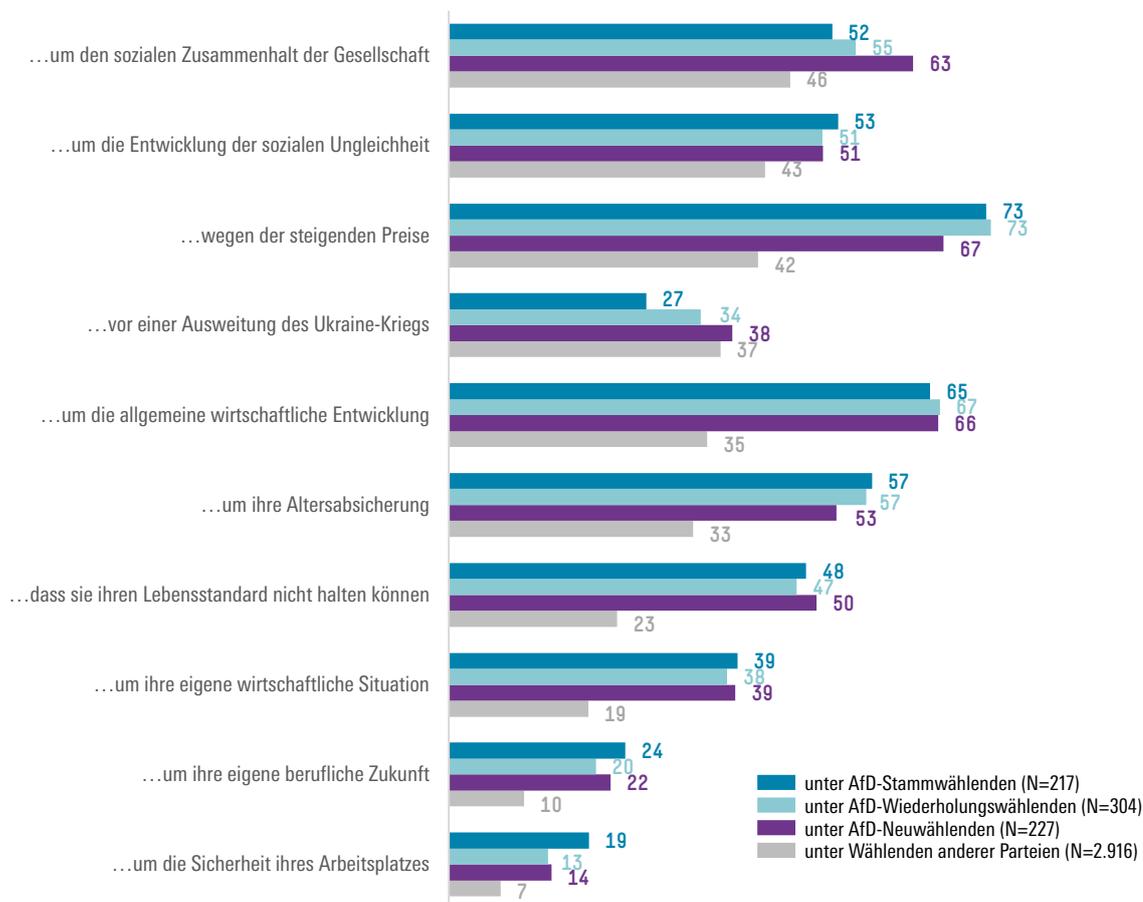


Lesehilfe: 71 Prozent der AfD-Wählenden äußern große Sorgen wegen der steigenden Preise; unter Wählenden anderer Parteien liegt der Wert bei 42 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: berufliche Zukunft***; eig. wirtsch. Situation***; Zusammenhalt***; Ungleichheit***; allg. wirtsch. Situation***; Arbeitsplatzsicherheit***; Altersabsicherung***; steigende Preise***; Ukraine-Kriegsausweitung*; Lebensstandard***; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: eigene Berechnung

Aktueller Anteil mit „großen Sorgen“ in dem jeweiligen Bereich, nach AfD-Wählendengruppe Angaben in Prozent



Lesehilfe: 73 Prozent der AfD-Stammwählenden äußern große Sorgen wegen der steigenden Preise; unter AfD-Neuwählenden liegt der Wert bei 67 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: berufliche Zukunft***; eig. wirtsch. Situation***; Zusammenhalt***; Ungleichheit*; allg. wirtsch. Situation***; Lebensstandard***; Arbeitsplatzsicherheit***; Altersabsicherung***; steigende Preise***; Signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Zusammenhalt*; Kriegsausweitung**; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

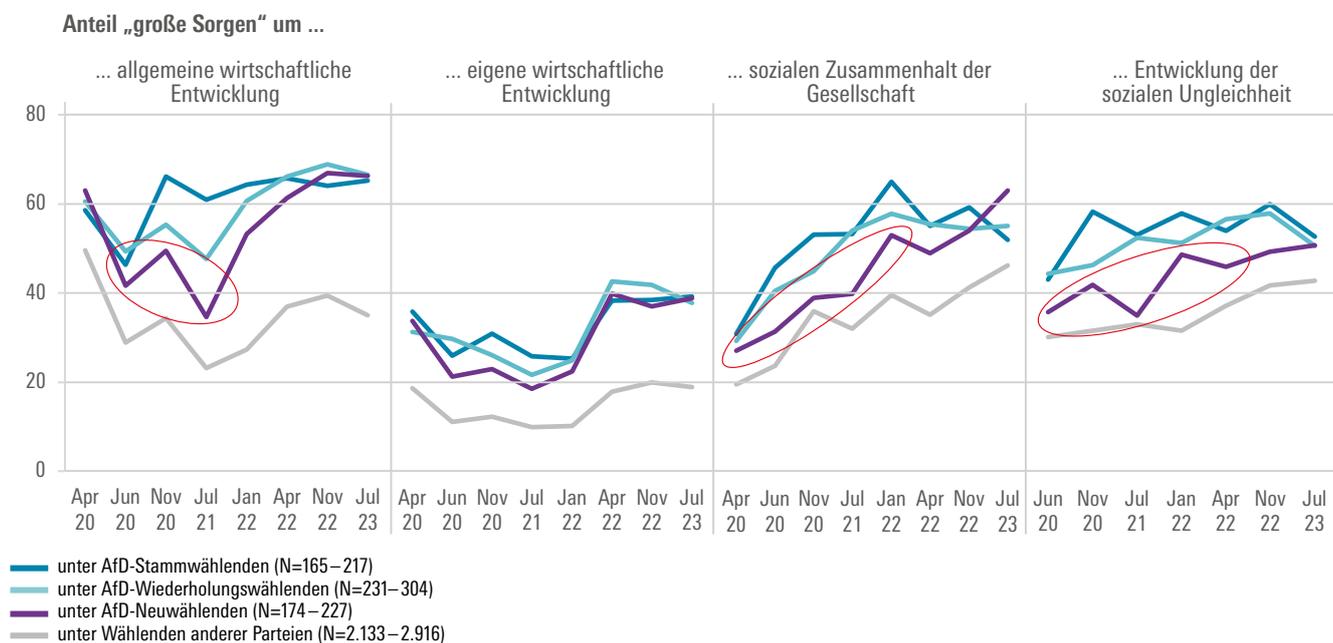
Es zeigt sich, dass die Sorgen in fast allen erfragten Bereichen bei Wählenden der AfD signifikant weiter verbreitet sind als bei Wählenden anderer Parteien. Besonders ausgeprägt sind die Differenzen bei den finanziellen Sorgen: So äußern 47 Prozent der AfD-Wählenden große Sorgen, dass der Lebensstandard nicht gehalten werden kann (23 Prozent unter Wählenden anderer Parteien). 71 Prozent der AfD-Wählenden äußern große Sorgen wegen der steigenden Preise (42 Prozent unter Wählenden anderer Parteien) und 38 Prozent bekunden große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation (19 Prozent unter Wählenden anderer Parteien).

Die einzige hier abgefragte Sorge, die von AfD-Wählenden nicht häufiger geteilt wird als von Wählenden anderer Parteien, ist die Sorge vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs. Diese wird mit 33 Prozent unter AfD-Wählenden sogar signifikant seltener geteilt als unter Wählenden anderer Parteien (37 Prozent).

Hier erscheint zudem erwähnenswert, dass die finanziellen Sorgen – etwa den Lebensstandard nicht halten zu können oder um die eigene wirtschaftliche Situation – unter AfD-Wählenden im Osten insgesamt nicht weiterverbreitet sind als unter AfD-Wählenden im Westen (Lebensstandard: West 48 Prozent, Ost 46 Prozent; eigene wirtschaftliche Situation: West 40 Prozent, Ost 35 Prozent). Finanzielle Sorgen unter AfD-Wählenden spielen also in ähnlichem Ausmaß in Ost und West eine Rolle.

Betrachtet man nun, ob sich die AfD-Wählendengruppen in ihren Sorgen unterscheiden (Abbildung 26), zeigt sich eine relativ große Einigkeit. Insbesondere bei den Sorgen wegen finanzieller Themen wie etwa den Lebensstandard nicht halten zu können, die steigenden Preise oder die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation unterscheiden sich AfD-Neuwählende von etablierteren AfD-Wählenden kaum bis gar nicht – unter den verschiedenen AfD-Wählendengruppen wird von relativ weit verbreiteten Sorgen berichtet. Unter AfD-Neuwäh-

Anteil mit „großen Sorgen“ in dem jeweiligen Bereich im Zeitverlauf, nach aktueller AfD-Wählendengruppe Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Neuwählenden sorgten sich zu Pandemiebeginn rund 60 Prozent um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Anschließend sank der Anteil auf unter 40 Prozent im Juli 2021, bevor er zuletzt wieder auf Werte deutlich über 60 Prozent angestiegen ist.

Anmerkungen: Wellen 1–10.

Quelle: eigene Berechnung

lenden besonders verbreitet, ist die Sorge um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Hier äußern jetzige AfD-Neuwählende mit 63 Prozent signifikant häufiger große Sorgen als AfD-Stammwählende und Wählende anderer Parteien (52 bzw. 46 Prozent). Zudem sind auch die Unterschiede bei der Sorge vor einer Ausweitung des Ukraine-Krieges bemerkenswert. Durch die Unterteilung der AfD-Wählergruppen wird ersichtlich, dass der Befund, dass AfD-Wählende hier seltener besorgt sind als Wählende anderer Parteien insbesondere auf AfD-Stammwählende zurückzuführen ist. Unter ihnen sorgt sich lediglich rund jede und jeder Vierte vor einer Ukraine-Kriegsausweitung. Unter AfD-Neuwählenden unterscheidet sich die Verbreitung der Sorge jedoch nicht von Wählenden anderer Parteien (38 vs. 37 Prozent).

Um Hinweise darauf zu bekommen, inwieweit der gerade beschriebene Befund der besonders besorgten AfD-Wählenden kein kurzfristiges Phänomen darstellt, werden in **Abbildung 27** die Entwicklung der Sorgen für vier Themen exemplarisch dargestellt, die bereits seit den ersten Erhebungswellen erfragt wurden: Drei Sorgen fokussieren dabei den gesellschaftlichen Blick der Befragten (gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale Ungleichheit, allgemeine wirtschaftliche Entwicklung) während eine die persönliche wirtschaftliche Sorge thematisiert.

Zum einen wird generell deutlich, dass jetzige Wählende der AfD bereits seit Beginn der Pandemie deutlich häufiger von großen Sorgen berichten als Wählende anderer Parteien. Zu allen Erhebungszeitpunkten lagen die Sorgenwerte aller aktuellen AfD-Wählendengruppen über denen der Wählenden anderer Parteien.

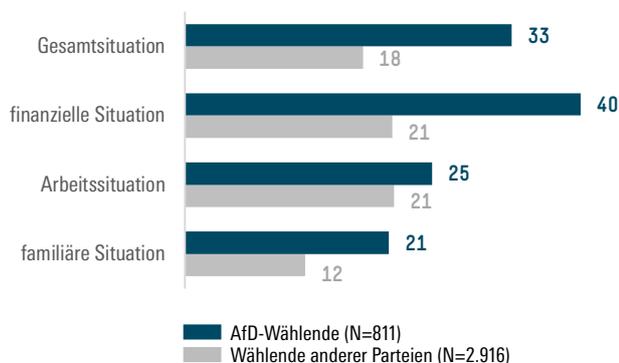
Zum anderen ermöglicht die Unterscheidung der aktuellen Wählendengruppen der AfD einen detaillierten Blick auf deren Sorgenentwicklung. Es zeigt sich, dass sie sich zwar in ihren Sorgen zum Zeitpunkt der Ausgangserhebung zu Beginn der Pandemie weitgehend ähnelten, anschließend jedoch äußerten jetzige AfD-Neuwählende Sorgen mit Blick auf die Gesellschaft und die Wirtschaft im Allgemeinen in geringerem Ausmaß als etablierte AfD-Wählende (siehe rote Ellipsen in **Abbildung 27**). Seit Frühjahr 2022 nahmen die Sorgen für AfD-Neuwählende jedoch deutlich zu und erreichten zuletzt die Werte von etablierten AfD-Wählenden. Der hier relevante Zeitraum des Frühjahrs 2022 fällt zusammen mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und der damit einhergehenden Energiekrise sowie dem sprunghaften Anstieg der Inflationsrate auf zweistellige Werte.

Betrachtet man die jüngsten Veränderungen, wird ersichtlich, dass sich die gesellschaftlichen Sorgen der AfD-Neuwählenden zuletzt eher konträr zu denen etablierterer AfD-Wählendengruppen

Abbildung 28

Anteil mit „starken“ oder „äußersten“ Belastungen in dem jeweiligen Bereich, nach Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Wählenden bezeichnen 33 Prozent ihre Gesamtsituation als stark oder äußerst belastend; unter Wählenden anderer Parteien sind es 18 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Familie***, Finanzen***, Arbeit**, Gesamt***; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

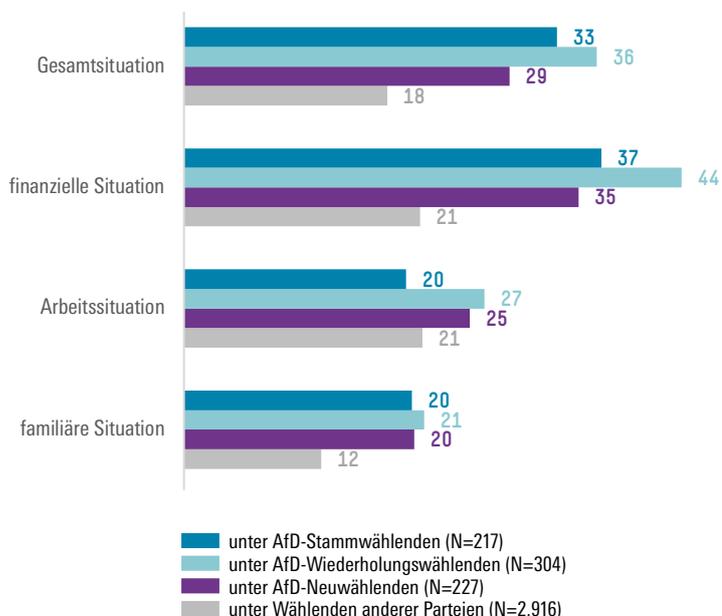
Quelle: eigene Berechnung

WSI

Abbildung 29

Anteil mit „starken“ oder „äußersten“ Belastungen in dem jeweiligen Bereich, nach AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden bezeichnen 33 Prozent ihre Gesamtsituation als stark oder äußerst belastend; unter AfD-Neuwählenden sind es 29 Prozent.

Anmerkungen: Welle 10, Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: Familie***, Finanzen***, Gesamt***; Signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: alle ns.; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

entwickelten: Während sich letztere in geringerem Maße um den Zusammenhalt oder die Ungleichheit sorgen, steigt unter AfD-Neuwählenden die Verbreitung dieser Sorgen weiter an.

Bemerkenswert ist hier zudem, dass sich jetzige AfD-Neuwählende jedoch nicht wesentlich im Ausmaß der Sorgen um ihre individuelle Lage – hier die eigene wirtschaftliche Situation – im Zeitverlauf von anderen etablierteren AfD-Wählenden unterscheiden. Mit anderen Worten: Der Unterschied zwischen jetzigen AfD-Neuwählenden und etablierteren AfD-Wählenden liegt also nicht etwa im Sorgeausmaß bezogen auf die eigene Situation – die lag bereits zu frühen Zeitpunkten der Pandemie auf einem ähnlichen, relativ hohen Niveau. Vielmehr zeigt sich, dass diejenigen, die erst vor kurzem zur AfD wechselten, lange Zeit nicht ganz so negativ auf die Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung geblickt haben als sie es jetzt tun und als dies etabliertere AfD-Wählendengruppen damals schon taten.

Entwicklung der Belastungen

Neben den gerade berichteten Sorgen wurde im WSI-Erwerbspersonenpanel auch explizit nach Belastungen gefragt. Analog zu den Sorgen ist es wichtig zu betonen, dass es sich dabei um subjektiv wahrgenommene und berichtete Belastungen handelt, die sicherlich zu einem Großteil mit objektiven Werten korrelieren würden, jedoch nicht zwangsläufig mit ihnen identisch sind. Anders formuliert: Menschen bewerten Belastungen subjektiv unterschiedlich – was für den einen bereits eine hohe Belastung ist, mag für die andere noch längst keine darstellen.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst über die Belastungen in verschiedenen Lebensbereichen berichtet, für die zahlreiche Beobachtungszeitpunkte vorliegen, bevor auf Sonderbelastungen eingegangen wird, die zu einzelnen Befragungszeitpunkten erhoben wurden.

Betrachtet man zunächst das aktuelle berichtete Ausmaß an Belastungen unter Wählenden der AfD, so fällt auf, dass sie in allen vier von uns erfragten Bereichen inklusive der Gesamtsituation signifikant häufiger von „starken“ oder gar „äußersten“ Belastungen berichten als dies Wählende anderer Parteien tun (Abbildung 28). In den Bereichen der finanziellen und der Gesamtsituation ist der Anteil, derjenigen, die von besonders hohen Belastungen berichten, unter AfD-Wählenden fast doppelt so hoch wie unter Wählenden anderer Parteien.

Unterschieden nach AfD-Wählendengruppen (Abbildung 29) zeigen sich im Detail einige Unterschiede im Ausmaß der Belastungen. Unter den Neuwählenden der AfD fällt ein durchweg hohes Belastungsniveau auf, das sich in seinem Ausmaß kaum vom Niveau etablierterer Wählendengruppen unterscheidet und meist signifikant höher liegt als bei Wählenden anderer Parteien. Im Bereich

der finanziellen Situation berichtet beispielsweise mehr als jede und jeder Dritte AfD-Neuwählende von „starken“ oder „äußersten“ Belastungen (rund jede und jeder Fünfte unter Wählenden anderer Parteien). Auffällig ist zudem die relativ geringe Belastung der Arbeitssituation unter AfD-Stammwählenden, die auf ähnlichem Niveau von Wählenden anderer Parteien liegt.

Ein Blick auf die Entwicklung der finanziellen Belastungen im Zeitverlauf (Abbildung 30) zeigt interessanterweise, dass diese unter den jetzigen AfD-Neuwählenden bereits in den Jahren 2020 und 2021 meist deutlich überdurchschnittlich ausgeprägt waren und auf dem Niveau der etablierteren AfD-Wählenden lagen. Bezüglich der finanziellen Belastungen zeigt sich hier also analog zu den Befunden zur Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation, dass diejenigen, die zuletzt zur AfD wechselten, bereits vor dem starken Anstieg der Inflation im Jahr 2022 überdurchschnittlich häufig finanziell belastet waren – nur entschied man sich damals unter ihnen noch nicht dazu, AfD zu wählen.

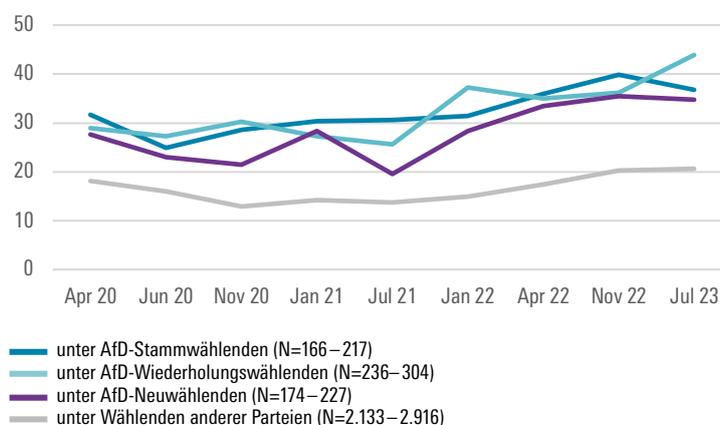
Sonderbelastungen und Entlastungspakete

Im Jahr 2022 wurden im WSI-Erwerbspersonenpanel zu zwei Zeitpunkten weitere aktuelle Be- und Entlastungen der Erwerbspersonen erfragt. Im April 2022 – mitten in der Hochinflationphase – wurden die finanziellen Belastungen durch die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Sprit, Energie und Lebensmittel abgefragt (Abbildung 31). Das bereits beschriebene Bild der besonders belasteten AfD-Wählenden bestätigt sich auch hier: Unter ihnen war der Anteil, der von „starken“ oder „äußersten“ finanziellen Belastungen in diesen Bereichen berichtet, mit 66 bis 74 Prozent deutlich und signifikant erhöht (unter Wählenden anderer Parteien: 44 bis 52 Prozent). Auch für die AfD-Neuwählenden bestätigt sich weitgehend das bisherige Bild: Sie berichteten auch hier signifikant häufiger – im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien – von großen finanziellen Belastungen; im Vergleich mit etablierteren AfD-Wählergruppen waren diese jedoch zu dem Zeitpunkt geringer verbreitet.

Im November 2022 in Welle 9 wurde zudem die persönliche Entlastung durch die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungspakete erfragt. Hier gilt es erneut zu betonen, dass explizit die wahrgenommene Entlastung erfragt wurde. Es wurde also nicht gefragt, ob man Unterstützungen erhalten hat, sondern ob der eigene Haushalt entlastet wurde. Dabei wurde mit zwei Fragen operiert – eine zielte auf die bisherigen Entlastungen (retrospektiv) und eine zweite auf die noch zu erwartenden Entlastungen (prospektiv) ab. Die Befunde zeichnen ein eindeutiges Bild: Jetzige AfD-Wählende gaben weniger als halb so häufig an wie Wählende anderer Parteien, dass ihr Haushalt entlastet wurde oder dass sie noch Entlastungen

Anteil mit „starken“ oder „äußersten“ Belastungen im finanziellen Bereich im Zeitverlauf, nach AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Zu Pandemiebeginn äußerten rund 30 Prozent der AfD-Neuwählenden starke oder äußerste finanzielle Belastungen. Nach zwischenzeitlichen Rückgängen bis auf 20 Prozent im Sommer 2021, stieg der aktuelle Wert in dieser Gruppe auf 35 Prozent an.

Anmerkungen: Wellen 1–10.

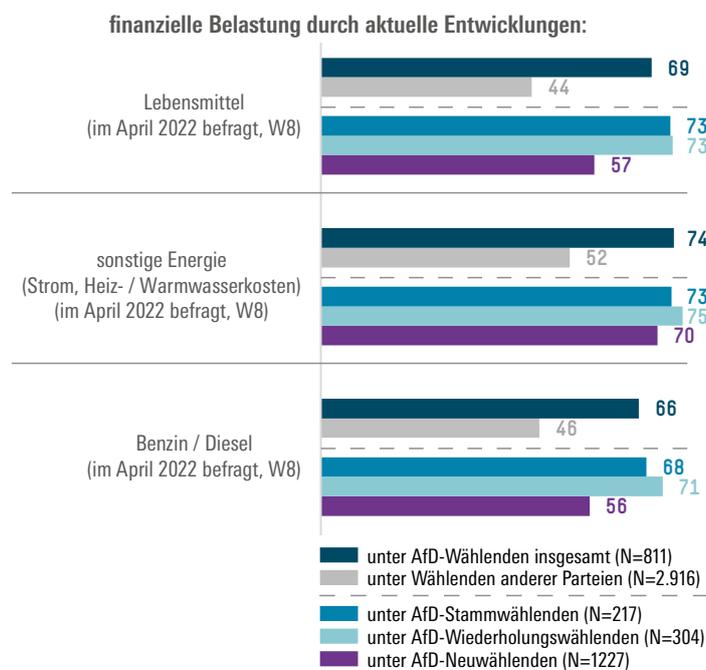
Quelle: eigene Berechnung

WSI

Abbildung 31

Anteil der Erwerbspersonen, die im April 2022 von „starken“ und „äußersten“ finanziellen Belastungen durch aktuelle Entwicklungen berichteten, nach aktueller AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter aktuellen AfD-Wählenden gaben im April 2022 69 Prozent starke oder äußerste finanzielle Belastungen durch Lebensmittel an. Unter aktuell andere Parteien Wählenden lag der Wert bei 44 Prozent.

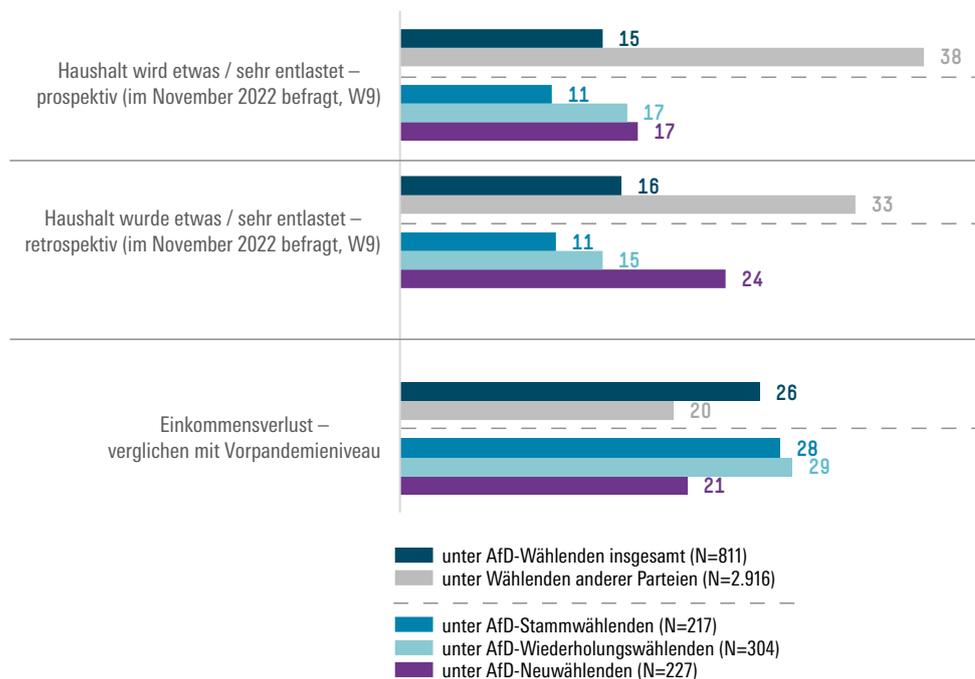
Anmerkungen: Wellen 8 und 10, April 2022 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Benzin / Diesel***, Energie***, Lebensmittel***; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: Benzin/Diesel**, Energie***, Lebensmittel***; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Benzin / Diesel**, Lebensmittel***; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

Anteil der Erwerbspersonen, die von Entlastungen durch Entlastungspakete und von Einkommensverlusten berichten, nach aktueller Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Im November 2022 gaben 15 Prozent der aktuell AfD-Wählenden an, dass ihr Haushalt durch Entlastungspakete entlastet wurde. Unter Wählenden anderer Parteien gaben dies 38 Prozent an.

Anmerkungen: Wellen 9 und 10, November 2022 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: Entlastung prospektiv***, retrospektiv***; Einkommensverlust**, signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: Entlastung prospektiv***, retrospektiv**, signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Entlastung retrospektiv**, prospektiv *, * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

erwarten (Abbildung 32). Zudem zeigt sich hier, je etablierter die AfD-Wählenden, desto seltener wurden Entlastungen wahrgenommen oder erwartet. Aber auch für AfD-Neuwählende liegt die Entlastungswahrnehmung – sowohl retrospektiv als auch prospektiv – signifikant unter der von Wählenden anderer Parteien.

Zudem wurde berechnet, ob die Erwerbspersonen verglichen mit dem Vorpandemieniveau Einkommensverluste erlitten haben.²⁰ Dieser Indikator beruht zwar ebenfalls auf Angaben der Befragten, jedoch ist er durch die Angabe von Einkommensgrößen in gewisser Hinsicht objektiver und weniger anfällig dafür, durch subjektive Wahrnehmungen beeinflusst zu sein als beispielsweise die Frage danach, wie stark die Befragten entlastet

wurden. Die Befunde zeigen jedoch, dass sich hier sich ebenfalls für aktuell AfD-Wählende signifikant häufiger ein Einkommensverlust als für Wählende anderer Parteien ergeben hat (26 vs. 20 Prozent; Abbildung 32). Dies gilt jedoch nicht für aktuell AfD-Neuwählende, bei denen es ähnlich häufig wie bei Wählenden anderer Parteien zu Einkommenseinbußen kam.

Zusammengenommen unterstreichen die hier berichteten Befunde das Bild der besonders stark besorgten und belasteten Wähler*innenschaft der AfD. Für die AfD-Neuwählenden zeigen sich meist ebenfalls hohe Sorgen und Belastungen. Als auffällig erscheint unter ihnen die zuletzt besonders verbreitete Sorge um den sozialen Zusammenhalt. Bezogen auf die finanziellen Belastungen und Sorgen wird erkennbar, dass diese bei Neuwählenden auch bereits zu früheren Zeitpunkten bestanden haben – zu Zeitpunkten, als diese Befragten noch nicht angaben, AfD wählen zu wollen. Gleichzeitig zeigt sich für die AfD-Neuwählenden keine auffällig hohe Verbreitung von erlittenen Einkommensverlusten, wie sie sich für etabliertere AfD-Wählende zeigt.

²⁰ Dazu wurde das angegebene aktuelle Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen der Befragten mit dem angegebenen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen der Befragten von vor der Pandemie verglichen. War letzteres höher als das aktuelle, kam es zu einem Einkommensverlust. Wichtig: das Vorkrisen-Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen wurde ex post im Juli 2021 (Welle 5) erfragt.

4.5 Welche Themen waren ihnen zur Bundestagswahl 2021 besonders wichtig?

Bereits im Abschnitt 3.3 wurde berichtet, wem die jetzigen AfD-Wählenden bei der Bundestagswahl 2021 ihre Zweitstimme gegeben haben. Knapp 40 Prozent gaben an, AfD zu wählen (Abbildung 5, links), weitere 45 Prozent machten ihr Kreuz noch an anderer Stelle – darunter v. a. vertreten: die FDP, die Union und die SPD.

Kurz nach der Bundestagswahl 2021 wurde im WSI-Erwerbsspersonenpanel zudem erfragt, welche Themen für die neue Bundesregierung besonders wichtig sein sollten. Erneut wird im Folgenden betrachtet, worin sich jetzige AfD-Wählende von Wählenden, die andere Parteien wählen, unterscheiden. Hierbei ist es wichtig zu betonen, dass auf die jetzigen AfD-Wählenden geblickt wird – und nicht etwa auf diejenigen, die damals AfD wählten. Viele der jetzigen AfD-Wählenden haben zwar damals zur Bundestagswahl auch schon AfD gewählt

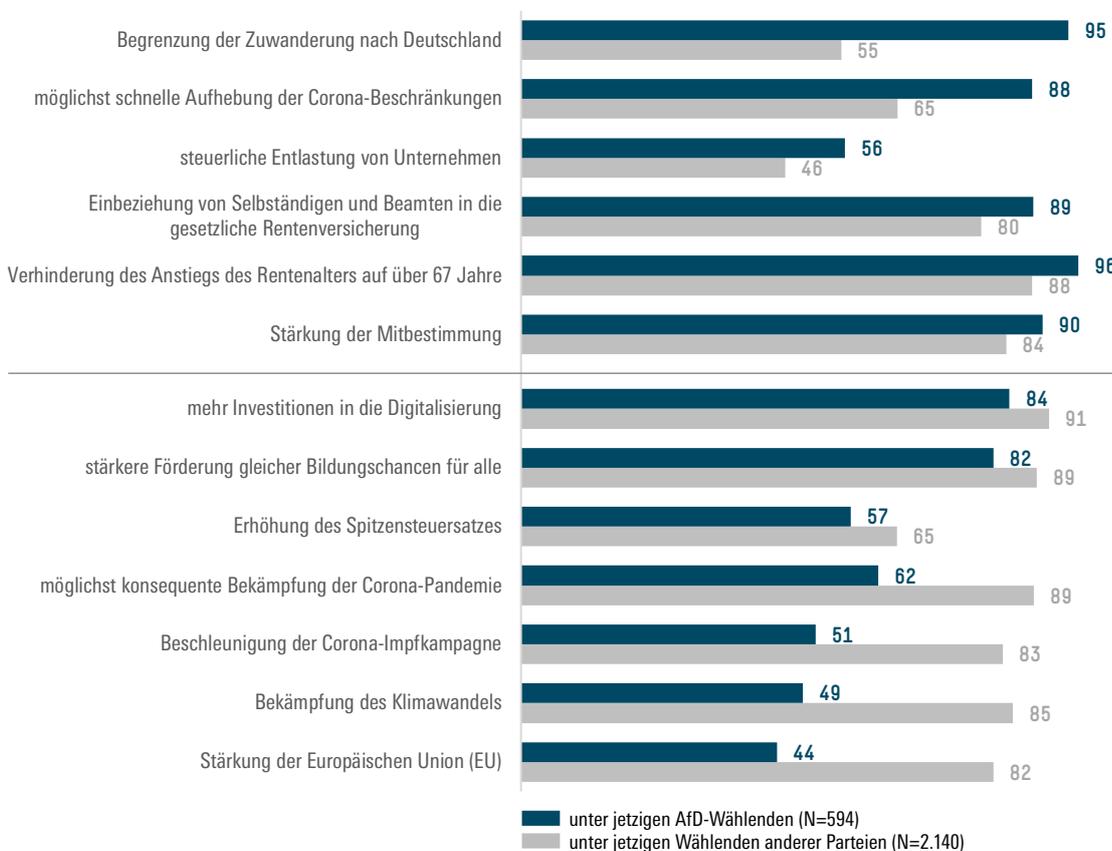
(siehe Abbildung 5), jedoch entschied sich ein Großteil bei der Stimmabgabe damals noch anders.

Die Befunde zeigen hier für einige Themen kaum Differenzen – beispielsweise schätzen AfD-Wählende die Wichtigkeit der Themen Investitionen in Infrastruktur, Staatsschuldenabbau, Arbeitsplatzsicherung und -sicherung, bezahlbarer Wohnraum, Stärkung der Tarifbindung oder Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ähnlich wie Wählende anderer Parteien ein. Betrachtet man die Themen, bei denen sich die Einschätzung der Wichtigkeit ähnelt, erhalten die Arbeitsplatzsicherung und -sicherung, die Verbesserung der Pflegesituation, die Investitionen in Infrastruktur, die Bekämpfung der Kriminalität und das Erhalten und Voranbringen des Industriestandorts Deutschland eine besonders hohe Bedeutung – sowohl unter AfD-Wählenden als auch bei Wählenden anderer Parteien.

Für zahlreiche Themen zeigen sich jedoch große Unterschiede (Abbildung 33). Ein Thema, das jetzigen AfD-Wählenden zum Zeitpunkt der Bun-

Abbildung 33

Anteil, denen die aufgelisteten Themen beim Start der neuen Bundesregierung im Oktober 2021 wichtig waren, nach aktueller Wahlpräferenz Angaben in Prozent



Lesehilfe: 95 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden gaben kurz nach der Bundestagswahl 2021 die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland als wichtiges Thema an; unter jetzigen Wählenden anderer Parteien gaben dies 55 Prozent an.

Anmerkungen: oberer Block: Themen, die jetzigen AfD-Wählenden wichtiger waren als Wählenden anderer Parteien; **unterer Block:** Themen, die jetzigen AfD-Wählenden weniger wichtig waren als Wählenden anderer Parteien; Dargestellt sind Werte 1 bis 3 auf 7-stufiger Skala mit Extremwerten 1 = „sehr wichtig“ und 7 = „überhaupt nicht wichtig“; Wellen 6 und 10, Oktober 2021 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: alle abgebildeten***; * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

destagswahl 2021 deutlich wichtiger als Wählenden anderer Parteien war, sticht dabei besonders heraus: die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland. 95 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden gaben dies als wichtiges Thema an – unter Wählenden anderer Parteien waren es 55 Prozent. In der damaligen Einschätzung einer hohen Wichtigkeit einer möglichst schnellen Aufhebung der Corona-Beschränkungen unterscheiden sich AfD-Wählende ebenfalls von Wählenden anderer Parteien (88 vs. 65 Prozent). Weitere Themen, die jetzigen AfD-Wählenden wichtiger waren als Wählenden anderer Parteien sind zudem steuerliche Entlastungen von Unternehmen, Verhinderung des Rentenanstiegalters, Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung oder Stärkung der Mitbestimmung.

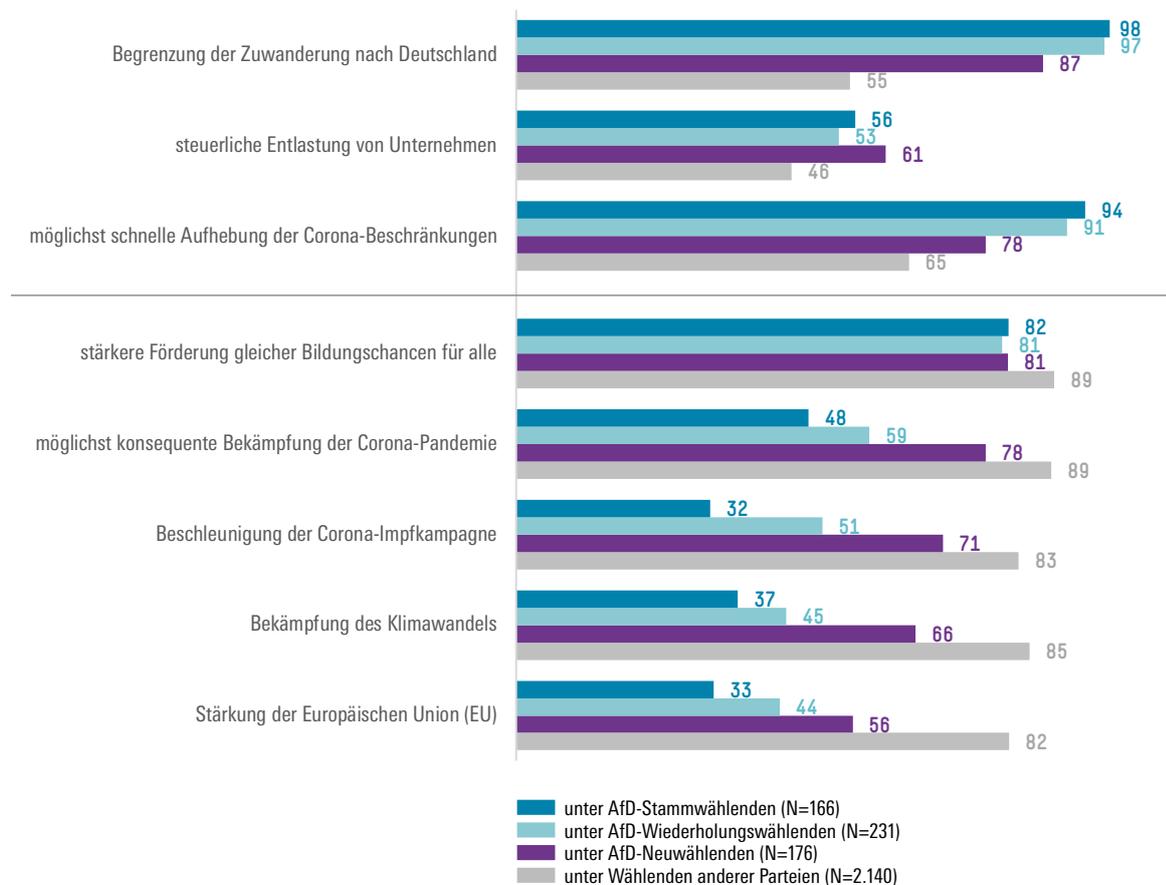
Auf der anderen Seite finden sich unter den Themen, die jetzigen AfD-Wählenden zur Bundes-

tagswahl 2021 deutlich seltener wichtig waren als anderen Wählenden: die Stärkung der EU, die Bekämpfung des Klimawandels und zwei mit der Pandemie verbundene Themen – die Beschleunigung der Impfkampagne und die möglichst konsequente Pandemiebekämpfung. Ebenfalls weniger wichtig waren AfD-Wählenden u.a. die Themen Förderung gleicher Bildungschancen für alle oder die Spitzensteuersatzerhöhung.

Werden die verschiedenen jetzigen Wählendengruppen der AfD differenziert, ergeben sich für die Neuwählenden der AfD ähnliche Muster, bei denen jedoch die Extreme nicht so stark ausgeprägt sind wie bei den etablierteren Wählendengruppen der AfD (Abbildung 34). Dem Thema Zuwanderungsbegrenzung wird unter den AfD-Neuwählenden ebenfalls eine sehr große Wichtigkeit zugewiesen: 87 Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden – und damit sieben von acht – gaben dies als wichtiges

Abbildung 34

Anteil, denen die aufgelisteten Themen beim Start der neuen Bundesregierung im Oktober 2021 wichtig waren, nach aktueller AfD-Wählendengruppe
Angaben in Prozent



Lesehilfe: 98 Prozent der AfD-Stammwählenden gaben kurz nach der Bundestagswahl 2021 die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland als wichtiges Thema an; unter AfD-Neuwählenden gaben dies 87 Prozent an.

Anmerkungen: oberer Block: Themen, die jetzigen AfD-Neuwählenden wichtiger waren als Wählenden anderer Parteien; unterer Block: Themen, die jetzigen AfD-Neuwählenden weniger wichtig waren als Wählenden anderer Parteien; Dargestellt sind Werte 1 bis 3 auf 7-stufiger Skala mit Extremwerten 1 = „sehr wichtig“ und 7 = „überhaupt nicht wichtig“; Wellen 6 und 10, Oktober 2021 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: alle abgebildeten***; Signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: Zuwanderung***, Aufhebung Corona-Beschränkungen***, Pandemiebekämpfung***, Impfkampagnenbeschleunigung***, Klimawandelbekämpfung***, EU-Stärkung***, * = p < .05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Thema an (Wählende anderer Parteien: 55 Prozent). Wohlgermerkt gaben sie dies damals als wichtiges Thema an, als sie noch nicht AfD wählten. Auch bei der überdurchschnittlichen Bewertung der Wichtigkeit steuerlicher Entlastungen von Unternehmen und der unterdurchschnittlichen Bewertung der Wichtigkeit stärkerer Förderung gleicher Bildungschancen für alle ähneln AfD-Neuwählende den etablierteren AfD-Wählergruppen deutlich mehr als Wählenden anderer Parteien.

Besonders interessant ist zudem die Bewertung der Themen Bekämpfung des Klimawandels und Stärkung der EU, bei denen jetzige AfD-Wählende insgesamt eine deutlich unterdurchschnittliche Wichtigkeit angaben. Hier zeigt sich, dass AfD-Neuwählende diesen Themen zwar ebenfalls eine unterdurchschnittliche Wichtigkeit zuweisen, diese jedoch noch deutlich über den teilweise extrem niedrigen Werten der etablierteren und v.a. der Stammwählenden der AfD liegen. Ähnliches lässt sich zur Wichtigkeit der Pandemiethemata konstatieren: Die große Wichtigkeit einer möglichst schnellen Aufhebung aller Beschränkungen und die geringe Priorisierung der Beschleunigung der Impfkampagne oder der konsequenten Bekämpfung der Pandemie, wie sie sich unter AfD-Stammwählenden zeigt, war in der Ausprägtheit für die jetzigen AfD-Neuwählenden nicht vorhanden.

Während also zum Thema Zuwanderungsbegrenzung recht schnell und eindeutig eine Einigkeit unter AfD-Wählenden herzustellen ist, scheinen die Extrempositionen bei den Themen EU, Klimawandelbekämpfung und auch Pandemiebekämpfung bei den etablierteren Stammwählenden der AfD deutlich besser zu verfangen als bei den jüngst hinzugekommenen AfD-Neuwählenden. Es ist einerseits zwar auch möglich, dass die Neuwählenden in den zuletzt genannten Bereichen in der Zwischenzeit auch ihre Meinungen an die Positionen der AfD angepasst haben, andererseits könnte das relativ geringe Vertrauen der AfD-Neuwählenden in die AfD (siehe Abschnitt 4.3) auch ein Indiz dafür sein, dass die Überschneidung in den Positionen eben weiterhin nicht für viele Bereiche zutrifft, sondern vor allem für das Thema Zuwanderungsbegrenzung.

4.6 Wie war ihr Blick auf die Pandemie?

Zur Beantwortung der Frage, wie heutige AfD-Wählende während früherer Pandemiephasen auf die Pandemie geblickt haben, wird zunächst konkret auf die Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung und der Schutzmaßnahmen geblickt, bevor auf Aspekte von Zweifeln, Skepsis und Verschwörungsmäthen im Zusammenhang mit dem Virus eingegangen wird (vgl. auch Hövermann 2021, 2022). Abschließend werden die Aspekte der Ansteckungsorge, der solidarischen Regelkonformität in Bezug auf die Schutzmaßnah-

men und schließlich das Impfverhalten betrachtet.

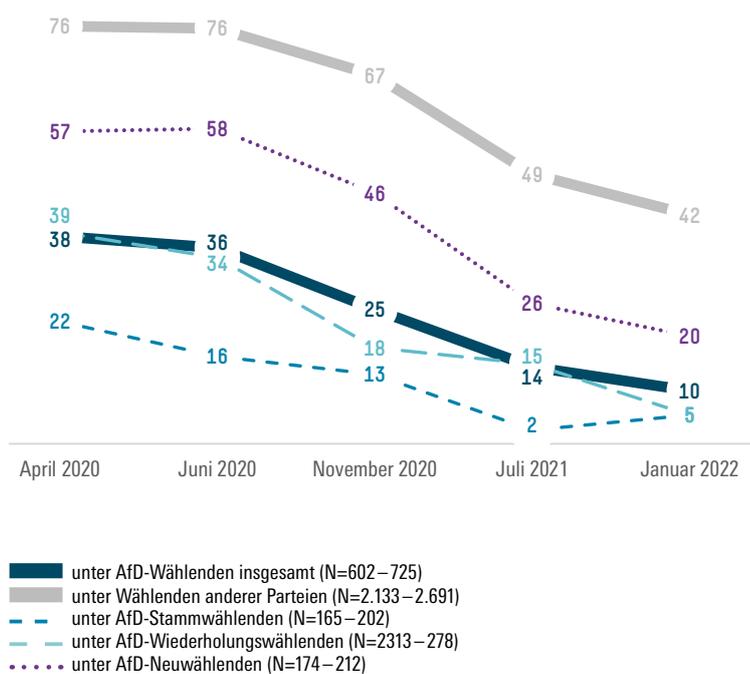
In diesem Report wurden bereits an anderen Stellen einige Hinweise hinsichtlich der AfD-Wählenden auf die Pandemie gegeben. Im vorherigen Abschnitt zeigte sich etwa, dass AfD-Wählende zur Bundestagswahl 2021 das Thema der möglichst schnellen Aufhebung der Corona-Beschränkungen besonders hoch und die Themen Impfkampagnenbeschleunigung und konsequente Pandemiebekämpfung besonders niedrig priorisierten. Entsprechende Einstellungen sind folglich auch in den detaillierteren Betrachtungen zu erwarten.

Einschätzung zu Krisenmanagement und Schutzmaßnahmen

Schaut man auf die Einschätzung zum Pandemie-Krisenmanagement der Bundesregierung in den ersten zwei Jahren der Pandemie, zeigt sich im ersten Pandemiejahr noch eine große Mehrheit der Wählenden anderer Parteien zufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bevor ab 2021 nur noch weniger als die Hälfte der Wählenden anderer Parteien hier Zufriedenheit angibt (Abbildung 35). Betrachtet man jetzige AfD-Wählende, äußerten sie zwar schon zu Pandemiebeginn deut-

Abbildung 35

Anteil „Zufriedene“ oder „sehr Zufriedene“ mit Pandemie-Krisenmanagement der Bundesregierung, nach aktueller AfD-Wählendengruppe
Angaben in Prozent



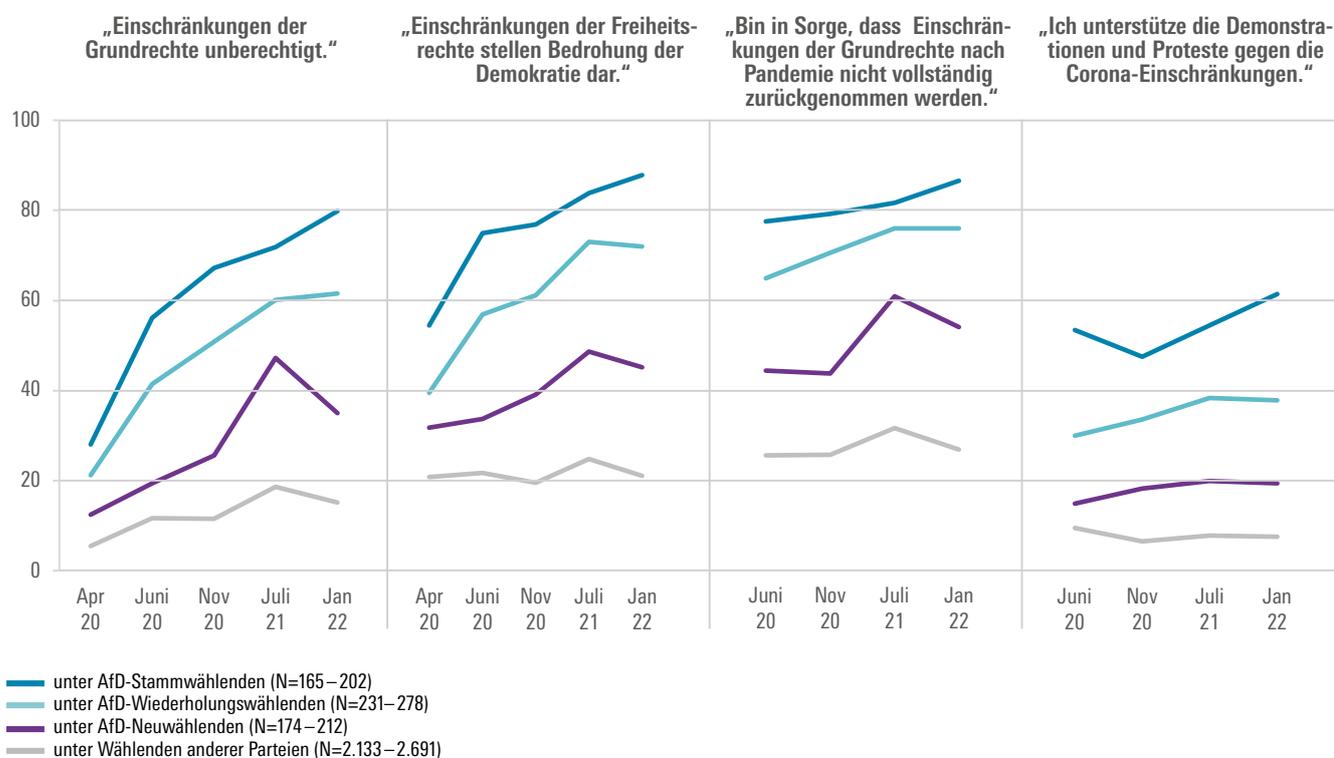
Lesehilfe: Zu Pandemiebeginn gaben 38 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden an, zufrieden oder sehr zufrieden mit dem Pandemie-Krisenmanagement der Bundesregierung gewesen zu sein. Dieser Wert verringerte sich anschließend auf nur noch 10 Prozent im Januar 2022.

Anmerkungen: Wellen 1, 2, 3, 5, 7 und 10.

Quelle: eigene Berechnung

Zustimmungsentwicklung zu Aussagen zur Einschränkung der Grundrechte während der Pandemie, nach aktueller AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter AfD-Stammwählenden bezeichneten zu Pandemiebeginn knapp 30 Prozent die Einschränkungen der Grundrechte als unberechtigt.

Dieser Wert stieg bis Januar 2022 in dieser Gruppe auf 80 Prozent an.

Anmerkungen: Als wie berechtigt die Einschränkungen der Grundrechte eingestuft wird, wurde auf einer 11-stufigen Skala erfragt. Hier abgetragen als „unberechtigt“ sind Werte 0–4; Wellen 1, 2, 3, 5, 7 und 10.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

lich seltener Zufriedenheit als Wählende anderer Parteien, jedoch betrug der Anteil der Zufriedenen unter ihnen immerhin 36 bis 38 Prozent (Wählende anderer Parteien: 76 Prozent). Knapp zwei Jahre später – Anfang 2022 – waren es mehr als neun von zehn jetzigen AfD-Wählenden, die Unzufriedenheit mit dem Pandemie-Krisenmanagement der Bundesregierung äußerten.

Erwartungsgemäß war unter Stammwählenden der AfD nicht nur die Zufriedenheit deutlich am geringsten ausgeprägt, die Unzufriedenheit dominierte darüber hinaus unter ihnen auch von Beginn der Pandemie an. Deutlich positiver war da die Einschätzung von jetzigen AfD-Neuwählenden zu Beginn der Pandemie: Im April und Juni 2020 äußerte hier noch eine Mehrheit Zufriedenheit; im November 2020 immerhin noch 46 Prozent. Anschließend sank Anfang 2022 die Zufriedenheit ebenfalls deutlich auf nur noch jeden und jede Fünfte.

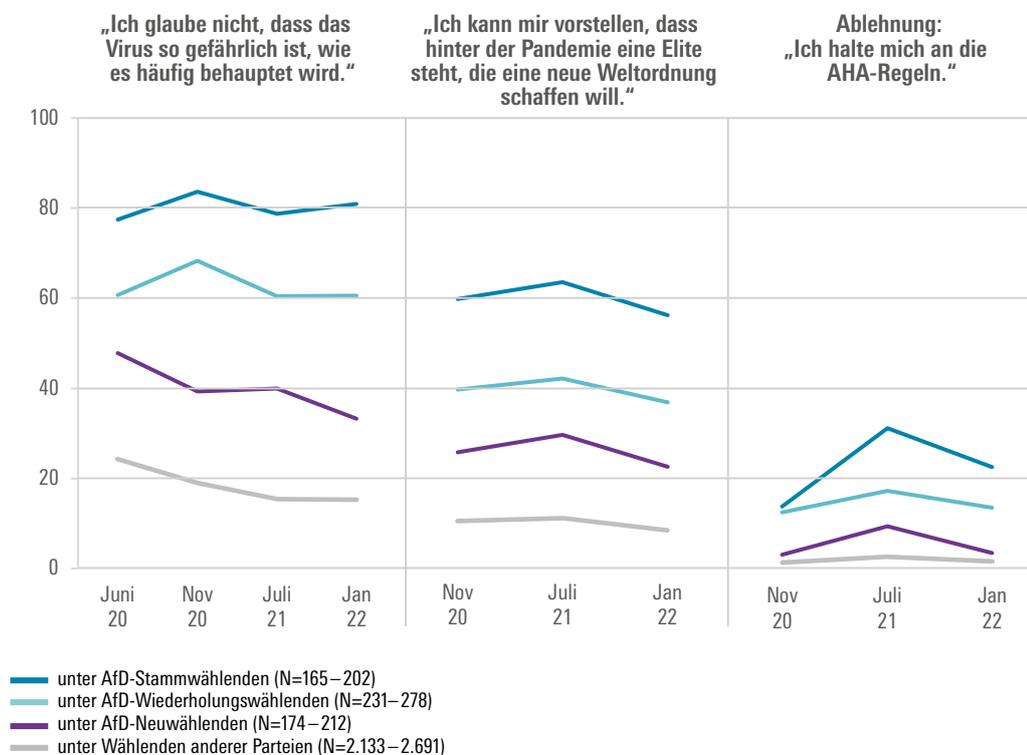
Während der ersten zwei Pandemiejahre wurden die Einstellungen zu den Einschränkungen der Grundrechte in Folge der Schutzmaßnahmen erfragt, z. B. die Frage danach, als wie berechtigt oder

unberechtigt man diese einschätzt, inwieweit man diese als Bedrohung der Demokratie wahrnimmt oder ob man die Demonstrationen und Proteste dagegen unterstützt (Abbildung 36). Das generelle Bild ist einheitlich: Unter jetzigen Wählenden der AfD herrschte bald nach Ausbruch der Pandemie mehrheitlich die Wahrnehmung vor, die Einschränkungen seien unberechtigt und stellten eine Bedrohung der Demokratie dar. Zunächst stimmten zwei von drei, später sogar drei von vier unter ihnen der Sorge zu, dass die Grundrechteinschränkungen nicht vollständig wieder zurückgenommen würden. Als außergewöhnlich hoch erscheint zudem die Unterstützung der Demonstrationen und Proteste gegen die Einschränkungen. Belief sich diese auf rund sieben bis zehn Prozent unter Wählenden anderer Parteien, liegt der Wert hier unter AfD-Wählenden zwischen 32 und 39 Prozent.

Interessant ist zudem nun erneut der Blick auf die jetzigen AfD-Neuwählenden. Diese bewerteten zwar auch überdurchschnittlich häufig die Grundrechteinschränkungen als unberechtigt und als Bedrohung der Demokratie, jedoch waren diese

Zustimmungsentwicklung zu Zweifeln, Verschwörungsmythen und Verhalten im Pandemiekontext, nach aktueller AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Zwischen Juni 2020 und Januar 2022 gaben rund 80 Prozent der AfD-Stammwählenden an, dass sie nicht glauben, dass „das Virus so gefährlich ist, wie es häufig behauptet wird“.

Anmerkungen: Wellen 3, 5, 7 und 10.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

Einschätzungen deutlich seltener verbreitet als unter etablierteren AfD-Wählenden. Somit bestätigt sich das Bild, dass bei einigen der jetzigen AfD-Neuwählenden in den Jahren 2020 bis 2022 beim Thema Corona durchaus schon einige Widerstände gegen den Regierungskurs zu verspüren waren, der Kurs aber bei weitem nicht so eindeutig abgelehnt wurde, wie von Gruppen, die damals schon AfD wählten. Besonders deutlich zeigt es sich daran, dass unter jetzigen AfD-Neuwählenden 15 bis 20 Prozent die Demonstrationen und Proteste gegen die Einschränkungen unterstützten, während dieser Wert unter den Stammwählenden rund drei Mal so hoch war.

Zweifel, Verschwörungsmythen und solidarisches Schutzverhalten

Ein identisches Bild ergibt sich auch mit Blick auf Zweifel und Verschwörungsmythen im Pandemiekontext. Jetzige AfD-Wählende äußerten nicht nur zu Beginn der Pandemie deutlich häufiger explizit „keine Sorgen“ vor einer Ansteckung als Wähle-

de anderer Parteien (nicht dargestellt), sie glaubten auch mehrheitlich nicht, „dass das Virus so gefährlich ist, wie es häufig behauptet wird“ (Abbildung 37). Unter Wählenden anderer Parteien lag die Zustimmung hier zwischen 15 und 24 Prozent. Rund 40 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden ging sogar so weit, dem folgenden Verschwörungsmythos zuzustimmen: „Ich kann mir vorstellen, dass hinter der Pandemie eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will“ (unter Wählenden anderer Parteien: acht bis elf Prozent).²¹

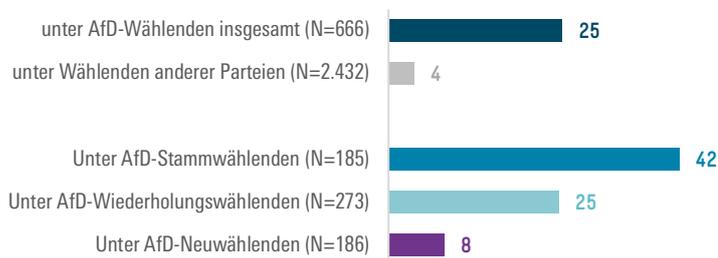
Diese Einstellungen zur Pandemie und zum Virus schlugen sich auch im berichteten Verhalten bezüglich der Schutzmaßnahmen nieder: So gaben AfD-Wählende deutlich überdurchschnittlich häufig an, sich nicht an die AHA-Regeln (Abstand halten, Händehygiene, Alltagsmaske) zu halten (zwölf

²¹ Aufgrund der Behauptung, die Pandemie sei womöglich absichtlich von einer Elite herbeigeführt, um Machtinteressen durchzusetzen, ist diese Auslegung eindeutig als konspirativer Verschwörungsmythos einzuordnen.

Abbildung 38

Anteil gegen Corona-Virus ungeimpfte Befragte im November 2022 (Welle 9), nach aktueller AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter jetzigen AfD-Wählenden gaben im November 2022 25 Prozent an, sich nicht gegen das Coronavirus impfen zu lassen; unter Wählenden anderer Parteien lag der Wert bei 4 Prozent.

Anmerkungen: Originalwortlaut der Frage „Haben Sie sich gegen das Coronavirus impfen lassen (ja/nein/keine Angabe)?“ Wellen 9 und 10; signifikante Differenz AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: ***; signifikante Differenz AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: **; signifikante Differenz AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: ***; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

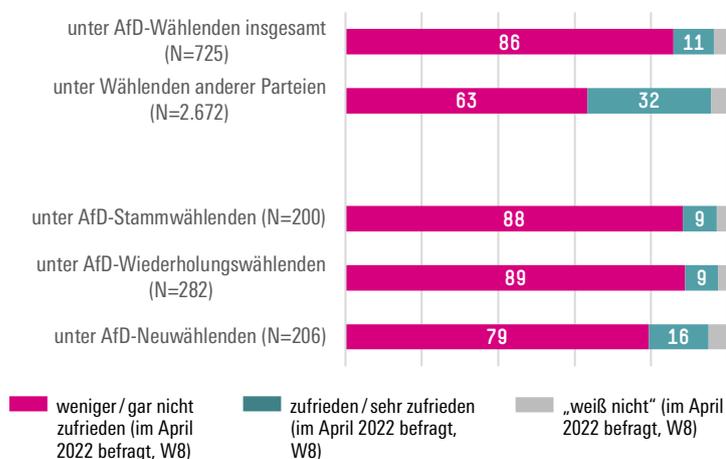
Quelle: eigene Berechnung

WSI

Abbildung 39

Zufriedenheit mit Krisenmanagement der Bundesregierung Thema: Ukraine, nach aktueller AfD-Wählendengruppe

Angaben in Prozent



Lesehilfe: 86 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden gab im April 2022 Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bezüglich des Ukrainekriegs an; unter Wählenden anderer Parteien lag der Wert bei 63 Prozent.

Anmerkungen: Welle 8 und 10, April 2022 und Juli 2023; signifikante Differenz AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: ***; signifikante Differenz AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: ***; signifikante Differenz AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: *; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

bis 20 Prozent vs. zwei bis drei Prozent unter Wählenden anderer Parteien). Auch auf das Impfverhalten hatte dies einen Einfluss wie die folgenden Werte aus November 2022 zeigen – knapp zwei Jahre nach Beginn der Impfungen in Deutschland. Unter den jetzigen AfD-Wählenden gab jede und jeder Vierte an, ungeimpft gegen das Coronavirus zu

sein (Abbildung 38) – unter Wählenden anderer Parteien lag dieser Wert bei vier Prozent.

Betrachtet man die jetzigen Neuwählenden der AfD, bestätigt sich erneut das bereits zuvor in diesem Abschnitt skizzierte Bild. Zwar werden auch unter ihnen überdurchschnittlich häufig, jedoch eben nicht mehrheitlich wie unter etablierteren AfD-Wählendengruppen Zweifel oder Verschwörungsmymen geteilt. Dass unter ihnen weitgehend der Regierungskurs zur Pandemiebekämpfung mitgetragen – oder zumindest nicht aktiv bekämpft wurde – wird vor allem auch in den handlungsbezogenen Aussagen deutlich: 90 bis 95 Prozent der jetzigen AfD-Neuwählenden gaben an, sich an die AHA-Regeln zu halten (unter AfD-Stammwählenden: 68 bis 84 Prozent). Auch finden sich unter Neuwählenden deutlich weniger Befragte, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen ließen als unter AfD-Stammwählenden (acht vs. 42 Prozent, Abbildung 38).

4.7 Wie war ihr Blick auf den Krieg in der Ukraine?

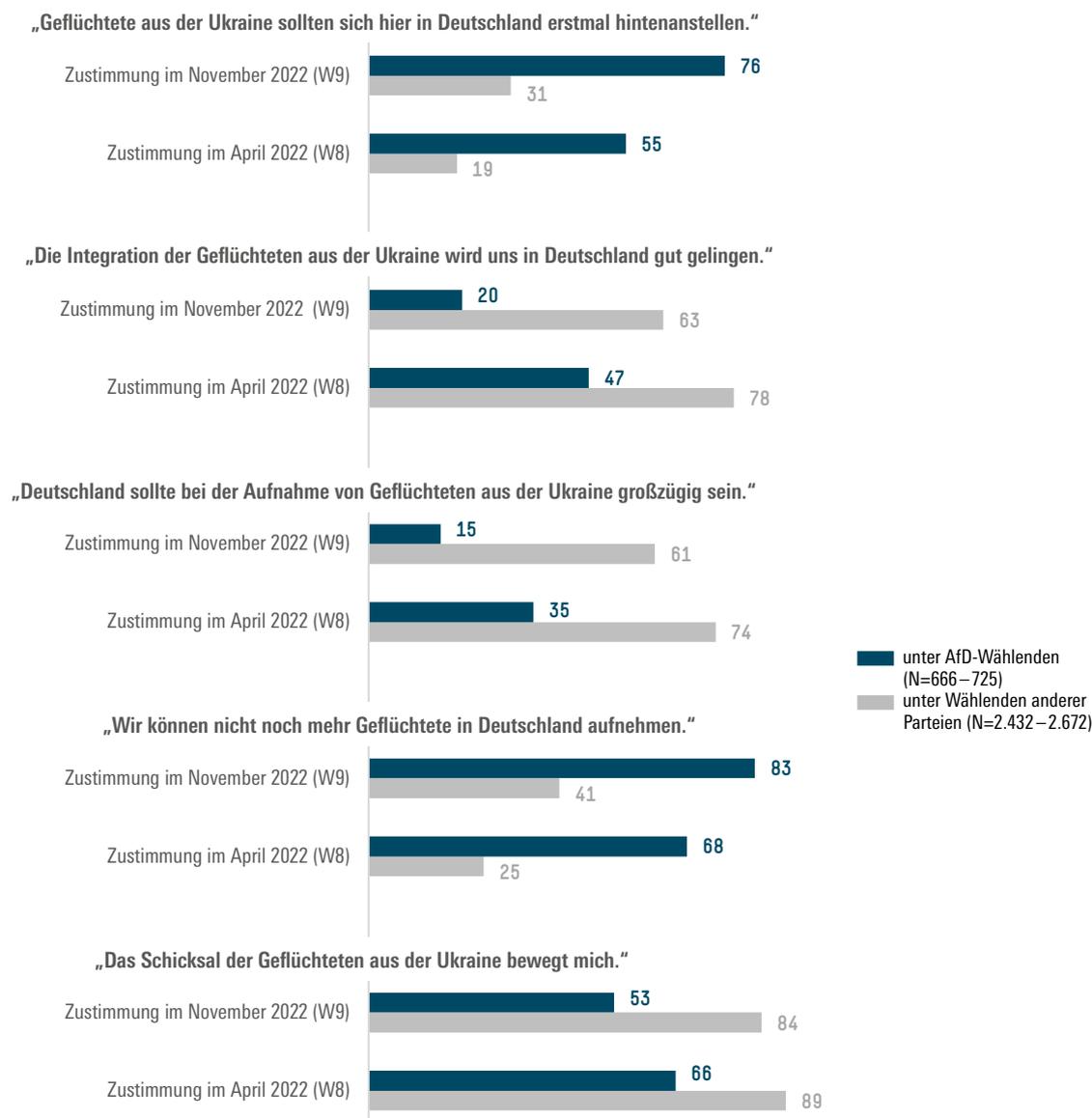
Im Jahr 2022 wurden zu zwei Erhebungszeitpunkten im WSI-Erwerbspersonenpanel Einstellungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erhoben (vgl. Hövermann 2022) – einmal im April kurz nach Beginn des russischen Angriffs und einmal im November als die Sorge um die Energieversorgung in der öffentlichen Diskussion immer präsenter wurde. Im Folgenden werden nun in zwei Schritten die Einstellungen der AfD-Wählenden mit Wählenden anderer Parteien verglichen, indem zunächst der Blick auf das Krisenmanagement analysiert wird und anschließend die Einstellungen zu Geflüchteten und das Verschwörungsdenken in Bezug auf den Krieg in der Ukraine in den Fokus genommen werden.

Krisenmanagement

Befragt nach der konkreten Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zum Thema Ukraine kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs (Abbildung 39) ergibt sich im April 2022 ein ähnliches Bild, wie das, was sich zum Thema Vertrauen in die Bundesregierung (Abschnitt 4.3) ergab: Auch wenn unter Wählenden anderer Parteien ebenfalls mit knapp zwei Dritteln eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement herrschte, war diese unter Wählenden der AfD mit sechs von sieben nochmals deutlich verbreiteter. Bemerkenswert ist zudem aber, dass Befragte, die erst kürzlich zur AfD gewechselt sind, bereits zu diesem Zeitpunkt – also rund 15 Monate zuvor und zu einem Zeitpunkt, an dem sie noch nicht AfD wählten – deutlich überdurchschnittlich häufig Unzufriedenheit mit der Ukraine-Politik der Bundesregierung äußerten (79 Prozent).

Zustimmungsentwicklung zwischen April und November 2022 zu Aussagen zu Ukraine-Geflüchteten, nach aktueller Wahlpräferenz

Angaben in Prozent



Lesehilfe: 55 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden stimmte im April 2022 der Aussage zu „Geflüchtete aus der Ukraine sollten sich hier in Deutschland erstmal hintenanstellen.“ Sieben Monate später stieg die Zustimmung zu der Aussage in dieser Gruppe auf 76 Prozent an.

Anmerkungen: Wellen 8–10, April und November 2022 und Juli 2023; signifikante Differenz AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: alle in W8 und W9***, * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

Quelle: eigene Berechnung

WSI

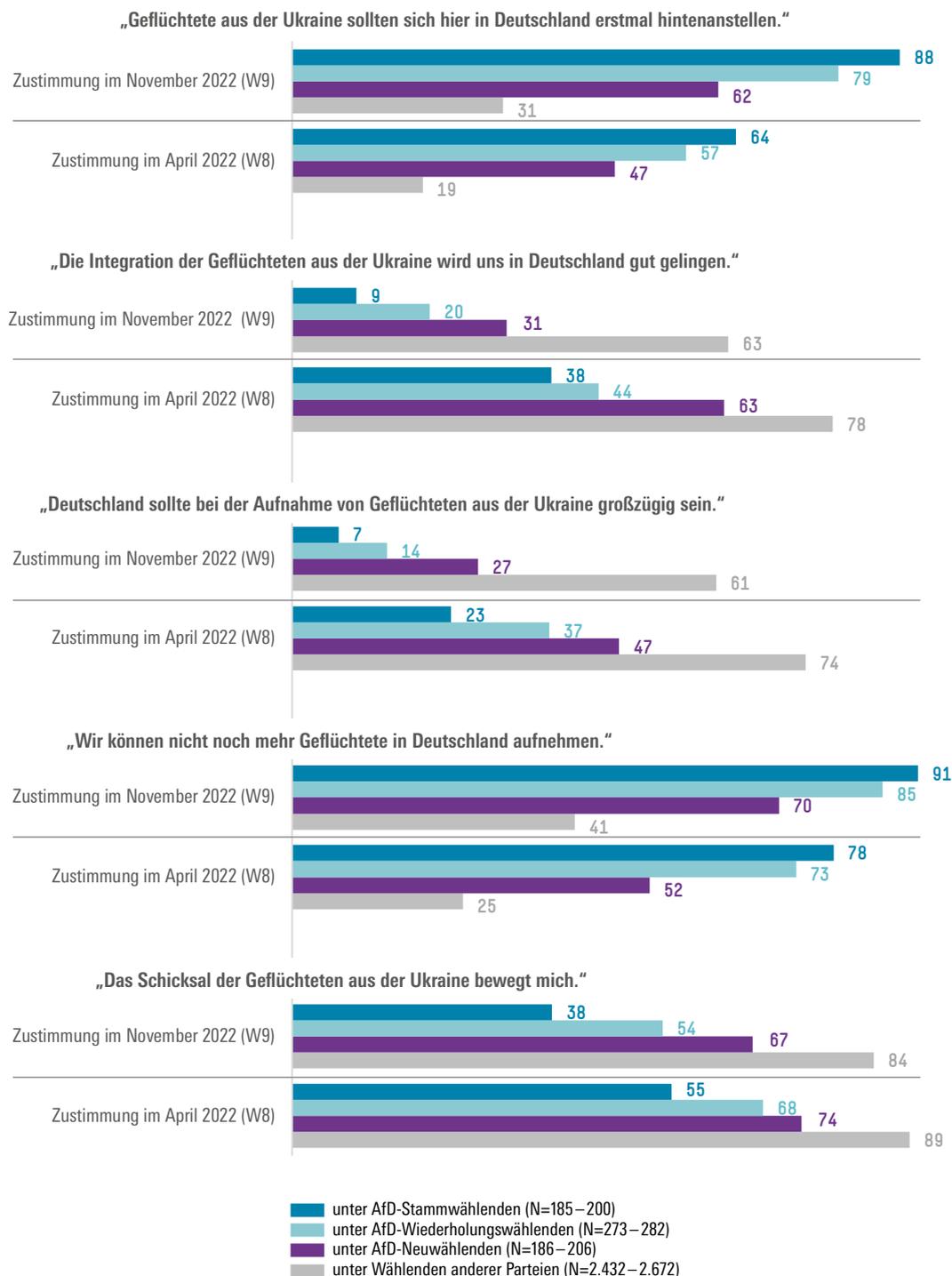
Einstellungen zu Geflüchteten aus der Ukraine und Verschwörungsdenken

Zudem wurde im Jahr 2022 nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu zwei Zeitpunkten erfragt, wie die Erwerbspersonen in Deutschland zu den geflüchteten Menschen aus der Ukraine stehen (Abbildung 40). Dabei war zu beobachten, dass zwischen den Erhebungszeitpunk-

ten im April und November 2022 – einem halben Jahr – die Einstellungen deutlich negativer, ablehnender und pessimistischer wurden.

Betrachtet man dezidiert die Einstellungen der jetzigen AfD-Wählenden, zeigen sich besonders große Differenzen zu Wählenden anderer Parteien. Gerade noch etwas mehr als die Hälfte der AfD-Wählenden empfand im November 2022 Mitgefühl mit dem Schicksal der ukrainischen Geflüchteten

Zustimmungsentwicklung zwischen April und November 2022 zu Aussagen zu Ukraine-Geflüchteten, nach aktueller AfD-Wählendengruppe Angaben in Prozent



Lesehilfe: 64 Prozent der AfD-Stammwählenden stimmte im April 2022 der Aussage zu „Geflüchtete aus der Ukraine sollten sich hier in Deutschland erstmal hintenanstellen.“ Sieben Monate später stieg die Zustimmung zu der Aussage in dieser Gruppe auf 88 Prozent an.

Anmerkungen: Wellen 8–10, April und November 2022 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: alle für W8 und W9***; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: alle für W8 und W9***; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

(Wählende anderer Parteien 84 Prozent). Große Einigkeit (83 Prozent) bestand zu dem Zeitpunkt unter jetzigen AfD-Wählenden, dass „wir nicht noch mehr Geflüchtete in Deutschland aufnehmen können“ und dass Deutschland nicht großzügig sein sollte, bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine (73 Prozent), während dies unter Wählenden anderer Parteien Minderheiten angegeben haben (41 und 36 Prozent). Ebenfalls war unter jetzigen AfD-Wählenden weitgehend Pessimismus verbreitet bezüglich der Frage, ob die Integration der Geflüchteten gut gelingen wird: Nur jede oder jeder Fünfte war im November 2022 optimistisch; unter Wählenden anderer Parteien hingegen noch knapp zwei von drei Befragten. Schließlich verbreitete sich unter jetzigen AfD-Wählenden im Laufe des Jahres 2022 immer weiter der Wunsch, dass sich „Geflüchtete aus der Ukraine hier in Deutschland erstmal hintenanstellen sollten“. Lag die Zustimmung unter Wählenden anderer Parteien immerhin bei 19 (April 2022) bzw. 31 Prozent (November 2022), lag sie unter AfD-Wählenden rund zweieinhalb Mal so hoch (55 bzw. 76 Prozent).

Unterscheidet man nun noch die verschiedenen AfD-Wählendengruppen (Abbildung 41), zeigt sich unter AfD-Stammwählenden das ablehnendste, kritischste und pessimistischste Bild auf Ukraine-Geflüchtete: Im November 2022 empfinden nur 38 Prozent von ihnen Mitgefühl mit dem Schicksal der Geflüchteten, nicht mal jede oder jeder Zehnte von ihnen ist bezüglich der Integration optimistisch und sieben von acht finden, dass sich Geflüchtete „hier in Deutschland erstmal hintenanstellen“ sollten.

Betrachtet man die AfD-Neuwählenden, bis dato eine Gruppe, die zum Zeitpunkt der Erfassung der Einstellungen zu Geflüchteten noch nicht – jetzt aber hingegen schon – AfD wählen, offenbart sich ein zwar nicht ganz so extremer, dennoch weitgehend negativer und ablehnender Blick auf Geflüchtete aus der Ukraine. Alle hier betrachteten Zustimmungswerte der jetzigen AfD-Neuwählenden unterscheiden sich signifikant von denen der Wählenden anderer Parteien. Große Teile der jetzigen AfD-Neuwählenden stimmten somit bereits vor mehr als einem Jahr den kritischen bis ableh-

nenden Haltungen der AfD bezüglich geflüchteten Menschen zu.

Abschließend dann noch ein Blick auf verschwörungsideologische und russlandfreundliche Aussagen zur Schuldfrage des Angriffskriegs auf die Ukraine (Abbildung 42), die ebenfalls im April und November 2022 als Teil des WSI-Erwerbsspersonenpanels erfragt wurden. Hierzu wurden mit Bezug auf die abklingende Pandemie Anfang 2022 Zustimmungen zu Aussagen erfragt, die verschwörerisches Denken beinhalten (siehe auch Analysen mit denselben Aussagen: COSMO 2022; Lamberty et al. 2022).²² Zu den beiden Erhebungszeitpunkten kam es zu geringeren Zustimmungsveränderungen als noch bei den Aussagen zu Ukraine-Geflüchteten. Lediglich die Aussage, dass der Krieg in der Ukraine „genauso künstlich dramatisiert wird wie die Pandemie“ erhält im November 2022 nochmals mehr Zustimmung als im April desselben Jahres.

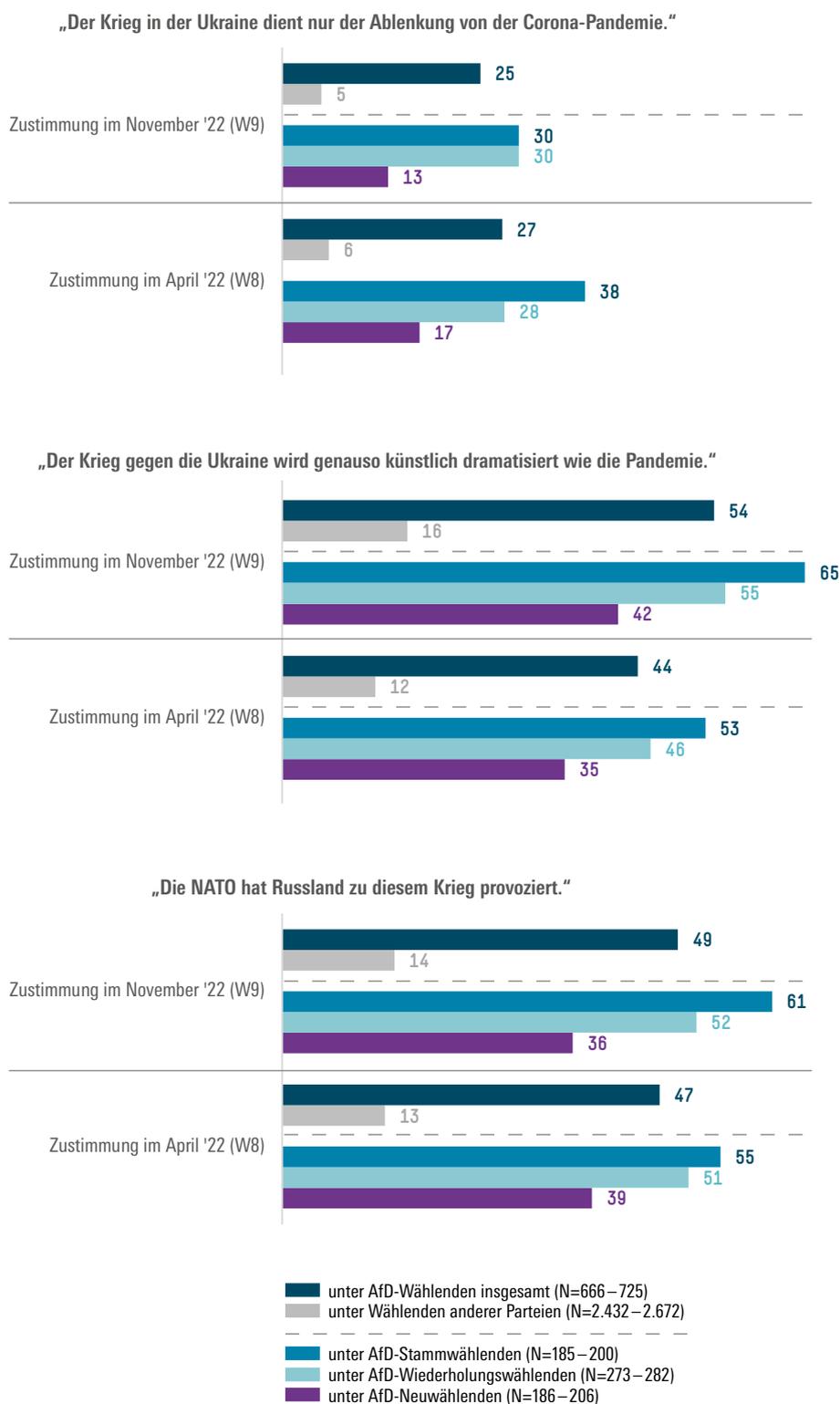
Insgesamt fallen auch bei diesen Aussagen die jetzigen AfD-Wählenden mit deutlich überdurchschnittlicher Zustimmung auf: Konkret stimmen sie den beiden Aussagen rund drei bis fünf Mal so häufig zu wie Wählende anderer Parteien. Der Aussage, der Krieg in der Ukraine werde „genauso künstlich dramatisiert wie die Pandemie“, stimmten zuletzt im November 2022 mehr als die Hälfte der AfD-Wählenden zu (16 Prozent unter Wählenden anderer Parteien). Auch die russlandfreundliche Deutung der Schuldfrage, dass die NATO Russland zum Krieg provoziert habe, erhält unter rund der Hälfte der AfD-Wählenden Zuspruch (unter Wählenden anderer Parteien 14 Prozent).

Werden die Differenzen zwischen den AfD-Wählendengruppen betrachtet, bestätigt sich das bereits für die Einstellungen zu Geflüchteten gezeichnete Bild: Verschwörungsideologische sowie russlandfreundliche Aussagen erhalten unter AfD-Stammwählenden klar den größten Zuspruch. Auch wenn die Zustimmungswerte unter den jetzigen AfD-Neuwählenden im Vergleich dazu geringer ausfallen, sind sie doch ebenfalls deutlich überdurchschnittlich und waren dies bereits im April 2022.

Zusammenfassend wird hier deutlich, wie die AfD seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine mit dem Thema Geflüchtete und ihren Deutungen des Ukraine-Kriegs bei ihren Wählenden punkten kann. AfD-Wählende fallen hierbei durch außerordentlich große Zustimmung zu ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten und zum Verschwörungsdenken auf. Deutlich wird zudem, dass jetzige Neuwählende der AfD bereits vor über einem Jahr zu großen Teilen den AfD-Positionen beispielsweise zur Schuldfrage zustimmten – auch wenn sie zu dem Zeitpunkt noch nicht angaben, AfD zu wählen.

²² Die Aussagen sind insofern als verschwörerisches Denken einzustufen, als dass die eine Aussage von der „Ablenkung von der Pandemie“ spricht und unterstellt, dass dadurch bestimmte Tätigkeiten der Verschwörer im Zusammenhang mit der Pandemie leichter verdeckt gehalten werden und weniger Aufmerksamkeit bekommen. Drastischer noch, es kann sogar in dem Sinne verstanden werden, dass es den impliziten und konspirativen Vorwurf enthält, dass der eigentliche und wahre Kriegsgrund gar in der Pandemie selbst liegt. Die zweite Aussage erfasst insofern verschwörerisches Denken, da die jüngsten Krisen als nur scheinbar problematisch und gefährlich wahrgenommen und die Krisen als vorsätzlich und bewusst schlimmer dargestellt angesehen werden. Zudem wird eine Parallele zwischen der Pandemie und dem Ukrainekrieg gezogen, indem diese Krisen wiederholt einen potenziellen Vorwand für anderes Verhalten liefern.

Zustimmungsentwicklung zwischen April und November 2022 zu Aussagen zum Ukraine-Krieg, nach aktueller AfD-Wahlpräferenz Angaben in Prozent



Lesehilfe: Unter jetzigen AfD-Wählenden stimmten knapp die Hälfte im April und im November 2022 der Aussage zu, dass die NATO Russland „zu diesem Krieg provoziert“ hat. Unter Wählenden anderer Parteien lag die Zustimmung bei 13 bzw. 14 Prozent.

Anmerkungen: Anmerkungen: Wellen 8–10, April und November 2022 und Juli 2023; signifikante Differenzen AfD-Wählende vs. Wählende anderer Parteien: alle in W8 und W9***; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Wählende anderer Parteien: alle in W8 und W9***; signifikante Differenzen AfD-Neuwählende vs. Stammwählende: alle in W8 und W9***; * = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$.

5 FAZIT UND DISKUSSION

Die hier dargestellten Analysen anhand des WSI-Erwerbspersonenpanels bringen zahlreiche Befunde zu den aktuellen AfD-Wählenden hervor und offenbaren einige bemerkenswerte Entwicklungen in der betrachteten Zeitspanne zwischen 2020 und 2023. Im Folgenden werden sie nochmals in vier Schritten zusammengefasst und diskutiert.

5.1 Wer sind die AfD-Wählenden?

In den dargestellten Befunden lassen sich einige deutliche Auffälligkeiten unter Wählenden der AfD erkennen. Soziodemografisch sind häufiger Männer als Frauen, häufiger Ost- als Westdeutsche, häufiger Menschen ohne Abitur und mit geringen bis mittleren Haushaltseinkommen unter den AfD-Wählenden zu finden. Zudem geben überdurchschnittlich häufig Personen zwischen 30 und 49 Jahren an, AfD zu wählen.

Auffällig ist zudem der hohe Anteil an Arbeiter*innen unter AfD-Wählenden sowie der Befund, dass AfD-Wählende bezogen auf zahlreiche Bereiche von schlechteren Arbeitsbedingungen berichten als Wählende anderer Parteien. Als besonders ausgeprägt erscheint die Differenz beim Thema Anerkennung – sowohl in Form des als nicht angemessen empfundenen Lohns als auch der häufig nicht wertgeschätzten Leistung durch Vorgesetzte und den Arbeitgeber. Wie auch schon in vorherigen Studien bestätigt sich hier somit, dass die Bedingungen unter denen Menschen arbeiten und die Anerkennung, die sie daraus gewinnen (oder eben nicht gewinnen) können, nicht unerheblich für das Abwenden von demokratischen Idealen, Prozessen und Parteien ist.

Als eine der zentralen Merkmale unter AfD-Wählenden erweist sich ihr äußerst geringes institutionelles Vertrauen. Nicht nur in die Bundesregierung und öffentlich-rechtliche Medien ist dies äußerst gering, sondern auch in andere Institutionen deutlich unterdurchschnittlich. Einzig ihr Vertrauen in die von ihnen gewählte Partei ist im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien relativ hoch, sodass viele als überzeugte AfD-Wählende bezeichnet werden können.

Bemerkenswert ist zudem das konstant sehr hohe Sorgen- und Belastungslevel, das AfD-Wählende in den letzten drei Jahren angegeben haben. So gaben AfD-Wählende zuletzt bei neun von zehn erfragten Themenbereichen signifikant häufiger große Sorgen an als Wählende anderer Parteien – und zwar sowohl bei finanziellen und beruflichen als auch bei gesellschaftlichen Themen.

Betrachtet man die Themen, die jetzige AfD-Wählende kurz nach der Bundestagswahl 2021 als wichtig erachteten, zeigt sich vor allem bei der enorm hohen Zustimmung zur Zuwanderungsbegrenzung eine erhebliche Differenz zu Wählenden

anderer Parteien. Die drei erfragten Themen, die ansonsten noch mit erheblichen Abweichungen zu anderen Wählenden auffielen, sind die geringe Bedeutung der Bekämpfung des Klimawandels und der Stärkung der EU sowie der Umgang mit der Pandemie.

In detaillierten Analysen zu Einstellungen während der Pandemie wird deutlich, wie abweichend die jetzigen AfD-Wählenden auf die Pandemie geblickt haben. Nicht nur waren sie in erheblichem Ausmaß unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, sie hielten auch die Einschränkungen mehrheitlich für unberechtigt und für eine Bedrohung der Demokratie. Dies resultierte bei nicht wenigen von ihnen in einem erheblichen Widerstand, der sich sowohl in der Unterstützung der Proteste gegen die Einschränkungen äußerte als auch im Teilen verschwörerischer Ansichten über das Virus und seine Herkunft oder im Missachten der Verhaltensregeln zur Eindämmung des Virus.

Als ähnlich abweichend erscheint auch ihr Blick auf den Krieg in der Ukraine. Die überwältigende Mehrheit – nämlich sechs von sieben AfD-Wählenden – äußerte Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung. Fast die Hälfte der AfD-Wählenden denkt, dass die NATO Russland zum Krieg mit der Ukraine „proviziert“ hat und auch Verschwörungserzählungen in Bezug auf den Ukraine-Krieg finden unter ihnen deutlich mehr Anklang als unter Wählenden anderer Parteien. Schließlich wird deutlich, welche pessimistische bis ablehnende Ansichten und Haltungen AfD-Wählende gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine hegen. Diese waren bereits zu Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine ausgeprägt und haben sich anschließend weiter verstärkt. Zuletzt stimmten drei von vier AfD-Wählenden zu, dass sich Geflüchtete aus der Ukraine hier in Deutschland „erstmal hintenanstellen“ sollten.

5.2 Was zeigen die Wähler*innen-Wanderungen zur AfD?

Um Hinweise zur Beantwortung dieser Frage zu bekommen, wurde zunächst detailliert die Wähler*innen-Wanderung betrachtet. Hierbei fiel auf, dass unter den Parteien, die seit der Bundestagswahl 2021 die meisten Wählenden an die AfD verloren haben, mit der FDP (zwölf Prozent) und der SPD (neun Prozent) sowohl Parteien der Ampelregierung als auch die Unionsparteien (zehn Prozent) vertreten sind. Insgesamt gaben 23 Prozent der aktuellen AfD-Wählenden an, bei der Bundestagswahl noch für eine der drei Ampelparteien gestimmt zu haben. Dies deutet darauf hin, dass die AfD in nicht unbeträchtlichem Ausmaß Wählende für sich gewinnen konnte, die sich enttäuscht von einer der drei Ampelparteien abgewendet haben. Auffällig ist hierbei, dass die SPD – anders als die FDP – die meisten dieser Wählenden bereits im

ersten Jahr nach der Bundestagswahl verlor und seit November 2022 wohl kaum noch Verluste an die AfD zu verzeichnen hatte. Gleichzeitig wird bei der Betrachtung der Neuwählenden der AfD deutlich, dass die AfD hier insbesondere zuletzt von den Unionsparteien Wanderungsgewinne verzeichnen konnte. Rund jede und jeder Dritte aktuelle AfD-Neuwählende gab zuvor noch an, CDU/CSU wählen zu wollen.

Kurz zusammengefasst deuten die Befunde zu den Wähler*innen-Wanderungen in diesem Bericht darauf hin, dass die SPD und die FDP seit der Bundestagswahl in nicht unbeträchtlichem Ausmaß enttäuschte Wählende an die AfD verloren haben und diese Abwanderungen von der SPD kaum noch zuletzt stattfanden. Zur Erklärung der großen Zuwächse der AfD in den letzten Monaten erscheinen die Abwanderungen von der CDU/CSU jedoch als deutlich relevanter. Dies lässt sich durchaus als Bestätigung der eingangs erläuterten und in anderen Studien (z.B. Krause et al. 2022) gezeigten Aufwertungs- und Normalisierungsprozesse des „Mainstreamings“ interpretieren, von denen jedoch nicht die etablierten demokratischen Parteien – in diesem Fall die Union – profitieren.

Zur Frage, woher die zuletzt zur AfD gewechselten Befragten politisch kommen, sind zudem zwei Befunde erwähnenswert: Zum einen, dass darunter auch ehemalige Wählende der Grünen zu finden sind, die sonst kaum bis gar nicht unter den AfD-Wählenden auftreten und die AfD damit zuletzt offenbar Neuwählende aus Gruppen gewinnt, die sie zuvor nicht erreicht hat. Zum anderen fällt auf, dass die AfD ihre Neuwählenden zu einem Großteil aus Befragten gewinnt, die bei der Bundestagswahl 2021 noch eine der fünf etablierten demokratischen Parteien wählte – und nicht etwa zu einem Großteil aus Befragten, die schon seit Langem keine demokratische Partei mehr wählen.

5.3 Wer sind diejenigen, die erst kürzlich zur AfD gewechselt sind?

In den präsentierten Ergebnissen wurde die Gruppe der AfD-Neuwählenden besonders in den Fokus gestellt – also diejenigen, die zum jüngsten Befragungszeitpunkt das erste Mal angaben, AfD wählen zu wollen. Soziodemografisch fallen diese erst kürzlich zur AfD gewechselten Befragten mit einigen Besonderheiten auf. Im Vergleich zu etablierteren Wählendengruppen der Partei gilt für die AfD-Neuwählenden, dass sie stärker unter Frauen und seltener unter Eltern und mittelalten Befragten zu finden sind. Auffällig ist zudem, dass sie bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse und ihrer Einkommenssituation eher Wählenden anderer Parteien als Stammwählenden der AfD ähneln, welche sich stärker aus Befragten ohne hohe Bildungsabschlüsse und mit mittleren und geringen Einkommen zusammensetzen.

Bezüglich der Arbeitssituation zeigen sich viele Überschneidungen zwischen den Neu- und den Stammwählenden der AfD. Beide Gruppen setzen sich z.B. überdurchschnittlich häufig aus Arbeiter*innen zusammen und auch Neuwählende berichten ähnlich wie etabliertere Wählende der AfD unterdurchschnittlich häufig von guten Arbeitsbedingungen – insbesondere von einem sicheren Arbeitsplatz oder Anerkennung. Anders als unter Stammwählenden der AfD ist jedoch unter AfD-Neuwählenden der Anteil der Befragten ohne Tarifvertrag überdurchschnittlich.

Hinsichtlich des Misstrauens in die Bundesregierung zeigt sich, dass die AfD-Neuwählenden den etablierteren AfD-Wählergruppen in nichts nachstehen, da auch unter ihnen die überwältigende Mehrheit (neun von zehn) kaum bis gar kein Vertrauen mehr in die Ampel-Regierung äußert. Etwas besser sieht es da für das Vertrauen in andere Institutionen, wie beispielsweise die öffentlich-rechtlichen Medien, aus, die zwar auch von einer großen Mehrheit der AfD-Neuwählenden mit Misstrauen belegt werden, nicht jedoch in dem Ausmaß wie beispielsweise unter AfD-Stammwählenden. Große Differenzen zeigen sich dann jedoch beim Vertrauen in die AfD: Dieses ist unter den Neuwählenden der Partei deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt. Unter den Neuwählenden gibt es mehr Befragte, die geringes Vertrauen äußern als Befragte, die hohes Vertrauen in die AfD äußern. Dies mag sicherlich auch in ihrem noch recht jungen Parteibekenntnis begründet sein, also damit zu tun haben, dass diese Befragten erst kürzlich zur AfD wechselten. Gleichzeitig ist dieser relativ hohe Anteil, der von der Partei wenig überzeugt ist, eventuell ein Grund zur Hoffnung, dass hier einige Befragte den Weg zurück zu demokratischen Parteien finden.

Bezüglich der Sorgen und Belastungen sind die Ähnlichkeiten der AfD-Neuwählenden mit etablierteren AfD-Wählenden groß, da auch sie hochbesorgt und hochbelastet sind – insbesondere im finanziellen Bereich. Auffällig unter AfD-Neuwählenden ist zudem das außerordentlich hohe Ausmaß an Sorgen um den sozialen Zusammenhalt. Hier scheint das latente Gefühl einer immer weiter auseinanderdriftenden Gesellschaft offenbar sehr zu verfangen und zu besorgen. Ein besonders relevanter Grund zur Besorgnis scheint in dem Zusammenhang die Zuwanderung darzustellen, die aus ihrer Sicht unbedingt begrenzt werden muss. In dieser äußerst geschlossenen Ablehnung weiterer Zuwanderung besteht große Übereinstimmung mit etablierteren AfD-Wählenden und gleichzeitig große Abweichung zu vielen Wählenden anderer Parteien. Interessanterweise sind die thematischen Übereinstimmungen der vielen AfD-Neuwählenden in anderen AfD-Positionen bei weitem nicht so deutlich ausgeprägt. Beispielsweise wurde die Stärkung der EU oder die Bekämpfung des Klimawandels unter AfD-Neuwählenden noch deutlich

häufiger als wichtiges politisches Ziel genannt als unter Stammwählenden der AfD.

5.4 Was könnte den Wechsel zur AfD unterstützt haben? Ein Versuch einer zeitlichen Rekonstruktion

Um auf diese Frage Antworten zu finden, wurden die zeitlichen Entwicklungen betrachtet, die anhand der Panelstruktur der Daten nachgezeichnet werden konnten. Bezüglich des unter AfD-Wählenden enormen Misstrauens in die Bundesregierung und in öffentlich-rechtliche Medien lässt sich unter den zuletzt zur AfD abgewanderten Befragten nachzeichnen, wie im Laufe der letzten 20 Monate immer mehr von ihnen Vertrauen verloren haben.

Auch die Analysen der Entwicklung des Sorgenmaßes bringt hier einige Erkenntnisse zu Tage. Sie zeigen, dass die jetzigen AfD-Neuwählenden bereits zu Beginn der Pandemie ein überdurchschnittlich hohes Ausmaß an Sorgen äußerten, dass auf sehr vergleichbarem Niveau mit Gruppen lag, die bereits zu dem Zeitpunkt AfD wählten. In den darauffolgenden rund anderthalb Jahren der Pandemie lag deren Sorgenlevel bezüglich gesellschaftlicher Themen zwar weiterhin über dem von Wählenden anderer Parteien, jedoch deutlich unter dem etablierter AfD-Wählender. Mit anderen Worten: In den ersten Phasen der Pandemie zeigten sich die jetzigen AfD-Neuwählenden für viele Themen noch nicht so hochbesorgt. Erst im Frühjahr 2022 im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine und deren Auswirkungen schnellten die Sorgenwerte der jetzigen AfD-Wählenden auf ein Niveau von etablierteren AfD-Wählenden. Diejenigen, die erst vor kurzem zur AfD wechselten blickten also lange Zeit nicht ganz so negativ auf die Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung wie sie es jetzt tun und wie dies etabliertere AfD-Wählende damals schon taten. Wichtig hierbei: Das gilt vor allem für die gesellschaftlichen Sorgen; ihre Sorgen um die eigene, individuelle Situation war in den letzten drei Jahren ähnlich stark ausgeprägt wie unter etablierteren AfD-Wählenden. Diejenigen, die zuletzt zur AfD wechselten, berichteten bereits vor dem starken Anstieg der Inflation im Jahr 2022 überdurchschnittlich häufig davon, finanziell belastet zu sein – nur entschieden sie sich damals noch nicht dazu, AfD zu wählen. Das heißt jedoch keineswegs, dass die eigenen finanziellen Belastungen keine Rolle für die Parteiwahl spielen müssen. Es ist sehr wohl möglich, dass der enorme Anstieg finanzieller Sorgen – auch unter AfD-Wählenden – seinen Anteil daran hatte, dass sich Viele von etablierten demokratischen Parteien abgewendet haben.

Schließlich hilft der Blick auf die beiden großen Themenblöcke Pandemie und Ukraine-Krieg, um die Abkehr der zuletzt zur AfD abgewanderten Wählenden nachzuzeichnen. Bezüglich der Pan-

demie wird sehr deutlich, dass diese weniger als Auslöser zum Rechtsdrift erscheint – zumindest nicht in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie. Hier waren die meisten der jetzigen AfD-Neuwählenden noch einverstanden und sind weitgehend solidarisch den vorgeschlagenen Weg mitgegangen, wie beispielsweise an der hier geringen Impfverweigerungsquote oder dem geringen Anteil derer, die angaben, sich nicht an die Verhaltensregeln zu halten, deutlich wird. Gleichzeitig ist aber erwähnenswert, dass sich unter den jetzigen AfD-Neuwählenden zu einem späteren Zeitpunkt der Pandemie – Anfang 2022 – im Zuge der Unzufriedenheit mit weiteren politischen Themen der Blick auf das Pandemie-Krisenmanagement deutlich eintrübte.

Der Blick auf den Krieg in der Ukraine offenbart dann schon abweichendere Einstellungen unter den jetzigen AfD-Neuwählenden im Vergleich zu Wählenden anderer Parteien. Hier werden einerseits überdurchschnittlich häufig die Russlandfreundliche Deutung der Kriegsschuld sowie Verschwörungserzählungen zum Krieg geteilt und eine sehr große Unzufriedenheit über das Krisenmanagement der Bundesregierung geäußert. Andererseits wird augenscheinlich, wie groß und auch ansteigend die Zustimmung zu ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine ist. Hierbei bestätigt sich die sehr große Bedeutung des Themas Zuwanderungsbegrenzung unter AfD-Wählenden insgesamt, aber auch nur geringfügig weniger unter denen, die erst zuletzt zur AfD wechselten.

Abschließend lässt sich daher sagen, dass auch dieser Bericht eines ganz klar zeigt: Wer AfD wählt, macht dies nicht trotz, sondern wegen ihrer migrationsfeindlichen Positionen. AfD-Wählende, die sich enttäuscht von etablierteren demokratischen Parteien abwenden und gleichzeitig nicht die rechten Positionen der AfD in Migrationsfragen teilen, finden sich kaum in den Daten. Besonders deutlich wird dies an dem Wert, dass 95 Prozent der jetzigen AfD-Wählenden die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland bei der Bundestagswahl 2021 als wichtiges Thema angegeben haben. Gleiches gilt auch für die jetzigen AfD-Neuwählenden, da unter ihnen die Zuwanderungsbegrenzung ebenfalls eine überwältigende Wichtigkeit zugesprochen bekommt – und das bereits vor knapp zwei Jahren. Die Daten deuten also eindeutig darauf hin, dass sich die neu hinzugewonnen Wählenden in ihren Einstellungen beim Thema Zuwanderung nicht wesentlich von ihren etablierteren, häufig fremdenfeindlichen Wählenden unterscheiden. Es ist davon auszugehen, dass die stark verbreitete Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter AfD-Wählenden also vermutlich auf einem sehr homogenen und exkludierenden Bild der Gesellschaft beruht.

Die nicht selten verbreitete These, die AfD werde nur aus Protest gewählt, ohne dass eine große

inhaltliche Übereinstimmung vorliegen würde, erscheint aber auch vor dem Hintergrund eines weiteren Befundes als eher selten zuzutreffen: AfD-Wählende äußern in bemerkenswerter Breite hohes Vertrauen in die Partei (46 Prozent) – übertroffen wird dieser Wert lediglich von Anhänger*innen der Grünen. Auch die Befunde zum Anteil derer, die nur geringes Vertrauen in die Partei haben bestätigt dies. Ein geringes Vertrauen in die eigene Partei ließe sich als Indiz dafür deuten, dass es sich hierbei um Protestwählende handelt, die eigentlich kaum mit den inhaltlichen Positionen der Partei übereinstimmen. Der Anteil von AfD-Wählenden, die nur geringes Vertrauen in die Partei haben, ist jedoch kaum höher als bei den meisten anderen Parteien.

Einzig der Befund, dass unter Neuwählenden der AfD das Vertrauen in die Partei deutlich unterdurchschnittlich ist, deutet zumindest in dieser Gruppe darauf hin, dass hier noch einige Wählende zu finden sind, die noch nicht komplett von der AfD überzeugt sind. Diese Wählenden gilt es mit anderen als mit migrationsfeindlichen Positionen anzusprechen – mit Positionen, die im Stande sind, ihre sozialen und finanziellen Sorgen abzumildern. Gute Politik, die Probleme und empfundene Ungerechtigkeiten angeht und löst, kann dafür sorgen, dass Menschen wieder Vertrauen in die Politik fassen. Wenn aber öffentliche Infrastruktur häufig

nicht funktioniert oder (bezahlbarer) Wohnraum in vielen Regionen ausgesprochen knapp ist und hier tatsächliche Konkurrenzsituationen mit zugewanderten Personen entstehen, wenn unzureichend Geld zur Verfügung gestellt wird, um ankommende Menschen erfolgreich zu integrieren, ist all das Wasser auf die Mühlen der politischen Akteure, die weiteres Misstrauen in demokratische Institutionen schüren und einheimische gegen geflüchtete Menschen aufbringen wollen. Austeritätspolitik – in Zeiten derartiger politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen – wie sie derzeit vom Bundesfinanzminister vorgegeben wird, erscheint vor diesem Hintergrund als ein sehr gefährlicher Weg.

Die Sparvorgaben drohen jedoch noch in einem anderen Bereich ihre destruktive Wirkung zu entfalten: Die angekündigten erheblichen Sparpläne im Bereich der politischen und demokratischen Bildung erscheinen als fatales Zeichen in einer Zeit, in der sich mehr und mehr Menschen von Demokratie abwenden. Für Demokratie braucht es Verständnis; demokratische Praktiken und Kompetenzen müssen eingeübt werden. Es braucht Engagement und das Mitmachen – dazu braucht es Menschen, die Gelegenheiten bekommen, mitmachen zu können, aber auch Menschen, die mitmachen wollen. Eine funktionierende und lebendige Demokratie braucht mündige Demokrat*innen, die sich für sie einsetzen.

LITERATUR

- Adena, M./Huck, S. (im Erscheinen):** Support for the German Right-wing Populist Party AfD Diminishes Subjective Well-being – Survey and Experimental Evidence, PLOS ONE
- Arzheimer, K./Berning, C. C. (2019):** How the Alternative for Germany (AfD) and Their Voters Veered to the Radical Right, 2013–2017, in: *Electoral Studies* 60, August 2019, Artikel 102040, <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>
- Berbuir, N./Lewandowsky, M./Siri, J. (2015):** The AfD and Its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: *German Politics* 24 (2), S. 154–178, <https://doi.org/10.1080/09644008.2014.982546>
- Berning, C. C. (2017):** Alternative für Deutschland (AfD) – Germany’s New Radical Right-Wing Populist Party. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung: ifo DICE Report 15 (4), S. 16–19, <http://hdl.handle.net/10419/181255>
- Brown, K./Mondon, A. (2023):** The Far Right, the Mainstream and Mainstreaming: Towards a Heuristic Framework, in: *Journal of Political Ideologies*, 28 (2), S. 162–179. <https://doi.org/10.1080/13569317.2021.1949829>
- COSMO (2022):** Ergebnisse aus dem COVID-19 Snapshot Monitoring COSMO: Die psychologische Lage, Welle 61, KW 11, Stand 18.03.2022, https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/files/COSMO_W61.pdf
- Dahlström, C./Sundell, A. (2012):** A Losing Gamble. How Mainstream Parties Facilitate Anti-immigrant Party Success, in: *Electoral Studies* 31 (2), S. 353–363, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0261379412000352>
- Dawum.de (2023):** Verlauf des Wahl-trends (Umfrageverlauf). <https://dawum.de/Bundestag/#Umfrageverlauf>
- Decker, F. (2016):** The “Alternative for Germany”: Factors Behind its Emergence and Profile of a New Right-Wing Populist Party, in: *German Politics and Society* 34 (2), S. 1–16, <https://doi.org/10.3167/gps.2016.340201>
- Dilling, M. (2018):** Two of the Same Kind? The Rise of the AfD and Its Implications for the CDU/CSU, in: *German Politics and Society* 36 (1), S. 84–104, <https://doi.org/10.3167/gps.2018.360105>
- Emmler, H. (2023):** Das WSI-Erwerbspersonenpanel. Hintergründe, Befunde, Ausblick, in: *WSI-Mitteilungen* 76 (6), S. 452-459
- Goerres, A./Spies D. C./Kumlin S. (2018):** The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany, in: *Swiss Political Science Review* 24 (3), S. 246–269, <https://doi.org/10.1111/spsr.12306>
- Hainsworth, P. (2000):** The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream, London.
- Hambauer, V./Mays, A. (2018):** Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12, S. 133–154, <https://doi.org/10.1007/s12286-017-0369-2>
- Handelsblatt (2023):** Umfrage: AfD ist in Ostdeutschland deutlich die stärkste Kraft, vom 07.06.2023, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-afd-ist-in-ostdeutschland-deutlich-die-staerkste-kraft/29192614.html>
- Hansen, M. A./Olsen, J. (2019):** Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election, in: *German Politics* 28 (1), S. 1–19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1509312>
- Hansen, M. A./Olsen, J. (2022):** The Alternative for Germany (AfD) as Populist Issue Entrepreneur: Explaining the Party and its Voters in the 2021 German Federal Election, in: *German Politics*, <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2087871>
- Hertel, F. R./Esche, F. (2019):** Die rechte Mitte? Zur Rolle objektiver Position und subjektiver Verunsicherung für die Identifikation mit rechten Parteien, in: Lübke, C./Delhey, J., *Diagnose Angstgesellschaft? Bielefeld: transcript Verlag*, <https://doi.org/10.14361/9783839446140-011>
- Hövermann, A. (2021):** Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 61, Oktober 2021, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008114
- Hövermann, A. (2022):** Verschwörungsgedanken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter in der sich zuspitzenden Energiekrise – Analysen anhand des Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report, Nr. 78, September 2022, Düsseldorf, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9643
- Hövermann, A./Kohlrausch, B./Voss, D. (2022):** Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper Forschungsförderung, Nr. 241, Februar 2022, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-08256
- Infratest dimap (2023):** BrandenburgTREND September 2023, vom 13.09.2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/brandenburg/laendertrend/2023/september/>
- KANTAR (2022):** WSI-Erwerbspersonenbefragung Welle 9. Methodenbericht, Dezember 2022. Eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, https://www.wsi.de/data/wsi_methodenbericht_1_2022_epb_welle_9.pdf
- Kohlrausch, B./Hövermann, A./Emmler, H. (2023):** Neue Befragungsergebnisse. Fast die Hälfte der Erwerbspersonen macht sich große Sorgen um sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, Pressemitteilung vom 14.09.2023, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-fast-die-haelfte-der-erwerbspersonen-macht-sich-grosse-sorgen-52045.htm>

- Krause, W./Cohen, D./Abou-Chadi, T. (2022):** Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies and the Success of Radical Right Parties, in: *Political Science Research and Methods* 11 (1), S. 172–179, <https://www.cambridge.org/core/journals/political-science-research-and-methods/article/does-accommodation-work-mainstream-party-strategies-and-the-success-of-radical-right-parties/5C3476FCD26B-188C7399ADD920D71770>
- Kroh, M./Fetz, K. (2016):** Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: *DIW Wochenbericht* 34, S. 711–719. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.541584.de/16-34-1.pdf
- Lamberty, P./Goedeke Tort, M./Heuer, C. (2022):** Von der Krise zum Krieg: Verschwörungserzählungen über den Angriffskrieg gegen die Ukraine in der Gesellschaft, in: *CeMAS Research Paper*, Mai 2022, <https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwuerungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/>
- Lengfeld, H. (2017):** Die Alternative für Deutschland: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, S. 209–232, <https://doi.org/10.1007/s11577-017-0446-1>
- Lux, T. (2018):** Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 255–273, <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0521-2>
- Moffitt, B. (2021):** How Do Mainstream Parties 'Become' Mainstream, and Pariah Parties 'Become' Pariahs? Conceptualizing the Processes of Mainstreaming and Pariahing in the Labelling of Political Parties, in: *Government & Opposition* 57 (3), S. 385–403, <https://doi.org/10.1017/gov.2021.5>
- Mudde, C. (2019):** *The Far Right Today*, Cambridge.
- Rheinische Post (2023):** Meinungsforscher über AfD-Höhenflug. „Viele haben das Gefühl, dass es abwärts geht in Deutschland“, RP Online vom 16.09.2023, https://rp-online.de/politik/deutschland/leute-wollen-erst-genommen-werden-forsachef-quellner-ueber-hoehenflug-der-afd_aid-97713317
- Rippl, S./Seipel, C. (2018):** Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 237–254, <https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1>
- Schmitt-Beck, R. (2017):** The 'Alternative für Deutschland in the Electorate: Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party, in: *German Politics* 26 (1), S. 124–148, <https://doi.org/10.1080/09644008.2016.1184650>
- Schwuchow, T. (im Erscheinen):** Kampf um Würde in der Arbeit. Rechtspopulismus als Ausdruck eines moralischen Unrechtsempfindens. Baden-Baden
- Spier, T. (2010):** Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92496-0>
- Tagesschau (2023):** ARD-DeutschlandTrend: Zuspruch für Ampel auf neuem Tiefstand, vom 31.08.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3396.html>
- Wurthmann, L. C./Marschall, S./Triga, V./Manavopoulos, V. (2020):** Many Losers – One Winner? An Examination of Vote Switching to the AfD in the 2017 German Federal Election Using VAA Data, in: *Party Politics* 27 (5), S. 870–882, <https://doi.org/10.1177/1354068820914959>
- ZDF heute (2023):** Debatte über Asylbewerber. Sozialtourismus bis Zahnarzt. Das Muster Merz, vom 28.09.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/merz-kritik-strategie-opposition-zahnarzttermine-100.html>
- ZDF heute (2023):** ZDF Politbarometer: Mehrheit nimmt Ampel als zerstritten wahr, vom 14.07.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-ampel-nato-verteidigungsausgaben-102.html?slide=1685044768676>
- Zhirnov, A./Antonucci, L./Thomeczek, J. P./Horvath, L./D'ippoliti, C./Mongeau Ospina, C. A./Krouwel, A./Kersting, N. (2023):** Precarity and Populism: Explaining Populist Outlook and Populist Voting in Europe Through Subjective Financial and Work-related Insecurity, in: *European Sociological Review OnlineFirst*, <https://doi.org/10.1093/esr/jcad052>
- Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter, Bonn, <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 92, November 2023

Das Umfragehoch der AfD – Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 7778-187

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 7778-150

rainer-jung@boeckler.de

Satz: Yuko Stier Grafikdesign

Kontakt

Dr. Andreas Hövermann

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 7778-655

andreas-hoevermann@boeckler.de

www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der

Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International

(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)